

Abonnements-Bedingungen:
Deutschlands Preis pränumerando:
Vierteljährlich 8.50 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Bekannt für die schlagfertige Kolonelle
oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Bestimmungsbüchlein 20 Pf.

Berliner Volksblatt.
Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 17. März 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1981.

Fünf Jahre.

Vergeßlichkeit ist die große Göttin, zu deren Tempel
Deutschlands herrschende Gewalten alle fünf Jahre ihre andächtige
Wallfahrt unternehmen. Die unzureichende Kraft der Gehirne, das
Verblasen der Erinnerung, das Vergessen allein ist ihre Rettung.

Wir alle leiden unter dieser Naturgewalt. Selbst der Berufs-
politiker. Wenn er den Versuch unternimmt, die Ereignisse der letzten
fünf Jahre mit einem Blick zu übersehen, so wogt zunächst ein
Seeer verworrenen Erscheinungen an ihm vorüber; ein Bild jagt das
andere: was vor wenigen Jahren in greifbarer Gegenwart vor ihm
stand, was ihm empörte, worunter er litt, wogegen er kämpfte,

Auf diese Thatfache der Gedächtnischwäche baut die reaktionäre
Wahlpropaganda ihre ganze Spekulation auf. Seit ein paar Wochen
leben wir im Zeitalter der Socialreform. Stauend vernehmen wir,
dass alle Parteien des deutschen Reichstags weitläufig in ihrer
Fürsorge für die Arbeiterklasse, Phosphorgebiet, Krankenassen-Novelle,
Witwenversorgung, gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit, Anerkennung
der Berufsvereine werden auf politischem Gebiete ergänzt durch
Schutz des Wahlgeheimnisses und allgemeine Begeisterung für ein
freies Wahlrecht. Man erlaucht über diesen plötzlichen Ausbruch
einer Reformfreudigkeit (die sich freilich vorläufig mehr in Worten
als in Thaten kundgibt), da ja ohnehin, wie der deutsche Kaiser
sagt, jeder Arbeiter eine gute und gesicherte Existenz hat, da ja
ohnehin, wie Graf Posadowsky versichert, Deutschland das Mutterland
der Socialreform ist, da ja ohnehin, wie Graf Bülow erklärt, die
verbündeten Regierungen seit jeher für den socialen Aufschwung
leben und sterben.

Eine freundliche Gauberglandschaft breitet sich glänzend vor
den Blicken der Wähler aus, und alles, was dahinter liegt, soll
nur ein grauer, nebelhafter Spul gewesen sein. Die harten
Notwendigkeiten des Kapitalismus, Krach und Krise — aber man
thut ja was man kann! Der Klassenkampf — aber alle Parteien
weitläufig in Vereinerungen ihrer Selbstlosigkeit. Zuchtanstalts,
Panzerplatten-Schwindel, Flottenflotte, China-Kreuzzug, Heine-
Kummel, Brotwucher, Vergeßlichkeit der Minorität, Staatsstreik,
Militäraufstand, Kolonialgrübel, Dänen- und Polenhege, Deyn-
hausen, Essen, Breslau, Löttau, Glistrow, Gumbinnen, Reichsdeficit,
Wehrsteuer, Biersteuer, Tabaksteuer, Bedrohung des Wahlrechts —
alles das, was in wildem Gemenge vor diesen Reichstags-
Wahlen und nach ihnen liegt, soll durch eine freundliche
Grünase weggetischt und ausgelöst werden. Jetzt leben wir ja für
diesen einen Wahlstrahl im Zeichen der staatlichen Socialreform,
der ehrlichsten Gesetzmäßigkeit und der bürgerlichen Freiheit!
Ist erst die Wahl vorbei, dann mag über den markt-
schreierischen Verkündigungen dieses socialpolitischen Fortschritts
dieselbe freundliche Macht walten, wie über den Thaten und Ereignissen
der ganzen letzten Gesetzgebungsperiode — das Vergessen.

Nur eine politische Macht im Deutschen Reich lebt nicht vom
Vergessen, sondern vom Erinnern; nur eine darf am Wahltag
bleiben, was sie alle Jahre hindurch gewesen ist und bedarf
keiner Masken; nur eine ruft dem deutschen Volke jeden
Morgen und jeden Abend unablässig zu: Bedenket eurer
Freunde und ihrer Thaten. Die Socialdemokratie
weiß es: Stünde alles, was in diesen letzten fünf Jahren — nur in
fünf Jahren! — im Deutschen Reich geschehen ist, am Wahltag
lebhaft und lebhaftig vor den Augen der Wähler, würde alle Scham
über kulturelle Mächtigkeiten, aller Eorn über erlittenes Unrecht,
würden alle Ereignisse des wirtschaftlichen Einzelschicksals im
Ausgange dieser Wahl zur Auflösung gelangen, dann würde sich über
diese Gesellschaftsordnung und ihren heuchlerischen Vertretern ein
Welteigentum erklaren, wie es noch nie erlebt worden ist.

„So zählet man Socialdemokraten!“ — „Dieses Ereignis
schafft der Socialdemokratie ungezählte neue Anhänger!“ Das
sind in der bürgerlichen Presse die sichenden Phrasen geworden, mit
denen der Verlauf der politischen Geschichte von Fall zu Fall
kommentiert wird. Wollten sich alle diese Prophezeiungen, die unter
der Bucht eines augenblicklichen Eindruckes niedergeschrieben worden
sind, auch wirklich erfüllen, so mühte längst schon der letzte Mann
aus der großen Armee der Entarteten den Weg in unser Lager
gefunden haben. Nun, die unzähligen heraufbeschworenen „Un-
gezählten“ — in wenigen Wochen werden sie gezählt werden, und
wir wissen sehr wohl, daß die Zahlen der Wirklichkeit an die
phantastischen Angstträume unserer Gegner noch immer nicht heran-
reichen werden.

Gleichwohl wird es ein weltgeschichtlicher Augenblick sein, wenn
die deutsche Socialdemokratie abermals an die Urne tritt. Der
Stundengänger rückt vor. Ganz Europa, die ganze civilisierte Welt
wird an jenem Junistage auf die deutsche Arbeiterklasse blicken,
mit Stolz und Freude die einen, mit Angst und Grauen die andern
— alle doch mit lauter oder heimlicher Bewunderung.

Freilich, gewiß! Die große weltgeschichtliche Auseinandersetzung
zwischen der Arbeiterklasse und dem Ausbeutertum, zwischen Social-
ismus und Kapitalismus wird in diesem Wahlzuge nicht ent-
schieden werden. Denn sie ist schon entschieden, und der Ausgang
einer Wahl kann diese sichere Entscheidung weder erfüllen, noch auch
sie umstoßen. Diese Entscheidung liegt in der Natur der Dinge,
in der Notwendigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung, und wissen-
schaftliche Erkenntnis steht mit siegesicherer Gewißheit ihren Eintritt
voraus. Aber in welchen Formen, unter welchen Begleit-
erscheinungen, mit welchen Zwischenschritten diese Entwicklung vor sich
gehen wird: ob sie in kraftvoll ruhigen Wachstum einherfährt oder
in stürmischen Ringen, zurückgeworfen und wieder vorwärts
drängend, endlich ihr Ziel erreichen soll, schon das ist eine Ent-
scheidung, deren Fall die Welt mit stöhnenden Pulsen erwarten wird.

Die deutschen Arbeiter wissen, daß der kommende Wahlkampf
kein Kinderspiel ist, sie wissen auch, daß sie längst als erste Akteure
im Vordergrund der weltgeschichtlichen Bühne stehen. Mögen sie es
aber auch ja nicht vergessen, daß Arbeit Kampf ist und Kampf
Arbeit. Wie sie in den Rhythmen des Alltags mit dem Stoffe ringen,
um ihm feste, nützliche Gestalt zu verleihen, so ist auch der politische
Kampf ein unablässig mühevoller Ringen, das die Leidenschaft des
Augenblicks wohl fördert, dem aber nur zähe Geduld den Preis
verleiht.

In dieser Arbeit fordern wir auf. Eine Reihe von Aufsätzen,
die diesem folgen wird, soll der Nähe des Erinnerns ge-
widmet sein. Was der flüchtigen Betrachtung regel- und beziehungs-
los erscheint, reißt die ordnende Hand einer wissenschaftlich begründeten
Weltanschauung zu festen Beweisstellen. Alle jene Thatfachen und
Ereignisse erscheinen jetzt als die notwendigen Ausgebirten
bestehender Verhältnisse, als Früchte ein und desselben
Stammes. Romantische Ueberspanntheit und weltpolitische Brut-
alität, frecher Rechtsbruch, der die Deute heimträgt, und
blutig mihlungene Pöbelschik, alles durchsieht von der
eigenen Zweifelsucht und der heimlichen Angst vor dem Kommenden,
es ist auf eine Quelle zurückzuführen. Es ist das Bild einer
stinkenden Gesellschaftsordnung, die sich mit Zähnen und Klauen
gegen den Tod wehrt und sein Zeichen doch schon auf der Stirne
trägt.

Wir fragen an! Und diese Anklage soll weiter noch und
tiefer dringen, als ein Zeitungsblatt sie tragen kann. Wir er-
innern. Und diese Erinnerung soll länger dauern, als das
flüchtige Erzeugnis eines Tages. Dazu bedürfen wir der Arbeit
unserer Freunde.

... Daß alle Bilder, die der Tag bringt und nimmt, an einem
Junistage wieder auferstehen, alle Beweislasten sich zum er-
drückenden Berge häufen und alle Anlagen zusammenklagen in
einen tosenden Mälonentum unsres Willens und unsrer
Macht!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. März.

Reichstag.

Bei der Novelle zur Seemanns-Ordnung, die am 1. April d. J.
in Kraft treten soll, hatte der Druckfehlerentwurf zu Gunsten der Leicht-
matrosen eingegriffen: Auf Schiffen, die länger als zwei Jahre
außenwärts weilen, scheidet das Gesetz der Mannschaft eine Lohn-
erhöhung mit Beginn des dritten Jahres zu; bei der näheren Aus-
führung dieses principiiellen Grundgedankes aber sagt der Text des
Gesetzes, daß die Leichtmatrosen schon mit Beginn des zweiten Jahres
als Vollmatrosen zu bezahlen sind. Obwohl die Mehrbelastung für
die Reeder, die auf diese Weise befristet werden würde, sehr gering
ist, hat die Regierung es doch außerordentlich eilig gehabt, den Fehler
wieder in einer besondern Gesetzesvorlage gut zu machen. Es lag
nahe, bei dieser Gelegenheit daran zu denken, auch die Ausdehnung
der Krankenversicherung von 13 auf 26 Wochen, die jetzt allen
übrigen der Krankenversicherung unterliegenden Arbeitern zu teil
werden soll, auch auf die Seeleute auszuweihen. Ein Antrag unsrer
Genossen, den Rolkenbühr begründete, die Novelle zu diesem
Zweck der Krankenversicherungskommission zu überweisen, wurde jedoch
abgelehnt. Graf Posadowsky rügte diese halb und halb zugesagte
Reform durch seine Erklärung in weite Ferne, daß erst noch Unter-
suchungen darüber angestellt werden müssen, ob die Reeder, die die
Kosten der Krankenversicherung schließlich zu tragen haben, durch
eine Neubelastung nicht etwa zu Grunde gerichtet würden.

Keine Gegenliebe fand auch der Vorschlag unsres Genossen
Schwartz, die notwendige Aenderung so zu treffen, daß allen
Seeleuten schon bei Beginn des zweiten Jahres eine Lohnenerhöhung
gesichert wird. Herr Dr. Semler erstarrte als Vertreter hamp-
burgerischer Reeder-Interessen in Verwunderung vor dem kolossalen
Fortschritt, der mit der Seemanns-Ordnung gemacht worden sei
und der keine Erweiterung mehr vertrage.

Ebenso scheiterte der Versuch unsres Genossen Herzfeld, in
der Seemanns-Ordnung ausdrücklich zu bestimmen, daß Geuer-
verträge, die vor dem 1. April d. J. abgeschlossen sind und über diesen
Termin hinaus gelten, ungültig sind, soweit sie den Satzungen der
dann in Kraft tretenden Seemanns-Ordnung widersprechen. Die
Novelle wurde unverändert in erster und zweiter Lesung an-
genommen.

Es folgte eine lange Liste von Petitionen, auf der sich in
buntem Gemisch Wichtiges und Unwichtiges drängte. Fast überall
folgte das Haus dem Vorschlag der Petitionskommission. In einigen
Fällen aber gelang es unsrer Fraktion, eine Aenderung der Beschluß-
fassung zu bewirken. So wurden die Petitionen, die die Haftung von
Straßenbahnen und Automobilbesitzern für Sachbeschädigungen
forderten, auf eine Anregung Ledebours nicht zur Eröffnung,

sondern zur Berücksichtigung überwiesen. Auch die Petition, die der
proletarischen Frauenbewegung entsprungen ist und unsre bekann-
ten socialen Forderungen für Arbeiterinnen enthält, empfahl Ledebour
dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. Während
die Kommission diese Petition nur als Material überwiesen wissen
wollte, schlug Abg. Wattendorf vom Centrum vor, wenigstens die
zweite Stufe parlamentarischer Höflichkeit zu erklimen, und sie dem
Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen. Und so geschah es dem
auch. Dagegen wurde die letzte Forderung dieser Petition, die die
Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts zu den Gewerbe-
gerichtsahlen für die Arbeiterinnen verlangt, trotz unsres Wiber-
spruchs durch Uebergang zur Tagesordnung für erledigt erklärt.

Einige Petitionen des deutschen Textilarbeiter-Verbandes und
der christlichen Gewerkschaften in Eupen auf Ausdehnung der
Arbeiterchutzbestimmungen, auf Einführung des 7 stündigen nor-
malen Arbeitstages und des gänzlichen Verbotes der Nachtarbeit
wurde vollinhaltlich zur Berücksichtigung überwiesen, während die
Kommission die Forderung des 10 Stundentages usw. nur zur Er-
wägung für reif erachtet hatte.

Unter den Petitionen persönlicher Natur, die den Schluß der
Tagesordnung bildeten, befand sich auch die Bitte des geschahregelten
Postkassens Otto Pfeiffer in Hamburg um Wiedereinstellung in
den Reichspostdienst. Sein Fall ist bei der Beratung des Postetats
ausführlich besprochen worden. Genosse Thiele nahm sich des
Genahregelten warm an. Sein Antrag, die Petition dem Reichs-
kanzler zur Berücksichtigung zu überweisen, wurde jedoch abgelehnt
und die Angelegenheit auf Antrag der Kommission durch Uebergang
zur Tagesordnung erledigt.

Am Dienstag giebt der Präsident dem Hause Ferien, um der
Budgetkommission und den andern arbeitenden Kommissionen den
ganzen Tag zur Verfügung zu stellen. Am Freitag auch die Budget-
kommission mit ihren Beratungen fertig werden, wenn der Etat vor
Ostern erledigt werden soll. Am Dienstag endlich einmal die ver-
nachlässigten Initiativanträge wieder vorzunehmen, hätte der
Präsident keine Lust. Am Mittwoch soll die Staatsberatung fort-
gesetzt werden.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat am Montag das Kapitel
Elementar-Unterrichtswesen erledigt und die weitere Beratung
auf eine Abend Sitzung verlegt. Die Debatte drehte sich um
die am Sonnabend von Herrn Irmer eröffnete Frage der
Mädchenschulwesen und des Frauenstudiums. Während die
Abg. Dr. Müller-Sagan (frei. Vp.), Dr. Friedberg
(natl.) und Ernst (frei. Vg.) für die weitere Förderung der
Mädchenschulwesen eintraten, wandten sich die Abgeordneten
Dr. Irmer (L.) und Schmiß (C.) mit den bekann-
ten Phrasen, daß die Frau ins Haus gehöre, entschieden gegen
die Bildungsbestrebungen der Frauen. Herr Dr. Irmer
forderte die Regierung direkt auf, den Mut zu zeigen, im
geeigneten Moment einen großen Strich durch ihre Versuche
zu machen. Der Kultusminister scheint nach dem Lob und der
Anerkennung der konservativ-klerikalen Gesellschaft förmlich zu
lechten, denn er betonte ausdrücklich, daß es sich nur um Ver-
suche handele und daß die Regierung garnicht daran denke,
Vollgymnasien für Mädchen einzurichten.

Man sieht, auf welchen Widerstand selbst die geringsten
Reformversuche im Landtage stoßen.

Die Lage in Holland.

Eine wesentliche Veränderung in dem gespannten Verhältnis
zwischen der organisierten Arbeiterklasse und der den Eisenbahn-
kapitalisten bis zum äußersten dienstfertigen Regierung ist bis jetzt
nicht eingetreten; das Gerücht jedoch, daß die Wägen
von 1900 und 1901 am 17. oder 28. März beurlaubt
werden sollen, mag als ein Zeichen dafür gelten, daß die Regierung
ihre bedrohliche Haltung aufgeben will. Die Arbeiterklasse legt
indessen, was die Auffklärung der Massen anbelangt, ihren Ver-
teidigungskampf erfolgreich fort, während diejenigen von den
„Christlichen“, die sich noch am Gängelbände führen lassen, nicht
etwa die Gesekentwürfe verteidigen, sondern nur ihren Minister
Kuyper als den Stellvertreter Gottes zu rechtfertigen suchen, was
allerdings, wie schon betonen wurde, nicht durch Vernunftgründe
möglich ist. Von den Feinden der Arbeiterklasse wird als einer der
schlagendsten Sätze in der Erwiderung Kuypers gegen Troelstra
ruhige Verteidigung seiner Interpellation der folgende angesehen:
„Er (Troelstra) behauptet hier, er wolle einem Ausstand vorbeugen,
und er wirkt außerhalb der Kammer dahin, einen Ausstand hervor-
zurufen.“ — Treffend bemerkt hierzu „Het Volk“: „Der Arbeiter
hat als äußerste gesetzliche Waffe nur den Streik; kein Social-
demokrat kann und mag darauf hinwirken, daß er diese Waffe, wenn
es nötig ist, nicht gebrauchen soll. Die Frage ist: ob es nötig
sein wird. Und nun thun die Socialdemokraten in der Kammer
ein Vestes, um es nicht nötig zu machen, während sie
außerhalb der Kammer ihr Vestes thun dahin zu wirken, daß wenn
es nun einmal unumgänglich ist, die Arbeiter diese Waffe
auch gebrauchen können. Es liegt im Wesen der Socialdemokratie,
daß sie, von den edlen Gefühlen der Menschlichkeit befeuert, keinen
unnötigen Jammer über die Menschen bringen will; daß sie aber
auch dann, wenn es nötig ist, nicht zurückschreiet, mit den Arbeitern
die äußersten zweckdienlichen Kampfsmittel zu
gebrauchen.“

Die „Freisinnigen Demokraten“ habes es, wie der nachstehende
Bericht unsres Amsterdamer Korrespondenten zeigt, für nötig er-
achtet, einen besondern Protest gegen die Zwangsbesetze an die
Kammer zu senden. Trug der überflüssigen Verklausu-
lierung ihrer Protestgründe kann man diese Partei und ihre Ver-

treter in der Kammer immerhin als Gegner der Kolonialpolitik angesehen.

Der Vorstand des freisinnig-demokratischen Bundes hat eine Adresse bei der zweiten Kammer eingereicht, in welcher er erklärt, daß auch er es tief bedauern würde, wenn die Entwürfe der Regierung Gesetzeskraft erlangten. Dann heißt es weiter, die Staatsautorität müsse gewahrt werden und das Mögliche auch von Regierungstagen gethan werden, um einer Wiederholung des in den letzten Januar-Tagen Vorgefallenen vorzubeugen. Unter allen Umständen müsse der Fortgang des Eisenbahnverkehrs, so weit das Bedürfnis des Reichsbediensteten es erfordert, gesichert werden. Der Vorstand sei jedoch überzeugt, daß der vorgeschlagene Paragraph des Strafgesetzbuches hierfür weder nötig noch zweckmäßig und überdies in sich selbst widersprüchlich sei. Mit Nachdruck weist er darauf hin, daß selbst vom Standpunkt derjenigen, die anders darüber urtheilen, die Artikel in keinem Falle eher zu Stande kommen dürften, als eine unparteiische Untersuchung die als richtig anerkannten Beschwerden des Eisenbahnpersonals erledigt und dann diesem Personal eine Sicherung seiner Rechtsposition garantiert habe.

Zum Minister der Marine ist der Vice-Admiral A. G. Ellis, Direktor und Kommandant der Marine zu Wilhelmshoort, ernannt. Die zeitliche Wahrnehmung des Ministeriums der Marine durch den Kriegsminister hört dadurch mit dem 10. März wieder auf. Der neue Minister scheint nach dem Herzen unserer Kapitalisten zu sein, deren Wille, das „Handelsflot“, ihm mit den Worten begrüßt, daß er ebenso wie sein Vorgänger als ein Flaggenoffizier bekannt sei, der Ordnung und Zucht und die Autorität unter dem Marinepersonal streng zu handhaben wünsche und den Bemühungen, die Mannschaften für die sozialistische Bewegung zu gewinnen, entgegenstehe.

Deutsches Reich.

Afrikanische Siedlungs-Politik.

Trotz der enormen, sich auf Hunderte von Millionen Mark belaufenden Opfer, die das Deutsche Reich für seine herrlichen Kolonien gebracht hat, ist es bisher weder gelungen, einen auch nur im entferntesten nennenswerten Handelsverkehr mit irgend einer der Kolonien herzustellen, noch auch irgendwo eine Ansiedelung deutscher Bauern zu veranlassen. Die idealen Fieberfieber und Sandwüsten reizten weder zur Anlage von Handelskapital noch zur Besiedlung. Unter allen untern Kolonien ist nun Südwest-Afrika noch die einzige, deren Klima allenfalls deutschen Ansiedlern zuträglich wäre. Da es aber hier an der ersten Vorbedingung der Bodenkultur, an Wasser, fast vollständig fehlt, ist es trotz aller Anpreisungen noch so gut wie niemand eingewilligt, sich daselbst anzusiedeln. Da man nur aber zur Belebung der kolonialen Schwärmererei einer solchen Siedlungskolonie dringend bedarf, plant manmehr die Regierung, die Siedlungslust durch eine hohe staatliche Subvention künstlich zu stimulieren. Es sollen künstlich im Jahre 300 000 M. zur Unterstützung deutscher Ansiedler in Südwest-Afrika ausgeworfen werden. Jedem Ansiedler sollen 10 000 M. zinsfrei vorgeschossen werden. Nun für dieses Projekt Stimmung zu machen, hat Graf Bülow dem Reichstag einen Bericht des stellvertretenden Gouverneurs zugehen lassen, in dem es heißt:

Deutsch-Südwest-Afrika ist zur plötzlichen Aufnahme von zahlreichen weißen und insbesondere deutschen Ansiedlern noch nicht genügend vorbereitet. In Anbetracht der Schwierigkeiten und der noch wenig entwickelten wirtschaftlichen Verhältnisse des Schutzgebietes ist ein wesentlicher Fortschritt in der Besiedelung ohne staatliche Unterstützung nicht zu erwarten. Unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen, bei dem Andrängen der Boeren und ihrem Bestreben, innerhalb des Schutzgebietes besondere Gemeinwesen zu gründen, erscheint eine Besiedelung des Landes durch Deutsche mit staatlicher Unterstützung dringend notwendig. Die klimatischen Verhältnisse bilden keinen Hinderungsgrund. Wenn die staatliche Besiedelung vom wirtschaftlichen Standpunkt möglich und wünschenswert erscheint, so muß doch hinzugefügt werden, daß der Erfolg ganz von der Persönlichkeit der Ansiedler abhängt. Vorausgesetzt sei, daß nur die Ansiedelung von Farmern in Frage komme.

Den meisten Enttäuschungen ist der Farmer in der Wasserfrage angefaßt. In diesem Zweck ist es nötig, die für die Ansiedelung in Betracht kommenden Teile des Schutzgebietes auf das Vorhandensein von Wasser systematisch zu erforschen. An persönlichen Eigenschaften bedarf es keiner andern, als erforderlich sind, auf eigenen Beinen vorwärts zu kommen. Anstelligkeit, Aufgewandtheit, Genauigkeit und Beharrlichkeit sind die Grundpfeiler eines guten Fortkommens im Schutzgebiete. Es ist auch gut, von den Boeren zu lernen, weniger gut aber ein Boerenmädchen zu heiraten, die ihr Hauswesen nach Boerenart besorgt, was einem wirtschaftlichen Fortschritt im Wege steht.

Reben den an die Person des Ansiedlers zu stellenden Anforderungen muß aber immer wieder betont werden, daß ein gewisser Kapitalbesitz für den Einwanderer unerlässlich ist. 15- bis 20 000 M. werden für Auswanderung und Niederlassung gebraucht, ehe der Farmer auf seiner eigenen Farm leben kann. Die Staatsbeihilfe für den Farmer müßte sich auf 10 000 M. belaufen (Haus, Karre, Vieh), die Ueberfahrt (1500 M.) muß er zunächst selbst tragen; das Geld wird ihm aber angerechnet und dient als Spargroschen für Kostfälle. Die Unterstützung muß als zinsloses Darlehen gelten. Zur Sicherheit verpfändet der Ansiedler seine Farm und läßt die Summe als Hypothek eintragen, sobald die Farm durch Abzahlung des Kaufpreises in sein Eigentum übergegangen ist.

Ob diese Schilderung gerade dazu anreizt, ein Kapital von 15-20 000 M. aufs Spiel zu setzen, um die afrikanische „Südmart“ gegen die Buren-Invasion zu schützen, möchten wir sehr bezweifeln. Ein Landwirt, dem ein solches Kapital zur Verfügung steht, wird wenig geneigt sein, sich nach dem gelegentlichen Südwestafrika einzuschiffen, um dort das Vorhandensein von Wasser systematisch zu erforschen.

Angesichts dieser Darstellung der ganzen Verhältnisse, die man doch so leicht gefärbt hat, wie nur möglich, ist es geradezu unbegreiflich, wie man an den Reichstag das Verlangen stellen kann, für eine hoffnungslose Kolonialpolitik zu allen Millionen noch 300 000 M. jährlich zum Fenster hinauszuwerfen!

Der Kaiser wünscht einen andern Stil. Die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes bringt folgenden kaiserlichen Befehl zur öffentlichen Kenntnis:

Seine Majestät der Kaiser und König haben anlässlich eines Spezialfalles zu befehlen geruht, daß die Berichtstatter sich einer kurzen und klaren Schreibweise befleißigen sollen. Seine Majestät wünschen insbesondere lange, schleppe Sätze und Einschülfelungen, sowie das Stellen des Zeitworts an das Ende des Satzes vermieden zu sehen.

Die weißschweifige und unklare Schreibweise, wie sie im byzantinischen Poststil üblich ist, wird damit nicht getroffen. Schulungsadressen dürfen immer noch telegraphiert werden, selbst aus China.

Die Schulaufsicht in Preußen. Im Auftrage der Statistischen Centralstelle des Deutschen Lehrervereins ist eine Enquete über den gegenwärtigen Stand der Schulaufsicht in den Staaten des Deutschen Reiches veranlaßt worden. Nach derselben giebt es in Preußen nur 316 ständige Kreis-Schulinspektoren; die übrigen 927 Schulaufsichtsbeamten über die Kreis-Schulinspektion im Nebenamte aus. Wie hoch man in Preußen die wichtigste Institution eines modernen Staates, die Schule, einschätzt, läßt folgende Uebersicht

erkennen: Brandenburg hat ständige 137 nebenamtliche, Sachsen 3 ständige und 129 nebenamtliche, Hannover 3 ständige und 191 nebenamtliche, endlich Hessen-Rheinfelder 1 ständige und 138 nebenamtliche Kreis-Schulinspektoren.

Gegen den Militarismus

sprach sich die socialdemokratische Fraktion des Gothaer Landtags durch folgende Resolution aus:

„Die im Reiche unangesehene steigende Ausgaben für Heer und Marine haben in den letzten zwei Jahrzehnten eine so enorme Steigerung erfahren und eine so enorme Höhe erreicht, daß die im Reiche und den Einzelstaaten nötigen Mittel für dringende Kulturaufgaben nicht mehr vorhanden sind.“

Nicht allein, daß durch die unheimlich anwachsenden Rissen der Budgets für Heer- und Marine die Steuerkraft der Bevölkerung — besonders durch die indirekten Steuern die ärmere Bevölkerung — ausgezehrt wird, werden auch die Finanzen der Einzelstaaten völlig zerrüttet und die Existenz der Kleinstaaten in Frage gestellt.

Eine weitere schlimme Folge des Militarismus und Marinismus ist die von der Reichsverwaltung betriebene Pumpwirtschaft, die uns schon drei Milliarden Reichsmark auf den Rücken geladen, und wenn es in diesem Tempo weiter geht, in nicht zu ferner Zeit zum sicheren Staatsbankrott führt.

Trotzdem die ärmere Volksklasse durch Zölle und indirekte Steuern schon aufs härteste getroffen sind, widersetzt sich die Reichsregierung und der Bundesrat einer vernünftigen Steuerreform, einer progressiven Reichs-Einkommensteuer, stellt vielmehr neue indirekte Steuern, die wieder nur die Armen belasten, in Aussicht.

Der Landtag für die Herzogtümer Koburg und Gotha protestiert gegen jede weitere Erhöhung der Budgets für Heer und Marine und fordert dringend unter Vereinfachung der drückenden indirekten Steuern die Einführung der progressiven Reichs-Einkommensteuer.“

In der That, diese Resolution ist außerst zeitgemäß. Reichen doch die fälschlichen Einnahmen des Reiches längst nicht mehr aus, um die Militärausgaben, die im Etat für 1903 nicht weniger als 1039 Millionen beantragt, zu decken. Trotzdem die Zölle, Verbrauchssteuern und Stempelabgaben 1903 die enorme Höhe von 888 Millionen Mark erreicht haben — d. h. seit Ende der siebziger Jahre um das Vierfache angeschwollen sind, erfordern die Militärausgaben noch Anleihen in der Höhe von circa einer Viertelmilliarde Mark! —

Kaisern im Heere. Der „Volkszeitung“ in Düsseldorf liegt das folgende interessante Schriftstück auf den Redaktionstisch:

Hannover, den 2. 3. 03.

Den Schmied Durch eingezogene Erundigung beim Civilvorstehernden der Ersatzkommission, Bezirk Düsseldorf, ist von dort mitgeteilt, daß Sie Mitglied eines Verbandes sind, der auf socialdemokratischem Boden steht. Ihre Einstellung als Freiwilliger kann auf Grund dieses nicht erfolgen. Weideseheim anbei zurück.

Hirsch, Vice-Wachmeister, 6. Batt. Art.-Regt. 10, Hannover.

Wenn man doch endlich auch so weit gehen wollte, alle rüchlich gefärbten Rekruten vom Militärdienst überhaupt zu befreien! Der Militäretat würde sich dann mit einem Schlage ganz erheblich reduzieren lassen. So freilich trägt man zu einer Vermehrung der Soldatenhinderung bei, die der Socialdemokratie schließlich allerdings auch wieder zu statten kommt! —

Ein neues Mittel gegen polnische Vereine hatte die Polizeiverwaltung von Palsch im Auftrage ihres vorgelegten Landrats zu erproben. Der polnische Turnverein „Solok“ in Palsch wollte im vorigen Jahre ein Vereinsvergügen abhalten, bei dem zwei polnische Theaterstücke aufgeführt werden sollten. Am feststehende sich der Polizeiverwalter die Vorstandsmitglieder des „Solok“ zu sich kommen und eröffnete ihnen im Auftrage des Landrats, daß die Auführung der Theaterstücke nur unter gewissen Bedingungen gestattet werde; vor allem dürften sie kein Eintrittsgeld erheben. Man fügte sich in der augenblicklichen Notlage, beschritt dann aber das Verwaltungsrecht-Verfahren und beantragte, daß das Verbot der Erhebung von Eintrittsgeld für unzulässig erklärt werde. Der Bezirksauswahlschramberg wies die Klage ab und führte aus: „Wie notorisch sei, stellten sich die Soloks in den Dienst der national-polnischen Bewegung, sie seien politische Vereine. Die ganze Anführung hätte deshalb bei den gespannten Verhältnissen in Posen und Oberschlesien verboten werden können. Mit gutem Recht habe die Polizei, wenn sie das Vergnügen schon gestattet, wenigstens die Erhebung von Eintrittsgeld verboten.“ So habe der Verein wenigstens keine Mittel zur Verfolgung seines eigentlichen Zweckes, der Befähigung des preussischen Staates, gewonnen, keine Mittel, die er vielleicht dem Breschener Unterstützungsfonds zugeführt hätte.

Auf die Revision des Vorstandes hob jedoch das Ober-Verwaltungsgericht das glanzvolle Urteil des Bezirksauswahlschramberg auf und erklärte das Verbot der Erhebung von Eintrittsgeld für rechtlich unbegründet.

Es herrschen wunderliche Rechtsvorstellungen bei den Germanisatoren der Dismarken. —

Wahlvorbereitungen.

Die Söderländer in Berlin. Als Vertreter der konservativ-antisemitisch-christlich-socialen Stöckeri kandidieren für Berlin im letzten Wahlkreis Rechtsanwalt Ulrich, im 3. Wahlkreis der Vertreter Normann-Schumanns Rechtsanwalts Hahn-Charlottenburg, im fünften der Ritualmord-Truh, und im zweiten, wie schon bekannt, der Zuchtinspektoren Prof. v. Wendt.

Dem Reichstag wird allerdings dieses glänzende Angebot von Talent und Charakter verweigert bleiben.

Der schlichte Mann aus der Werkstatt. Eine recht gründliche Abrechnung mit dem „Schlichten Mann aus der Werkstatt“, dem Herrn Pauli, nahm am letzten Sonnabend die Arbeiterschaft Spandaus und vorwiegend diejenige der Staatsbetriebe in zwei vorzüglich besuchten Versammlungen vor.

In der von etwa 550 Personen besuchten Versammlung bei Krüger in Tiefwerder erstattete unser Genosse Zubeil Bericht über die Verhandlungen des Reichstages in Sachen der Staatsarbeiter. Seine geradezu vernichtende Kritik des verderblichen und nichts weniger als mutigen Verhaltens des Herrn Pauli rief wahre Beifallstürme hervor. Doch die Versammlung sollte nicht ihr natürliches Ende erreichen, denn die in Stärke von vier Mann erscheinende Gendarmerie, unter Führung des aus Rauen eigens herübergeleiteten schneidigen Ober-Wachmeisters, hatte es anders im Schilde.

Schlag 10 Uhr, während der Rede Zubeils, löste dieser strebame Beamte zur größten Ueberraschung der Besucher die Versammlung wegen Eintritts der Polizeistunde auf; auch das Verlesen der Resolution gestattete der Beamte nicht mehr. Ein mit stürmischer Begeisterung aufgenommenes Hoch auf die Socialdemokratie war die Antwort auf diese Maßnahme der Gendarmen.

In der Versammlung bei Tschnow, die von mindestens 800 Personen besucht war, sprach der Kandidat Dr. Karl Liebknecht unter bewunderndem Beifall über das Thema: „Herr Pauli und die Staatsarbeiterdebatte“. In der Diskussion erhob sich trotz mehrfacher Aufforderung nicht eine einzige Stimme zur Verteidigung des „Schlichten Mannes“. Eine Resolution, in der das Auftreten Paulis im Reichstage zu Gunsten der Staatsarbeiter und seine ganze Thätigkeit als Abgeordneter sehr scharf kritisiert und Herrn Pauli, der im Reichstage nur die

Geschäfte des Kriegsministeriums nicht aber diejenigen der Arbeiterbesorge, das unabweisliche Mißtrauensvotum der gesamten Arbeiterschaft ausbrüt, wurde einstimmig angenommen. Am Schluß dieser Resolution drückte die Versammlung zugleich der socialdemokratischen Reichstagsfraktion und im besondern dem Abgeordneten Zubeil ihren aufrichtigen Dank für ihr waderes Eintreten zu Gunsten der Staatsarbeiter aus.

In Leipzig beabsichtigen die Liebermänner eine deutsch-socialistische Sonderkandidatur dem Kartellkandidaten Gasse, der auch von der Reformpartei unterstützt wird, gegenüberzustellen.

Aus Jena wird uns berichtet: Im dritten weimarischen Wahlkreise erschienen auch die Freisinnigen mit einem eigenen Kandidaten auf dem Plan. Der Buchdruckerbesitzer H. Kühner in Eisenach ist zum Nachfolger des Dr. E. Harmenting in der Kandidatur erwählt. Kühner war in der verflochtenen Landtagsfraktion neben den beiden socialdemokratischen Abgeordneten der tapferste Streiter wider die Reaktion. Großer Erfolg ist aber der Kandidatur nicht beizumessen, denn Rechtsanwalt Harmenting erzielte bei der Hauptwahl im Jahre 1898 nur 84 Stimmen gegen 4218 national-socialistische, 9087 socialdemokratische und 6784 national-liberal-bürgerliche.

Der Nationalliberalismus. In Nürnberg war der Landesauswahlschramberg der national-liberalen Partei Wagners veranlaßt und nahm — trotz des von Berlin beförderten Kartells der Zollpucherer — eine Resolution gegen das Zusammengehen mit dem Centrum an. Aber auch die bayrischen Nationalliberalen meinen's nicht so schlimm; denn sie wölken nur bei den nächsten Reichstagswahlen, besonders bei den Stichwahlen, wo nur immer einem socialdemokratischen oder ultramontanen Kandidaten ein monarchisch gesinnter, nicht ultramontaner Kandidat gegenüberstehe, auf diesen bis zum letzten Mann ihre Stimmen vereinigen.

Das heißt: Wenn ein socialdemokratischer einem ultramontanen Kandidaten gegenübersteht, werden sie für den Schwärzen „bis auf den letzten Mann“ stimmen.

Ausland.

Die Volksabstimmung über den Zolltarif.

Bei der Volksabstimmung wurde der Zolltarif mit 326 588 gegen 222 819 Stimmen angenommen. Das Land stimmte durchschnittlich für die Städte und die Industriellanten gegen den Tarif. Dies traurige Resultat der Volksabstimmung wurde von unsern schweizerischen Genossen vorausgesehen, schrieb uns doch unser Züricher Korrespondent am Vorabend der Abstimmung:

Wie das Ergebnis der sonntäglichen Volksabstimmung über den Zolltarif sein wird? Wahrscheinlich wird es ein sehr unerfreuliches. Interesse, wirkliches und vermeintliches, Abhängigkeit und Einseitigkeit werden zusammenwirken, um den Volkshändler zum Siege zu verhelfen. Es wird eine außergewöhnlich starke Beteiligung der Bürger an der Abstimmung stattfinden, die Zollgegner werden eine imposant große Stimmzahl auf sich vereinigen, aber die Ueberzöller werden siegen.

Diese Voraussage ist leider eingetroffen! Ueber die Mittel, mit denen eine struppellose Agitation der Zollwucher ihren Sieg errang, schrieb unser Korrespondent:

Die Volksabstimmung über den Zolltarif.

Alle die zahllosen und dicksten Lügen, Verdrehungen und Entstellungen, Beschimpfungen und Verleumdungen, die seit Monaten in allen möglichen Variationen von den Ueberzöllnern zur Behörung des Volkes und Förderung ihrer schlechten Sache benutzt wurden, wurden noch einmal aufgewärmt und mit einigen neuen Gemeinheiten gepfeffert den Lesern vorgelegt. Das muß gesagt werden, daß wohl noch nie eine Referendums-Kampagne von den bestehenden und herrschenden Massen auf einem so tiefen Niveau geführt worden ist, wie die jetzige betreffend den Zolltarif. Und das ist kein Zufall, sondern hängt mit der Natur des Gegenstandes zusammen. Die maßlos hohen Schutzgebühren sind nichts andres als ein in gesellschaftlicher Form geleiteter moderner Straßenaub, und allen denen, die dieses unsaubere Handwerk ausüben, war jedes Mittel zur Erreichung dieses Zweckes recht. Aber die stärkste Zustimmung an die auserechneten Opfer, die Arbeiter und Konsumenten war es doch, daß sie für den Zolltarif stimmten und so sich die Schlinge selbst um den Hals legen sollten, mit der die Zöllner sie zu erwürgen beabsichtigten. Die Arbeiter und Konsumenten, die man bei den Vorbereitungen des neuen Zolltarifs von jeder Mitwirkung ausschloß, sollten nun das Stimmvieh machen, dazu wären sie gut genug, um den interessierten Ueberzöllnern den Zolltarif unter Dach bringen zu helfen.

Die politischen Kinder und Unentschiedenen wurden zu erschrecken gesucht mit der elenden, verlogenen Behauptung, die Verwerfung des Zolltarifs wäre ein Landesunglück. Wurde er verworfen, so beschäde die Schweiz immer noch den Generaltarif von 1801, der wirksam genug war, um Frankreich im Zollkrieg nachgiebig zu machen; anßerdem konnte in wenigen Wochen unter Herabsetzung der von der Opposition hauptsächlich bekämpften Zollansätze von der Bundesversammlung ein neuer, auch der Opposition einigermaßen genehmer Tarif geschaffen werden, z. B. durch die Annahme des ursprünglichen Entwurfes des Bundesrats.

Oesterreich-Ungarn.

Studentendemonstrationen in Leuberg. Nach einer Studentenversammlung, in welcher gegen neulich vorgenommene Hausdurchsuchungen protestiert worden war, beabsichtigten die Teilnehmer an der Versammlung sich zum russischen Konsulat zu begeben. Als die Polizei sie daran zu hindern suchte, warfen die Studenten mit Steinen auf dieselbe. Erst nachdem eine große Wachabteilung herangezogen und die zu dem Konsulat führenden Straßen abgesperrt waren, wurden die Studenten auseinandergetrieben. Vier Studenten wurden wegen Widersetzlichkeit und Verursachung eines Auflaufs verhaftet.

Frankreich.

Jaurès entwickelte am Sonntag in Denain vor einer von mehr als 4000 Personen besuchten Versammlung das socialistische Programm. Das Bestreben des Socialismus sei, so führte der Redner aus, eine neue Gesellschaftsordnung zu schaffen, in der alles Eigentum des Großkapitalismus dem Staat gehöre. Jaurès erläuterte alsdann in großen Zügen die socialistischen Reformen und bemerkte am Schluß seiner Rede, sämtliche Verfassungen und Fabriken in Frankreich würden in kurzer Zeit nationales Eigentum sein.

Für die Opfer von Dänkirchen. Zur Zeit des letzten Versuches eines Generalstreiks in Dänkirchen haben energische Vorkämpfer der socialen Sache (von den „Ordnungs“-Politikern als Vandalen behandelt) als überzeugte Revolutionäre gehandelt. Verlassen von den einen, verleugnet von den andern, sind diese Wächter der Freiheit von der bürgerlichen Justiz zu harten Strafen verurteilt worden und müssen nun ihren freirechtlichen Vorstoß schwer büßen. Die allgemeine Streikkommission in Frankreich wird sich nun der Pflicht nicht entziehen können, diesen Unglücklichen durch Geldsammlungen z. ausgiebige Hilfe zu gewähren.

Schweden.

Der erste Socialdemokrat in Stockholmer Gemeinderat. Am Freitag fand im ersten Stockholmer Wahlkreis Stadtverordneten-Wahl statt. Von den zehn auscheidenden Mitgliedern wurden neun wiedergewählt; neugewählt wurde der Socialdemokrat Ernst Blomberg, Vorsitzender des Schwedischen Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes. Blomberg erhielt 19 380 Stimmen, während für den bisherigen Stadtverordneten Kandidaten direktor Wallenberg 15 769 Stimmen abgegeben wurden. Es ist eine erfreuliche Thatsache, daß die Arbeiterschaft Stockholms jetzt endlich in das Stadtparlament einzubringen beginnt, trotz des hundertgradigen Wahlrechts, das dem Kapitalisten bis zu hundert Stimmen giebt, während sich der Vestiglose mit einer Stimme

Begünstigen muß. Es ist übrigens nicht ausgeschlossen, daß bei den in den nächsten Tagen stattfindenden Wahlen in den vier anderen Kreisen der Hauptstadt noch ein Socialdemokrat gewählt wird. —

Dänemark.

Befähigung des socialdemokratischen Bürgermeisters in Kopenhagen. Die Wahl unseres Parteigenossen J. Jensen zum Bürgermeister für die zweite Abteilung des Magistrats ist vom König bestätigt worden. Jensen hat sein Amt bereits am Sonnabend angetreten. Unter die zweite Abteilung des Magistrats gehört die Verwaltung der allgemeinen und ökonomischen Angelegenheiten der Kommune, wie: das Steuer- und Abgabewesen, sowohl den Staat als auch die Kommune betreffend, und was damit zusammenhängt; ferner Einnahmen an, und Verteilungen, von dem betreffenden Regierungssamt, Verwaltung des Vermögens und der Schulden der Kommune sowie des Kasinos und Rechnungswesens, Verwaltung der Gemeindegrundstücke, Hospitäler usw. —

Aus der britischen Arbeiterbewegung.

mb. London, 14. März.

Es mehren sich die Anzeichen, daß die Verwandelung der Trades Unions in eine politische Arbeiterpartei immer tiefer und umfassender wird. Aus den Industriezentren kommen erfreuliche Nachrichten über die wachsende politische Erkenntnis und über das wachsende Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse; der in den letzten zwei Tagen in London abgehaltene außerordentliche Trades Unions-Kongress zeigte ungebrochene Entschlossenheit, den Kampf bis zu Ende zu führen; noch viel deutlicher spricht der überaus sichere und überwältigende Sieg des Arbeiterkandidaten in Woolwich (Hess. Wallisch). Seitdem die britische Arbeiterklasse zu einem Faktor im öffentlichen Leben geworden, hat sie noch nie eine so artikuliert Sprache geführt, wie bei der Nachwahl am letzten Mittwoch. Woolwich ist eine Arbeiterstadt im Osten Londons; die große Mehrzahl der Arbeiter sind in Regierungswerkstätten — Arsenalen — beschäftigt, wie in Spandau bei Berlin. Der Wahlkreis gehörte zum unbestrittenen Besitztum der Konservativen, so daß die Liberalen dort keine Gegenkandidaten mehr aufstellten und auch keine Organisation hatten. Trotz alledem wurde der Arbeiterkandidat William Crooks mit 8637 gegen 5158 Stimmen gewählt. Er nahm zwar die Hilfe der Liberalen an, war aber doch aufs sorgfältigste bemüht, sich ausschließlich als Kandidat der Arbeiterpartei zu erklären. Crooks steht seit dem Jahre 1892 im öffentlichen Leben und ist den Interessen seiner Klasse treu geblieben. Nach der Wahl erklärte er den Zeitungsreportern: „Nicht ich habe gewählt, sondern die Arbeiterpartei, die mich aufgestellt und unterstützt hat; ich werde ihrem Programm treu bleiben.“

Crooks ist jetzt 51 Jahre alt; er ist ein geborener Londoner und wurde in der Armenerschule von Poplar (Ost-London) erzogen. Im vorigen Jahre war er Bürgermeister derselben Gemeinde. Sein Erfolg in Woolwich hat den Charakter einer politischen Sensation erster Größe. Wir lassen einen bewerkten Zeugen, die „Times“ vom 12. d. M. darüber sprechen: „Das Ergebnis des Wahlkampfes in Woolwich ist überraschend und in mancher Beziehung beunruhigend. . . Obwohl wir immer den Standpunkt vertreten, daß Nachwahlen in der Regel keine besondere Bedeutung beizulegen sei, so ist es doch klar, daß solche Erwägungen nicht angebracht werden können auf einen so umfassenden Stimmenumschlag. . . Der Gewinn eines Mandats durch die liberale Opposition ist von geringer Bedeutung, aber Crooks ist ausdrücklich gewählt worden als der Vertreter der aggressiven Forderungen der Arbeiter (labour). Die Radikalen werden ohne Zweifel versuchen, ihn für sich zu reklamieren, aber das Ergebnis in Woolwich bedeutet ganz etwas anderes. Es bedeutet, daß die Fragen, die mit der Existenz einer organisierten Arbeiterpartei verbunden sind und die in unserem Lande bis jetzt als phantastisch bezeichnet wurden, in den Vordergrund der praktischen Politik treten. Das Gespenst, das die Regierungen des Kontinents hypnotisiert, ist endlich auch unter uns. Das Land hat mit aller Ruhe und nachsichtiger Gleichgültigkeit den Träumereien Sir Gardies und den Wahlagitationen von Arbeiterkandidaten zugehört. Allein die Thatsache, daß Mr. Crooks die höchste Stimmenzahl, die ein Arbeiterkandidat je erreichte, verdoppeln konnte, und dazu noch in einem sicheren konservativen Wahlkreis, sollte das ganze Land daran erinnern, daß in unserer inneren Politik Kräfte wirksam sind, die außerhalb der Grenzen unseres bisherigen Parteilebens stehen. Diese Wahl sagt uns ungewiß, daß die „Arbeiterbewegung“, die das Gleichgewicht der kontinentalen Parteien erschütterte, sich auch bei uns in praktischer Form tummelt und daß die Nation und ihre politische Vertretung mit ihr zu rechnen haben wird. Die wirkliche Gefahr für die Stabilität unserer Einrichtungen und für die wirtschaftliche Sicherheit unseres Finanzsystems besteht darin, daß die parteipolitischen Drahtzieher in Versuchung kommen werden, mit den Führern der Arbeiterpartei zu koalieren, sobald es klar wird, daß letztere über so wichtige Wahlkreise wie Woolwich verfügen. . . Werden diese Tendenzen nicht abgewehrt, so wird auch unser Land zu rechnen haben mit der diktatorischen Macht, die die Vertreter der organisierten Arbeiter auf dem europäischen Kontinenten, in Amerika und Australien, erfolgreich zur Geltung bringen. Werden unsere Politiker ihre Prinzipien und die Interessen der Nation für Arbeiterstimmen verkaufen, so muß die Entwicklung der Arbeiterpartei unheilvoll wirken auf unsere Einrichtungen, unseren Handel, unsere Industrie und unsere politische Moralität.“

Der Auszug ist etwas lang, aber wir konnten einer Wiedergabe nicht widerstehen. Seit den Tagen der „Internationale“ und der Kommune, seit dem Höhepunkte von Marxens Thätigkeit haben die „Times“ nicht mehr so gesprochen wie heute. Der Instinkt dieses kapitalistischen Cerberus ist fast unerschütterlich. Wir betrachten den Artikel als ein historisches Dokument. Angesichts dieser Wichtigkeit schenken wir den „Times“ die „politische Moralität“, die die von ihnen vertretene Klasse durch das Auftreten einer politischen Arbeiterpartei zu verlieren droht. Jede herrschende Klasse hält ihre Moral für die beste und die der werdenden neuen Welt für die verderblichste. Es würde uns vielmehr wundern, wenn die „Times“ noch den Mut hätten, die unheilbare Korruption des herrschenden Großbritanniens einzugestehen, wie z. B. der Schriftsteller Arnold White, ein bewunderter Moserberg in seiner Broschüre „For Efficiency“ vor wenigen Monaten gethan hat. Um einen konkreten Fall anzuführen: Die Regierung hatte es abgelehnt, gegen den Gründer Whitaker Wright wegen Bilanzverschleierung und verbotenen Betrages einzuschreiten, da — wie es allgemein ist — der Herzog von Connaught (der Bruder des Königs) daran beteiligt sein soll. Der verstorbene Lord Dufferin, der die höchsten Würden des Reiches bekleidete, war an diesem Schwindel beteiligt. Die Betrogenen setzten es jedoch diese Woche durch, daß gegen Wright eingeschritten wird, der mittlerweile das Weite gesucht hat. Wäre es unsere Aufgabe, die Korruption der herrschenden Klasse Englands an einzelnen Fällen nachzuweisen, die Gerichtsverhandlungen würden uns Woche um Woche genügendes Material dazu liefern.

Eine ganz andre Politik verfolgen die Liberalen gegenüber der entstehenden Arbeiterpartei. Seitdem der Liberalismus aufgehört hat, eine lebendige Kraft im Staatsleben zu sein, haben es sich seine überlebenden Anhänger zur Aufgabe gemacht, das politische Erwachen der

Arbeiterklasse zu verhindern. Da scheint die einzige positive Aufgabe der radikalen Bourgeoisie zu sein. Diese Erscheinung ist international. In England ist Sir Charles Dille ihr Vertreter. Seine Instrumente sind die Arbeiterabgeordneten Bell und Broadhurst. Am 11. d. M. hatte er bereits eine Zusammenkunft zwischen den Radikalen (Zweifelhafigen) und den Arbeiterabgeordneten arrangiert, um eine neue Linke im Unterhause zu bilden. Sir Gardie ist vorläufig der einzige, der diesen Intrigen entgegenarbeitet, und mit einer Charakterfestigkeit, die die größte Anerkennung verdient. Es wäre aufs innigste zu wünschen, daß er bei den britischen Socialisten mehr Unterstützung findet. —

Wie bekannt, beschloß das Parlamentarische Komitee des Trades Unions-Kongresses, einen außerordentlichen Kongress einzuberufen, um über die Gewerkschaftsvorlage endgültig zu entscheiden. Der Kongress wurde in den letzten zwei Tagen in London abgehalten, wobei 389 Delegierte und 1430 000 Arbeiter vertreten. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Um die Ungerechtigkeiten zu beseitigen, die den Arbeiterorganisationen durch die neueren Gesetzesauslegungen angethan wurde, billigt der Kongress die Vorlage und verpflichtet sich, alle legitimen Mittel anzuwenden, um die Vorlage zur Annahme zu bringen. Es sprach darüber die Abgeordneten Bell, Broadhurst, Chadleton, Sir Gardie, ebenso G. Barnes (der Sekretär der Engineers), Ven Tillet und Stadtmann. Die Vorlage, die vor einiger Zeit an dieser Stelle abgedruckt war, bezweckt die Verfestigung der korporativen Verantwortlichkeit der Trades Unions und die Klarstellung des Gesetzes über Picketing.

Partei-Nachrichten.

Bei den Gemeindevahlen in Hpringen bei Pforzheim eroberten unsere Parteigenossen alle freitragenden Mandate der dritten Klasse und brachten außerdem in der zweiten sowie in der ersten Klasse je zwei ihrer Kandidaten durch.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Wegen Beleidigung des „Kreisintelligenzblattes“ in Solingen, für welches die Verlegerin Frau Voll und der Redakteur Dreßler klagten, wurde Genosse Dittmann, Redakteur der „Vergischen Arbeiterstimme“ in Solingen, zu 7 Wochen Gefängnis und 100 M. Geldstrafe verurteilt.

Aus Industrie und Handel.

Grundzug. Die „Rhein-Weiß. Stg.“, das bekannte „Gesamtblatt“, kündigt die jüngst veröffentlichte Jahresabrechnung der Bergwerks-Gesellschaft „Hibernia“, um ihren Lesern in einem die „Sociallast der Industrie“ betitelten Artikel zu schildern, wie schwer heute schon auf die großen Bergwerksbetriebe die Beiträge für die Arbeiterversicherung drücken, und wie es trotzdem leitende Staatsmänner giebt, die in ihrem Unverstand die Versicherungsgesetze sogar noch erweitern möchten.

„In politischen Kreisen“, so erzählt das Blatt, „auch in solchen der Reichsregierung, hat man offenbar vielfach keine richtige Vorstellung davon, mit welchen enormen Beträgen unsere Industrie an Steuern und Beiträgen für socialpolitische Fürsorgezwecke belastet ist. Wäre man sich nämlich hierüber klar, so wäre es unmöglich, daß immer wieder Forderungen gestellt würden, welche auf erhebliche Erhöhung der bestehenden und Ausfertigung neuer Sociallasten hinauslaufen; es wäre unmöglich, daß leitende und andere Staatsmänner ohnehin noch ihre Bereitwilligkeit bezeugen, der Verwirklichung derartiger Forderungen „ehestens“ näher zu treten. Bekanntlich hat man neuerdings jene „viele Millionen, wenn nicht gar Milliarden, welche der neue Jolliaris der Industrie angeblich in den Schoß werfen soll, für die Herberung herangezogen, es müßte ein „Ausgleich“ dadurch geschaffen werden, daß etwaige Mehreinnahmen des Tarifs für neue socialpolitische Fürsorgezwecke festgelegt würden.“

Die Bergbaugesellschaft „Hibernia“ in Herne, bekanntlich eine der größten und bestausgerüsteten untrer Kohlenbergwerke, hatte ausweislich ihres Jahresberichts an Steuern, Sociallasten und ähnlichem im vorigen Jahre folgende Beträge aufzuwenden:

Staatssteuern	215 600 M.
Vergewerbesteuer an den Herzog von Arenberg für die Zehne Schlägel und Eisen	65 156 „
Kommunal-, Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer	603 860 „
Knappschaftsbeiträge, exkl. Arbeiterbeiträge von 705 804 M. (Krankenversicherung)	528 000 „
Alters- und Invaliditätsversicherung (exkl. Arbeiterbeiträge von 117 984 M.)	117 984 „
Knappschafts-Versicherungsgesellschaft (Unfallversicherung)	500 850 „
Handelskammer, Berggewerkschaftsliste, Vereine für bergbauartige und wirtschaftliche Interessen	42 021 „
Gesamt	2 077 470 M.

Dieser Betrag bedeutet 0,66 Mark pro Tonne der verwerteten Kohlenenergie, er bedeutet 6,81 Prozent des Wertes der Kohlen, er verschlingt 25,60 Prozent des gesamten Bruttogewinnes und nicht weniger als 49,75 Prozent des Reingewinnes!

Die Rechnung ist eine recht kuriose. Das ehrenwerte Blatt rechnet einfach die Staats-, Vergewer-, Kommunal-, Grund- und Gebäudesteuern usw. mit zu Beiträgen für socialpolitische Fürsorgezwecke. In Wirklichkeit kommt nur der vierte, fünfte und sechste Posten in Betracht, deren Gesamtsumme sich auf 1 146 083 Mark stellt, während der Bruttogewinn in diesem Jahre 8 113 020 M. (im vorigen Jahre 9 660 270 M.) betrug; es ist also nicht der vierte, sondern nur der siebente resp. achte Teil ihres Gewinnes, den die Gesellschaft für sogenannte socialpolitische Zwecke verausgibt. Der fürchtbare Druck der „Sociallast“ hat denn auch nicht verhindert, daß trotz der Krise für 1902 eine Dividende von 10 Proz. für 1901 von 13 Proz. und für 1900 von 15 Proz. zur Verteilung gelangte — immerhin ein recht ansehnlicher Entbehrungslohn für die armen Aktionäre. Pagenen sind die Löhne pro Schicht um 28 Pf. (= 6¼ Proz.) reduziert worden.

Vom Eisenmarkt. Die rheinisch-westfälische Eisenindustrie ist vorläufig noch ziemlich gut mit Aufträgen versorgt, wenigstens was die Roheisen- und Halbzeugbranche anbetrifft; in der Fertigindustrie ist recht wenig von einer Besserung zu verspüren. Die bessere Situation der erstgenannten beiden Branchen ist denn auch nur zu einem sehr geringen Teil durch die größere Nachfrage des Inlandsmarktes verurlicht; es ist der verstärkte Abzug nach dem Auslande, vornehmlich nach den Vereinigten Staaten von Amerika, der beiden aufgeholfen hat. Hört dieser Abzug in nächster Zeit auf, dann ist es auch mit der relativ guten Geschäftslage dieser Branchen wieder vorbei. Treffend schildert der sachmännliche Berichterstatter der „Industrie“ die Situation mit den Worten: „Die starke Ausfuhr in Roheisen dauert fort, und so lange hierin keine Aenderung eintritt, findet die rheinisch-westfälische Roheisenenerzeugung Abzug, wenn auch im Inlande der Bedarf abgemindert bleibt und die Mengen hier allein nicht unterzubringen sind. Aus dem Siegerlande geht Eisen, von rheinisch-westfälischen Hochöfen Thomas- und Bessemer-Roheisen in großen Posten nach Amerika. Es liegt nahe, daß daher der amerikanische Markt stets mit großer Aufmerksamkeit und Spannung verfolgt wird und wenn man in den Kreisen der Roheisenleute wie auch der Halbzeugwerke nach den Aussichten für die Zukunft fragt, so erhält man häufig die Antwort: „Es kommt darauf an, wie die Dinge in Amerika sich gestalten werden“. Wie lange wird dieser gewaltige Bedarf noch anhalten? Die Anzeichen deuten noch nicht auf einen so baldigen Umschlag hin, aber die geschäftlichen Wandlungen und Konjunkturen sind unberechenbar. Innerwartet und oft ohne erklärliche Ursache tritt eine Stauung ein, die hochgespannte Stimmung schlägt in Angst und Besorgnis um, und die Krisis ist da.“

Wir erinnern an die Vorgänge vor gerade drei Jahren auf dem deutschen Markt. In acht Tagen trat nach zweijähriger Hochflut ein völliger Umschwung ein, bloß weil sich am — amerikanischen Horizont einige Wolken zeigten; der deutsche Markt selbst bot dazu noch keinen Anlaß. Und der Stimmungswechsel vollzog sich damals so rasch, daß das Roheisen-Syndikat vierzehn Tage später die berühmten langfristigen Roheisenabkäufe niemals zu Stande gebracht haben würden. In Halbzeug wird die Marktlage auch wesentlich durch die Ausfuhr beeinflusst, die noch etwa die Hälfte der ganzen Erzeugung ausmacht. Das ist erfindlich, so lange die große Ausfuhr fort-dauert, aber ebenso bedenklich, wenn dieselbe ganz oder teilweise aufhören sollte. Wohin aber dann mit der Roheisenenerzeugung von Halbzeug der vielen und großen westdeutschen Stahlwerke?

Vergebung von Schienen durch die preussische Eisenbahn-Verwaltung. Wie das „Verf. Tagbl.“ erzählt, steht der Abschluß der Lieferungsverträge über die schon gemeldete Nachbestellung von 32 000 Tonnen Schienen meist schwereren Profils nebst 18—20 000 Tonnen Schwellen bevor.

Sociales.

Im Zeitalter der Druckerhewärze.

Der preussische Handelsminister erklärt in seinem Amtsblatt (Nr. 5 vom 14. März 1903) eine Bekanntmachung, in der es heißt: „Von verschiedenen Seiten ist mir die Anregung zugegangen, die Zahl der Hebertenpläne, die bisher meinen Kundenlisten zur Weitergabe an die nachgeordneten Behörden beigelegt waren, so zu vermehren, daß sie auch den Landräuten nachgeordneten Behörden zur Verfügung gestellt werden können. Die mein Wunsch vermag ich nicht zu entsprechen, weil dadurch der geheimen Mangel meines Ministeriums eine zeitraubende Mehrarbeit entstehen und der Bureaubedürfnisfonds übermäßig belastet werden würde.“

Wenn wir die Bedenken, die den Minister zur Ablehnung dieses Wunsches veranlassen, recht verstehen, so führt uns das auf die Vermutung, daß sich das preussische Handelsministerium zur Bewilligung seiner Kundenliste der Druckerhewärze und der Wachdrucker nicht zu bedienen scheint. Wenn sie angewendet würden, so könnte der Minister schließlich von einer übermäßigen Belastung des Bureaubedürfnisfonds durch Herstellung einiger Tausend Abdrücke reden. Man wendet also offenbar ein weit zeitraubenderes und kostspieligeres Bewilligungsverfahren an. Da nun aber die Erlasse des Ministers, wie aus der Bekanntmachung weiter hervorgeht, in so und so viel Exemplaren hergestellt werden, daß sie außer den Regierungspräsidenten auch den Landräuten und deshalb vermuthlich auch den Behörden der Stadtkreise zugehen, so ist ein solcher Erlaß stets in rund 600 Exemplaren herzustellen. Diese Erlasse sind oft sehr umfangreich; so daß sie geschrieben mehrere Seiten umfassen, und da sicher viele solcher Erlasse nötig sind, so kann man sich allerdings die Bureaubedürfnisfonds für diese Arbeit ziemlich hoch vorstellen. Die Herstellung auf dem Wege des Buchdrucks würde sicher eine wesentliche Verbilligung herbeiführen. Wenn man annehmen darf, daß das Handelsministerium in diesem Punkte nicht rückständiger ist wie die übrigen obersten Staatsbehörden, so ergäbe sich für eine Druckerei mit Schnellpresse im Dienste der Ministerial-bureaus eine recht reichliche Arbeit und sicher eine erhebliche Ersparnis an den Bureaubedürfnisfonds. Vielleicht versucht einer der preussischen Herren Abgeordneten einmal Aufklärung darüber zu erlangen, ob unsere Vermutungen zutreffen.

Apothekergewinn. Auf dem Krankenlagentage sprach Herr Apotheker Steinbeck aus Leipzig, ein Mann, der sonst in anerkannter Weise für die Interessen der Krankenlagentage eintritt, die Ansicht aus, die Apotheker verdienen im Durchschnitt nur 10 Prozent. Herr Steinbeck ist da offenbar schlecht unterrichtet. Hat doch kürzlich das sächsische Ministerium des Innern in einer Verfügung ausgesprochen, daß erfahrungsgemäß den Apothekern mindestens ein Drittel des Umsatzes als Reingewinn verbleibt.

Abgeordnetenhaus.

45. Sitzung vom Montag, den 16. März, 12 Uhr.

Am Ministerische: Studt.

Die zweite Beratung des Auswärtigen wird beim Kapitel

Elementar-Unterrichtswesen fortgesetzt.

Abg. Dr. Müller-Sagen (fr. Sp.): Ich möchte dem Minister meine Anerkennung aussprechen dafür, daß er die Realgymnasialklassen für Mädchen in Schöneberg und Charlottenburg genehmigt hat. Die moderne Entwicklung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse drängt auf den damit verbundenen Weg, mögen wir wollen oder nicht. Im Gegensatz zum Abgeordneten Dr. Jemer hoffe ich, daß die Mädchengymnasien eine günstige Rückwirkung auf die Entwicklung des gesamten Mädchenschulwesens überhaupt ausüben werden. Es ist nicht die Originalitätsstunde, die unsre Mädchen an die Pforten der Universität treibt. Die heutigen sozialen Verhältnisse zwingen sie dazu, im Kampfe ums Dasein die Konkurrenz mit dem Manne aufzunehmen. Der Staat sollte in erhöhtem Maße die sozialen Vorbedingungen schaffen, um den Mädchen die Ausübung jener Berufe zu ermöglichen, zu denen sie das Gymnasium und die Universität vorbereitet. (Beifall links.)

Abg. Borsten (fl.) (bei der Ursache des Hauses sehr schwer verständlich): Die wissenschaftlichen Berufe sind heute gänzlich überfüllt, während fast niemand mehr Handwerker werden will. Wenn ich einen Schlosser oder Schreiner suche, kann ich lange herumfragen. Ganz ähnliche Zustände werden für das weibliche Geschlecht die Mädchengymnasien zeitigen. Der Vortrager hat nur ganz allgemein gesagt: „Man öffne ihnen alle gelehrten Berufe.“ Ich weiß gar nicht, wie das praktisch durchgeführt werden soll. Es ist auch hygienisch sehr bedenklich, die Mädchen in ihren Entwicklungsjahren 6, 8 Jahre lang auf der Schulbank sitzen zu lassen.

Kultusminister Studt: Ich habe am Sonnabend mit voller Bestimmtheit erklärt, daß die Unterrichtsverwaltung nicht daran denke, alle Mädchengymnasien zu genehmigen, also Anstalten, in denen die Mädchen schon vom 6. Lebensjahre an die gymnasiale Laufbahn einschlagen. Zu einem solchen Experiment kann die Unterrichtsverwaltung ihre Hand nicht bieten. Es sind nur solche Gymnasialkurse versuchsweise genehmigt, die mit dem vollendeten 12. Lebensjahre beginnen. Die Unterrichtsverwaltung konnte aber angesichts der von vielen wohlunterrichteten Seiten hervorgerufenen Klagen es bei dem bisherigen Zustande nicht mehr bewenden lassen. Es wird der Erfolg des jetzt gemachten Versuches abgewartet werden müssen, der Lebewegens der Forderungen der extremen Frauenrechtlerinnen voll entspricht.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Mit der Zulassung zum Abiturienten-Examen ist nicht gesagt, daß den Frauen nun alle gelehrten Berufe in vollem Umfange offenstehen müssen, ja, daß sie etwa gar das Stimmrecht bekommen. Nebenbei hat selbst der freikonserbative Abg. v. Kardorff sich für das Stimmrecht der Frau ausgesprochen. (Heiterkeit.) In England treten sogar die Konservativen für das Stimmrecht ein. Man sollte es den Frauen nicht unmöglich machen, die Bildung zu erwerben, die ihrem Bildungsbedürfnisse entspricht. (Beifall bei den National Liberalen.)

Abg. Ernst (fr. Sp.) tritt für die Zulassung der Frau zum medizinischen Studium ein. Wir haben in Deutschland 1 Million Frauen mehr als Männer. Diese Frauen müssen sich ihren Lebensunterhalt verdienen und man sollte ihnen nicht die meisten Berufe verschließen. Ich sehe gar nicht ein, weshalb wir steuerzahlenden Frauen das Stimmrecht vorenthalten. Gleiche Pflichten, gleiche Rechte. (Sehr richtig! links.)

Abg. Schmitz-Düsseldorf (C.): Wir stehen auf dem Boden der gehobenen Mädchenschule, die wir aber nicht als die Vorbereitung zum Universitätsstudium betrachten.

Abg. Dr. Jemer (l.): Herr Friedberg nannte meine Ausführungen ungeheuerliche Hebertreibungen. Im Jahre 1898 hat der Minister Posten aber sich in gleichem Sinne wie ich ausgesprochen. Wir wollen alles daran setzen, um dem Manne seine Stellung in der heutigen Gesellschaft zu erhalten. (Sehr richtig! rechts.) Der Minister erklärte,

Die Errichtung der Gymnasien sei nur ein Versuch. Ja, was heißt dem das? Bei der Errichtung wird sich herausstellen, daß die Mädchen die nötigen Kenntnisse haben und die Schule wird dauernd eingerichtet. Dann kann der Minister anderen Städten die Genehmigung zur Errichtung von Mädchen-Gymnasien nicht verweigern, und wir befinden uns bereits auf der schiefen Ebene. Wie die Agitation für die Frauenbewegung betrieben wird, ersehen Sie u. a. aus dem Roman „Das grüne Huhn“ von dem jetzigen Bürgermeister in Berlin, Reide. Dieser Roman spielt in einem Willen studierender Frauen. Die einzige Frau, die noch am Alten festhält, wird als eine überaus bornierte Persönlichkeit hingestellt. (Lachen rechts.) (Sehr gut! links.)

Minister Studt erklärt, die Aeußerung des früheren Kultusministers Boffe habe sich nur auf einen Einzelfall, die Errichtung eines städtischen Mädchengymnasiums, bezogen.

Abg. Dr. Wendt (fl.) fordert eine gesetzliche Regelung des höheren Mädchenschulwesens. Dadurch würden auch die Lehrerinnen sichergestellt.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen. Weiterberatung des Kultusbudgets 7 1/2 Uhr abends. Schluß 4 1/2 Uhr.

In der Abend-sitzung wurde die Beratung des Kultusbudgets fortgesetzt. Für die Weltausstellung von St. Louis werden als erste Rate 120 000 M. verlangt. Der national-liberale Abgeordnete Krausinkel wendet sich gegen die Bewilligung dieser Forderung. Angesichts der andauernden Krisen, die uns Amerika auf voll-vollständigen Gebiete antun, befände nicht die geringste Veranlassung, diese Forderung zu bewilligen. Man könne es doch nicht machen wie ein jüdischer Schnorrer, der sich vorn hinaus-schmeißt und hinten wieder herein kommt. Kultusminister Studt betont, Deutschland und sein größter Staat Preußen wolle in St. Louis gemeinsam mit den anderen Nationen ein Bild der Entwicklung seines Unterrichts geben. Der Gesichtspunkt der Vollpladereien komme dabei gar nicht in Betracht. Die Forderung wird gegen die Stimmen einzelner National-liberalen bewilligt. Beim Kapitel „Kunst und Wissenschaft“ kommt es noch zu einer längeren Debatte, in der Abg. Schmitz-Düsselborf (L.) wünscht, daß die Pflege der Kunst auch in den Provinzstädten gefördert werde. Wishes sei lediglich Berlin mit Kunstwerken vom Staate bedacht worden. Die Budgetkommission sollte die reiche Stadt Berlin für Zuschüsse zu derartigen Forderungen heranziehen. Abgeordneter Krelling (fr. P.) wendet sich gegen das ganz unberechtigte Verlangen, daß Berlin dafür büßen soll, daß es Reichshauptstadt ist, zumal es ja gar nicht einmal darüber zu bestimmen hat, welche Denkmäler in Berlin aufgestellt werden sollen. Er erinnert nur an den Märchenbrunnen. Die Weiterberatung wird am Dienstag 11 Uhr vertagt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Streik der Militärschneider.

Die Militärschneider Berlins hatten sich am Sonntag außerst zahlreich im großen Saal der Arminshallen versammelt, um zur Tariffrage weitere Stellung zu nehmen. Ritter berichtete über das Ergebnis der Zusendung der Tarifvorlage an die Unternehmer. Von 36 Unternehmern, die den Tarif erhielten, haben es 29 nicht der Mühe wert gehalten, irgend eine Mitteilung an die Organisation ergoßen zu lassen. Von den wenigen Unternehmern, die antworteten, haben dem Tarif als solchen nur zwei zugestimmt, und zwar der eine nur unter der Bedingung, daß sämtliche Berliner Uniformgeschäfte ihn bewilligen, während der andere für die Militärbranche wenig in Frage kommt. Die übrigen Aufschriften waren mehr informativ als verbindlich oder sicherten nur Verhandlungen über Erhöhung einzelner Lohnpositionen zu, und dies auch nur unter gewissen Voraussetzungen. Gegenüber diesem Resultat hält es die Ortsverwaltung und die zuständige Kommission für die Militärbranche für notwendig, daß die seit 2 Jahren formulierten Forderungen jetzt endlich mit Energie durchgesetzt werden, d. h. durch den Streik. Redner hob hervor, daß der zukünftige Tarif der Militärschneider Berlins den Pol bilden solle, an den sich die Löhne der Militärschneider anderer Plätze Deutschlands angliedern werden. Man nehme sich den Buchdruckerarbitrar zum Vorbild. Die Kollegen in den Orten Deutschlands, wo Militärschneider gemacht wird, seien schon jetzt von der Situation in Berlin unterrichtet. Eine Schädigung der Bewegung sei von der Seite nicht zu erwarten. Die Wahrung des Redners, zu zeigen, wie ernst man es mit den Forderungen meine, fand stürmischen Beifall. In der folgenden Debatte kam die Kampfstimmung der Versammelten lebhaft zum Ausdruck. Es wurde scharf gesagt, daß die weißen Arbeitgeber die Einreichung des Tarifs überhaupt nicht beantwortet haben.

In einer einstimmig angenommenen Resolution erklärte die Versammlung, daß es den Militärschneidern nach wie vor ernst sei mit der Schaffung einheitlicher Lohnsätze in ihrer Branche. Demgemäß beschloß die Versammlung, daß in allen Geschäften der Berliner Uniformschneiderei vom Montag, den 16. März, ab die Arbeit zu ruhen hat. Besonders betont wurde noch in der Resolution, daß die Versammelten unter Wahrung der prinzipiellen Forderung der Einheitlichkeit nicht abgeneigt sind, in Unterhandlungen mit den Unternehmern einzutreten, die von den zuständigen Instanzen der Organisation zu führen seien.

Am Dienstagvormittag 10 Uhr findet eine Versammlung der Streikenden in den Arminshallen statt.

Zum Streik in der Holzbearbeitungs-Branche. Folgende Firmen zahlen bereits die von den Arbeitern geforderten Löhne: Schulz, Belle-Alliancestr. 84. Blume u. Stolzenburg, Engelsbergstr. 52. Jahnke u. Sohn, Charlottenburg, Gutenbergstr. 6. König, Weihensee, Generalftr. 93. Garm, Anklamerstr. 33. Jädel, Landsberger Allee 37. Röhrhorn, Frankfurter Allee 47. Erbach, Weidenweg 64. Riemenz, Rixdorf, Anesebeckstr. 50. Dahmer, Wilmersstr. 92. Rielsch u. Sohn, Krausstr. 4. Rahmel u. Sohn, Wilmersstr. 109. Seidemann, Laufberger-Platz 18. Klapproth u. Hoppe, Admiralsstr. 18. Jurisch u. Lohmann, Diefenbachstr. 36. Der Vorstand.

Das Streikbureau erstellt jede Ankunft. Es befindet sich Kleine Andreasstr. 15. Telephon Amt 7a Nr. 8084.

Fachverein der Tischler. Wir machen allen Kollegen, die im Fachverein der Tischler Berlins und Umgegend organisiert sind, zur Pflicht, daß jeder einzelne die Maschinenarbeit, die er vor dem Streik der Maschinenarbeiter von seinem Arbeitgeber geliefert bekam, auch jetzt während des Streiks der Maschinenarbeiter pünktlich von seinem Arbeitgeber verlangt, und nicht z. B. Nobeln und Sägen selbst selber macht. Ferner machen wir alle Kollegen darauf aufmerksam, daß sie sich von ihren Arbeitgebern nicht dazu drängen lassen, die angefangene Accordarbeit zu verlassen oder das Arbeitsverhältnis vor Fertigstellung des Accords zu lösen, indem ihnen, wie von verschiedenen Arbeitgebern versucht wird, die bisher geleistete Arbeit abgekauft werden soll, um so eine Entlassung des Kollegen ausüben zu können. Um den streikenden Maschinenarbeitern zum Sieg zu verhelfen, haben alle Kollegen die Pflicht, ihre Arbeitsplätze nicht zu verlassen, sondern überall die Fertigstellung des Accords zu verlangen, eventuell für die Zeit, wo der Kollege ohne sein Verschulden an der Arbeit verhindert wird, den Arbeitgeber ersatzpflichtig zu machen, denn nach der Schreibweise der Hochzeitung, des Organs der gesamten Arbeiter der Holzindustrie, soll daraus hingewirkt werden, sämtliche Tischler und verwandten Berufsgenossen auszusperrten. Alle Differenzen, die sich in den einzelnen Betrieben aus dem Streik der Maschinenarbeiter ergeben, sind in meinem Bureau, Holzmarktstr. 34 (im Laden) täglich abends von 8-10 Uhr zu melden.

Der Vorstand des Fachvereins der Tischler. Achtung, Arbeiter! Bei der Firma „Spezialmaschinen-Gesellschaft“, Gesellschaft m. b. H., Ludwigsstr. 6, haben sämtliche dort beschäftigte Kollegen einstimmig die Arbeit niedergelegt. Es wird mit

allen Mitteln von Seiten der Firma versucht, die Accordarbeit einzuführen. Gelpert sind folgende Bauten: Bau Zieg, Preussische-strasse 72; Bau Klingenberg, Kantstr. 90; Bau Schreyer, Leibniz-strasse 55; Neubau des Städtischen Gymnasiums, Wilhelm- und Behren-strassen-Ecke. Zugang ist unbedingt fernzuhalten.

Achtung, Töpfer! In der Sonntag-Nummer des „Vorwärts“ haben die Lokalfisten es durch einen Bericht des Gewerkschafts-Kartells und einem Eingangsunterschied unter „Gewerkschaftliches“ noch einmal unter-nommen, den Central-Verband der Töpfer resp. Mitglieder desselben den Oeffentlichkeit gegenüber als Leute zu bezeichnen, die, um die Lokalfisten aus der Arbeit zu drängen, sich billiger als der Tarif zulasse, bei den Arbeitgebern anbieten. Als Beweis hierfür wird ein Auspruch eines Arbeitgebers resp. dessen „Geschäftsführers“ angeführt. Wir widerholen darauf nochmals: So wenig unre Kollegen wie die Tarif-Kommission haben früher mit dem Arbeitgeber nachman über Preise von Dolen gesprochen, ehe von diesem nicht die Erklärung abgegeben war, daß die bisher als Arbeitswillige bei ihm thätigen Töpfer, die sich nun leider aus den Reihen der Lokalfisten zusammenfügten, entlassen und nur noch solche durch den Arbeits-Nachweis eingestellt werden. Nichts sind die in dem Versammlungs-Bericht des Gewerkschafts-Kartells enthaltenen Ausführungen des Berichters der Lokalfisten Töpfer: „Erst als sich die Ver-bandskollegen zu niedrigeren Preisen anboten, seien diese unerquicklichen Differenzen zum Ausdruck gelangt“, eine Unwahrheit. In dem Ein-gangsunterschied unter „Gewerkschaftliches“ bemerken wir, daß es uns voll-ständig gleichgültig ist, ob die Lokalfisten die Kommission, die nicht allein durch Mitglieder des Verbandes, wie man der Oeffentlichkeit gegenüber glauben zu machen sucht, sondern aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern (Vorstand der Innung und Gesellen-Ausschuß) zusammenge-setzt ist, die aber von keiner Seite, weder von unsren Kollegen noch von Herrn Nachmann, zur Schlichtung etwaiger Differenzen angerufen ist, anerkennen; daß dieselbe aber schon niemals nach dem Wortlaut des Eingangsunterschieds „Preise festgesetzt hat, die gegen den Lohnsatz verstoßen“, ist ebenfalls eine unvorbereitete Behauptung, für die ein Beweis nie wird erbracht werden können. Deshalb sehen wir von einer weiteren Auseinandersetzung in der Arbeiterpresse mit den Lokalfisten ab. Wir halten es unter unsrer Würde, mit ihnen hierüber weiter zu diskutieren.

In Weihensee legten am Montag sämtliche in der Möbel-fabrik von Geißler, Langhansstr. 100, beschäftigten Tischler, Möbelpolierer und Maschinenarbeiter wegen Lohn-differenzen die Arbeit nieder. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, den Zugang nach diesem Betriebe fernzuhalten. Deutscher Holzarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Weihensee.

Deutsches Reich.

Zum Streik der Holzarbeiter bei der Firma G. Wunderlich, Luxusmöbelfabrik in Lübbenau, wird geschrieben: Zwei Mit-glieder des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts sind als Arbeits-willige stehen geblieben. Von den Streikenden ist noch keiner ab-gefallen; die Firma hat auch bei der Arbeitsstätte in Cottbus Arbeiter bestellt. Die Arbeitsstätte hat auch zwei Mann geschickt, doch ist einer davon bereits wieder abgereist, nachdem ihm gesagt wurde, daß hier gestreikt wird. Der Streik dauert ununterbrochen fort. Zugang ist fernzuhalten. Anfragen sind zu richten an Rich. Joachim, Lübbenau, Poststr. 198.

Ausland.

Eine größere Streikbewegung macht sich im Buchdrucker-gewerbe vieler französischer Städte, wie Chlich, Nantes etc. geltend.

Versammlungen.

Die Banklempner nahmen am Sonntag in einer gut besuchten Versammlung Stellung zu dem versuchten Vertragsbruch ihrer Arbeitgeber. Cohen führte in seinem Referat aus: Bei Beendigung des vorjährigen Klempnerstreiks ist zwischen den Unternehmern und Arbeitern ein Vertrag geschlossen worden, laut dessen der Minimal-lohn bis zum 1. April 1903 55 Pf. pro Stunde betrug; ferner durfte zu Accordarbeiten niemand gezwungen werden. Schon während des Streiks betrug die un-englische Forderung der Gesellen 60 Pf. Stundenlohn, jedoch mit Rücksicht auf die Inflationen der Meister waren die Arbeiter kulant genug, sich vorläufig mit 55 Pf. zu begnügen. Schon die kurze Dauer des Vertrags kennzeichnete letzteren lediglich als ein Provisorium, welches durch gegenfeitige friedliche Vereinbarungen später feste Formen annehmen sollte. In diesem Jweck war dem Vertrage folgender Passus angehängt: „Es wird eine aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu gleichen Teilen zusammengesetzte Kommission gebildet, die einen für beide Teile verbindenden Tarif auszuarbeiten hat, der spätestens am 1. April 1903 in Kraft tritt.“ Die Arbeitgeber schienen von dieser Bestimmung anfangs ganz erregt zu sein; sie versicherten mehrfach, so schnell arbeiten zu wollen, daß der neue Tarif schon zum 1. Januar 1903 in Kraft treten könne. Wertwürdigerweise aber ließen sie bis in die letzte Zeit hinein überhaupt nichts von sich hören. Zwar waren die beiderseitigen Mitglieder der Tarifkommission gewählt worden, doch eine gemeinschaftliche Tagung und Beratung hat bis jetzt nicht stattgefunden. Schuld hieran waren lediglich die Unter-nehmer bezw. deren Innungsvorstand. Als nämlich die Kom-missionsmitglieder der Arbeiter anfragten, wann denn nun endlich die gemeinsamen Beratungen beginnen sollten, erhielten sie vom Obermeister die Antwort, eine selbständige Kommission der Arbeiter könne die Innung ihren Satzungen entsprechend nicht aner-kennen, vielmehr wolle die Kommission der Meister nur mit dem Gesellenausschuß verhandeln. Dies war eine offensbare Um-gehung und Durchbrechung der vorjährigen, unter schriftlich be-glaubigten Abmachungen. Der Hauptzweck dieser heimlichen Ragnation besteht dem Einverständnis der „Arbeitgeber-Zeitungs“-Verbandes bei den Verhandlungen auszu-schalten. Selbstverständlich erklärte der Gesellenausschuß dem Innungsvorstande kurz und bündig, daß er sich in keine Verhand-lungen einlassen könne, weil dazu die von der Organisation gewählte Kommission bestimmt sei. Es ist nun ein offenes Geheimnis, daß der Hauptstreicher und -Dränger bei diesen innungsmeisterlichen Tiseltieren der Generalsekretär Rasse von der Abteilung II des Rühnenmänner-Verbandes ist. Die „Innungs-Zeitung“ gehört als solche nämlich diesem berüchtigten Arbeitgeber-Verbande an, obwohl das laut Erlaß des Handelsministers absolut unzulässig ist. Da nun die „Satzungen“ des Rühnenmänner-Verbandes bekanntlich unter Androhung hoher Konventionalstrafen Verhandlungen mit Arbeiter-organisationen nicht gestatten, so hat die Innung teils aus Herren-dünkel, teils aus Furcht vor der Konventionalstrafe jene Satzungen jetzt auch zu den ihrigen gemacht, denn es existiert keine gesetzliche Vorschrift, die den Zwängen die Verhandlungen mit Arbeiter-Or-ganisation verbietet. Letzteres geht auch schon aus dem Um-stande hervor, daß sich die Innung bei dem vorjährigen Streik sehr bald zu Unterhandlungen mit den „Hegern und wässen Agitatoren“ des Metallarbeiter-Verbandes bequemen mußte; ja der Vertrag selbst trägt die eigenhändige Unterschrift des ersten Bevollmächtigten der Metallarbeiter und des Obermeisters, überdies haben 98 Firmen den Vertrag unterschrieben anerkannt. Die Wandlung der leitenden Innungsper-sonen ist also unbedingt auf Schwarzmachereien der Rühnen-männer zurückzuführen, auch mag der Vorstand der Hamburger Klempner-Innung, der kürzlich mit dem hiesigen Innungsvorstande konferierte, sein gutes Teil zu dem Vertragsbruch mit beigetragen haben. Interessant ist ferner, daß die Innung den Bauklempnern jetzt auch einen regelrechten Accordtarif auszuweisen gedenkt. Die Verhältnisse liegen demnach gegenwärtig so: Die Arbeiter werden in Ruhe abwarten, ob die Innung sich zu den vertraglich angeord-neten Unterhandlungen bequemen wird oder nicht. Ist bis zum 31. März abends ein Tarif nicht zu Stande gekommen, so wird am 1. April die Arbeit auf der ganzen Linie eingestellt. Verhandlungen über einen Accordtarif sind von vornherein ausgeschlossen. Ob es die Meister auf einen derartig von ihnen provozierten Streik an-nehmen lassen, ist ihre Sache. — In der lebhaften Diskussion er-

kärten sich sämtliche Redner mit den Ausführungen des Referenten durchaus einverstanden. Der Geist der Versammlung ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die Meinungen in diesem Jahre einen Höhepunkt mit derselben Energie durchzuführen werden wie im Vorjahre den Angriffstreit. Folgende Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme:

„Die Versammlung protestiert auf das entschiedenste gegen den Versuch der Arbeitgeber, die im Vertrage vom Herbst 1902 unter Punkt 7 Absatz 2 getroffenen Abmachungen zu umgehen. Die Or-ganisation und die von den Klempnern gewählte Tarifkommission werden beauftragt, sofort die nötigen Schritte zu thun, um zu ver-hindern, daß der durch Unterschreitung anerkannter Vertrag umgangen oder durchbrochen wird. Es soll in den nächsten Tagen eine neue Versammlung einberufen und dort seitens der Tarifkommission ge-eignete Vorschläge gemacht werden.“

Die Tarifverhandlungen der Bauarbeiter. Der Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter hielt am Sonntag eine kombinierte Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshause ab, in der Georg Heinemann über die weiteren Verhandlungen mit den Arbeitgebern berichtete. Die Arbeitgeber haben jetzt, nachdem die Verträge mit den Maurern und Zimmerern abgeschlossen sind, kein besonderes starkes Interesse an einem Vertrag mit den Bauarbeitern gezeigt. Die Verhandlungen haben auch noch zu keiner Einigung geführt. Die Lohnkommission hat nun einen Tarifentwurf aus-gearbeitet, der wohl die Zustimmung der Arbeitgeber finden kann. In diesem Entwurf, den der Redner der Versammlung zur Annahme empfahl, ist der Stundenlohn für gewöhnliche Bauarbeiter auf 45 Pf. festgesetzt; für ungelübte, im Bauhandwerk noch nicht thätig gewesene Ar-beiter, die nur für Ausschlagarbeiten in Betracht kommen, auf 42 1/2 Pf., für Kalkschläger, Wasserträger und beim Rufen sowie auf Hebevorrichtungen beschäftigte Arbeiter auf 50 Pf. und für solche Arbeiter, die ausschließlich Steine und Kalk tragen, auf 65 Pf. Im Accordtarif ist der Grundpreis für das Tragen von 1000 Steinen und dem dazu gehörenden Material bis zu einer Mauerwerkshöhe von 0,55 m auf 2,50 m festgesetzt. Bei weiterer Erhöhung des Mauerwerks sowie bei einer mehr als 20 Meter betragenden Entfernung des Lagerplatzes sind verschiedene Preisberechnungen vorgegeben; ebenso für mehr als 6 1/2 Pfund schweren Steinen. Der Referent wies nachdrücklich darauf hin, daß es von großem Vorteil für die Bau-arbeiter sei, feste Abmachungen bezüglich der Arbeitsbedingungen zu treffen. Hinsichtlich der Fuhrertrage haben die Arbeitgeber keine Neigung gezeigt, einer Regelung, wie sie die Organisation fordert, zuzustimmen, haben jedoch das Zugeständnis gemacht, daß die Bau-arbeiter das Recht haben, die Fuhrertrage bei einem Vorgehen zur Durchführung ihrer Forderungen zu unterstützen. — In der Dis-kussion sprachen sich fast sämtliche Redner für Abschluß des Ver-trages aus. Eine Resolution wurde gegen 4 Stimmen angenommen, die besagt: „Die Versammlung ist im Prinzip für Abschluß des Ver-trages. Sie spricht die Erwartung aus, daß die Arbeitgeber dem-nächst vorliegenden Tarifentwurf ihre Zustimmung erteilen werden und erklärt, unter die jetzt gemachten Vorschläge nicht heruntergehen zu können, verpflichtet aber ihre Vertreter, falls seitens der Arbeitgeber eine zustimmende Erklärung erfolgt, den Abschluß des Vertrages zu bewerkstelligen.“ — Hinsichtlich der Fuhrertrage sagte die Versammlung einstimmig folgenden Beschluß: „Die Bau-arbeiter verpflichten sich, sobald sie bei Fuhrern beschäftigt werden, nur auf Grund der gestellten Forderungen zu arbeiten. Diejenigen Bauarbeiter, die regelmäßig bei Fuhrern beschäftigt sind, verpflichten sich ihrerseits, gestützt auf die Solidarität sämtlicher Kollegen, ge-meinsam mit den organisierten Fuhrern mit allen Mitteln der Organisation ihre Forderungen auf der ganzen Linie zur Durch-führung zu bringen. Die Forderungen der Fuhrertrage sind: 1. neunstündige Arbeitszeit; 2. ein Tageslohn von 7,50 M., der un-abhängig vom dem Arbeitsverhältnis der Fuhrer von den Arbeitgebern zu zahlen ist.“

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Unglaublich.

Thorn, 16. März. (Privat-Depesche des „Vorwärts“.) Der Uhr-macher Louis Joseph von hier, welcher in seinem Schaufenster Schmuck-sachen mit der polnischen Inschrift: „Gott er-löse Polen“ sowie Anhängel zu Uhrketten mit polnischen Adlern und andern polnischen Emblemen ausgestellt hatte, wurde vom Schöffengericht dieserhalb wegen groben Unfugs zu 20 M. Geldstrafe bezw. fünf Tagen Gefängnis verurteilt; auch auf Einziehung und Vernichtung der betreffenden Schmuck-sachen wurde erkannt.

Emmels Mandat endgültig laziert.

Frankfurt a. M., 16. März. (W. G.) Wie der „Frankf. Ztg.“ aus Straßburg berichtet wird, verwarf der kaiserliche Rat den Rekurs, welchen das sozialdemokratische Ausschussmitglied Emmel gegen die seitens des Colmarer Bezirksgerichts verfügte Ungültigkeitserklärung seines Landesauschuss-Mandats eingelegt hatte. Der Entscheid ver-langt sofort Rechtskraft. Das Mandat Emmels, das einzige social-demokratische des Landesauschusses, ist damit definitiv laziert.

Weberausstand.

Köln, 16. März. (W. G.) Die Weber der Lohnverbrei Gölten u. Groß sind wegen Lohn-differenzen in den Ausland ge-treten.

Kaplan Knipp.

Hannau, 16. März. (W. G.) In das hiesige Untersuchungs-gefängnis wurde der in Dresden wegen Stillschleppens zu zwei Jahren Gefängnis verurteilte Kaplan Knipp eingeliefert, welcher verdächtig erscheint, auch in hiesiger Gegend derartige Ver-gewaltigungen begangen zu haben.

Wetrennen auf dem Gebiete der Marine.

London, 16. März. (W. Z. W.) Unterhaud. Der Finanz-sekretär der Admiralität Arnold Foster begründet die Marine-voranschläge. Er sagt, als Staatsbürger bedauere er es, daß die große und bittere Rivalität unter den Nationen andauern solle, welche diese gewaltigen unproduktiven Ausgaben nötig mache. Die Admiralität setze keinen Stolz in die Höhe der Anschläge, die unter den bestehenden Verhältnissen notwendig wären. Vier Schlachtschiffe seien in den Flottenverband auf-genommen worden, die schneller seien als irgend ein zur Zeit auf dem Wasser befindliches Schiff. Nach dem neuen Bauprogramm sollten drei neue Schlachtschiffe gebaut werden, welche ähnlichen Schiffen fremder Marinen in jeder Weise überlegen seien. Noch viel mächtigere Geschütze als bisher sollten in jedem Schiffe aufgestellt werden.

London, 16. März. (W. Z. W.) Der Kapitän, der Stenermann und vier Matrosen der deutschen Schoonerbrigg „Larmow“, die von Hamburg nach Königsberg mit Delfinen unterwegs war, sind durch einen Schlepper heute in Voston gelandet worden. Das Schiff ist auf den Sandbänken in dem Voston-Tiefen gestrandet. Die gesamte Besatzung ist von dem Schlepper gerettet; die Brigg selbst ist vollständig zertrümmert. Von der Ladung wurden ungefähr 60 Tonnen geborgen.

Frankfurt a. O., 16. März. Wie die „Frankfurter Ober-zeitung“ meldet, fielen gestern Mittag die Gebrüder Krusche aus Walz (Kreis Landsberg) in trunkenen Zustände auf der Chaussee von Döllens-Rabung nach Dühringshof den Wagen eines Fleischer-meisters aus Spiegel an. Als die beiden auf dem Wagen sitzenden Gesellen die Angreifer abzuwehren versuchten, wurde der eine Pleischer-geselle von diesen durch Revolver-schüsse getötet und die Leiche durch viele Dolch-schläge verstümmelt; der zweite Schlächter-geselle wurde ebenfalls durch Revolver-schüsse schwer verletzt. Die beiden Täter wurden verhaftet.

Reichstag.

285. Sitzung. Montag, den 16. März 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Pofadowsky. Zunächst wird in erster und zweiter Beratung der am 11. November 1902 zwischen dem Reich und Luxemburg vollzogene Vertrag über den Betrieb der Wilhelm-Luxemburg-Eisenbahn durch die Reichs-Eisenbahnverwaltung genehmigt.

Es folgt die erste eventuell zweite Beratung einer Novelle zur Seemanns-Ordnung. Danach soll Ziffer 2 den § 52, der von den Fällen handelt, in denen ein Schiff mehr als zwei Jahre auswärts verweilt, gemäß den Beschlüssen des Reichstags bei der letzten Beratung der Seemannsordnung folgende Fassung erhalten:

Der Reichtmatrose erhält mit Beginn des dritten (statt zweiten) Jahres die in der Musterrolle bestimmte Feuer der Seemattrosen und mit Beginn des vierten Jahres ein Fünftel derselben mehr an Feuer.

Abg. Mollenbuhr (Soz.): Es handelt sich hier ja nur um einen Druckfehler, aber es ist sehr charakteristisch, daß man sich so beeilt, diesen Druckfehler zu beseitigen, der, wenn er stehen bleiben würde, für die Reeder nur eine ganz minimale Wehr- und Ausgabe bedeuten würde. Der Druckfehler selbst ist hier sogar vernünftiger gewesen als die Seemanns-Ordnung (weiterer), indem er eingesehen hat, daß der Uebergang vom Reichtmatrosen zum Seemattrosen möglichst kurz sein muß. Wenn man aber schon so große Eile hat, eine solche Bestimmung zu ändern, dann sollte man auch da mit Änderungen vorgehen, wo Unklarheiten und Bestimmungen zum Nachteil der Arbeiter in der Seemanns-Ordnung enthalten sind. Es ist ja schon von der Bestimmung über die Dauer des Krankengeldes bei der Etatsberatung die Rede gewesen. Ich werde mir erlauben, ein paar derartige Anträge bei der zweiten Lesung einzubringen, beantrage aber vorläufig die Novelle der Kommission, welche das Krankengeld berät, zu überweisen.

Abg. Kirsch (L.): Der Herr Vorredner will doch wohl nicht diese eine Bestimmung, die auf einem Druckfehler beruht, der Krankengeld-Kommission überweisen, sondern seine Anträge, die er noch stellen will. Ich werde jedenfalls beantragen, diese Sache nicht erst einer Kommission zu überweisen, sondern gleich in zweiter Lesung zu erledigen. Daß die jetzige auf einem Versehen beruhende Fassung einen Vorteil für die Reeder bedeutet, ist nicht richtig, die Fassung ist aber jetzt so unklar und widerspruchsvoll, daß gar nicht abzusehen ist, wie die Verichte eventuell entscheiden würden. Es heißt ausdrücklich im Eingang des Paragraphen, daß das Schiff bereits zwei Jahre unterwegs gewesen sein muß, ehe die Erhöhung der Feuer eintritt.

Staatssekretär Graf Pofadowsky: Daß es sich um einen Druckfehler handelt, ist ganz sonnenklar. Ich möchte dringend davor warnen, diese Gelegenheit zu benutzen, um weitere sachliche Änderungen vorzunehmen, zumal diese Novelle am 1. April beim Inkrafttreten der Seemannsordnung verabschiedet sein muß. Es läge ja nahe, hier, wie das Herr Mollenbuhr will, die Krankenunterstützung, wie das in der Krankengeld-Novelle vorgesehen ist, auf 26 Wochen zu erhöhen. Es kommt aber dabei in Betracht, daß nach der Seemanns-Ordnung im Gegensatz zum Krankengeld die Reeder allein die Lasten der Krankenversicherung tragen, die Verlängerung der Frist würde demnach für die Reeder, unter denen sich viele wirtschaftlich schwache Existenzen befinden, eine große finanzielle Bedeutung haben. Diese Frage muß daher erst sorgfältig geprüft werden. Die Erhöhung der Krankenunterstützung-Dauer wird kommen, man möge aber die Initiative dazu der Regierung überlassen, die nach Prüfung der Verhältnisse sicher eintreten wird.

Abg. Schwarz-Lübeck (Soz.): Ich halte es doch für richtig, bei dieser Gelegenheit gleich ganze Arbeit zu machen und den ersten Absatz des § 52 dahin zu ändern, daß die Erhöhung der Feuer schon eintritt, wenn das Schiff mehr als ein Jahr auswärts verbringt. Ich bitte also, die Novelle einer Kommission zu überweisen.

Abg. Dr. Semler (natl.): Die Seemanns-Ordnung, die eben verabschiedet worden ist, bedeutet einen so loslassen Fortschritt und wir haben keinen Anlaß, neue Änderungen vorzunehmen. Es handelt sich hier lediglich um Beseitigung eines Druckfehlers.

Abg. Lenzmann (fr. Sp.): Die Änderung, welche Herr Mollenbuhr will, könnte höchstens eintreten, wenn das Krankenlassen-Gesetz geändert ist. Wir wissen aber noch nicht, ob nicht die Agitation, die jetzt lediglich an Wahrheitlichen gegen das Krankenversicherungs-Gesetz entfacht wird, zu seinem Scheitern führen wird. Ich bitte, es daher jetzt lediglich bei der Änderung des Druckfehlers zu belassen.

Abg. Hertzfeld (Soz.): Ich muß dagegen protestieren, daß gegen das Krankenversicherungs-Gesetz eine unsachliche Agitation entfacht sein sollte. Ich hätte wirklich nicht geglaubt, daß die Hamburger Reeder ihren ja sehr großen Einfluß auf die Reichsregierung benutzen würden, um diesen Druckfehler zu veranlassen, der ihnen im schlimmsten Falle einige tausend Mark im Jahre kosten würde. Graf Pofadowsky hat erst vor kurzem ausdrücklich erklärt, daß die Ausdehnung der Krankenversicherung für die Seeleute auf 26 Wochen nicht im Krankenversicherungs-Gesetz, sondern durch eine Novelle zur Seemanns-Ordnung erfolgen könnte. Nun liegt eine solche Novelle vor und wieder widerspricht der Staatssekretär unserem Antrage. Was soll man da noch auf die Erklärungen der Regierung geben?

Abg. Rat v. Juncquière: Die Regierung hat ausdrücklich erklärt, daß ehe die betreffende Bestimmung in der Seemanns-Ordnung geändert wird, erst das Krankenversicherungs-Gesetz geändert werden muß. Das ist bis heute nicht geschehen. Daß nach dieser Richtung eine Novelle kommen wird, hat der Staatssekretär soeben feierlich erklärt. Ich muß die Behauptung zurückweisen, daß die Reederzeit irgendwie einen Einfluß auf die Staatsregierung geübt hätten. Es ist doch unmöglich, daß jetzt alle bei der Beratung der Seemanns-Ordnung abgelehnten Anträge Albrecht und Genossen wieder aufleben. Dann würde die Novelle auf keinen Fall bis zum 1. April fertig werden. Uebrigens würde kein Richter der von den Herren Sozialdemokraten gewünschten, den Seeleuten günstigen Interpretation des § 52 folgen. Dazu ist der erste Satz des § 52 zu zwingend.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag auf Ueberweisung an eine Kommission wird abgelehnt und das Gesetz in erster Lesung erledigt.

Es folgt die zweite Beratung. Artikel 1, der die Beseitigung des Druckfehlers enthält, wird angenommen.

Abg. Mollenbuhr beantragt: Ferner wird die Seemanns-Ordnung dahin abgeändert, daß im § 53 die Worte „drei Monate“ durch die Worte „26 Wochen“ ersetzt werden.

Abg. Mollenbuhr (Soz.) begründet diesen Antrag. In der Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz sind jetzt an Stelle der 13 Wochen Unterstützungspflicht 26 Wochen getreten. Dasselbe muß für die Seeleute eingeführt werden. Man könnte diese Bestimmung mit dem Tage in Kraft setzen, an dem die Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz in Kraft tritt. Die Seeleute würden es als eine Ungerechtigkeit empfinden, wenn ihnen der in Aussicht gestellte Anschlag an die Invalidenversicherung in dieser Novelle nicht gewährt würde.

Der Antrag Mollenbuhr wird abgelehnt. Abg. Dr. Hertzfeld (Soz.) begründet einen von ihm gestellten Antrag, wonach in § 137 als Absatz 2 die Bestimmung aufgenommen werden soll, daß, falls in vor dem 1. April 1903 (dem Termin des Inkrafttretens der Seemanns-Ordnung) abgeschlossen

Feuerverträgen, die bis über den 1. April 1903 hinaus gelten, Bestimmungen enthalten sind, die den Vorschriften der Seemanns-Ordnung widersprechen, vom 1. April 1903 ab ohne weiteres die Bestimmungen der Seemanns-Ordnung dafür eintreten. Es war doch jedenfalls die Absicht des Gesetzgebers, daß die Vorschriften der Seemanns-Ordnung vom 1. April ab allen Seeleuten zu teil werden sollen, ohne Rücksicht darauf, wann die Feuerverträge abgeschlossen sind.

Abg. Lenzmann (fr. Sp.): Ich bin materiell mit diesem Antrag durchaus einverstanden, halte ihn aber für überflüssig, da er nur die klare Absicht des Gesetzgebers ausdrückt.

Abg. Dr. Semler (natl.) erklärt sich mit der Argumentation des Abg. Dr. Hertzfeld in keiner Weise einverstanden.

Der Antrag Dr. Hertzfeld wird abgelehnt und die Novelle ohne weitere Debatte in zweiter Lesung nach der Regierungsvorlage angenommen.

Es folgen Petitionen. Eine Petition betr. Abänderung der Gewerbe-Ordnung (Schankkonzession, Aufhebung der Bedürfnisfrage beim Gastwirtschaftsbetrieb und dem Kleinhandel mit Branntwein) wird als Material überwiehen.

Eine Petition betr. die Haftung der Straßenbahnen für Sachbeschädigungen beantragt die Kommission zur Erwägung zu überweisen.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.): Es liegt hier in der Tat eine Lücke in der Reichsgesetzgebung vor. Diese ganze Materie müßte reichsgesetzlich in der Form eines Spezialgesetzes geregelt werden, vielleicht in Zusammenhang mit dem Automobilwesen.

Abg. Ledebour (Soz.) schließt sich dieser Ansicht an. Eine reichsgesetzliche Regelung dieser Angelegenheit ist schon deswegen erwünscht, weil einige Straßenbahnen, wie die in Hamburg und Frankfurt a. M., mehrere Staatsgebiete berühren. Eine Erledigung auf dem Vereinbarungswege zwischen den Einzelregierungen, wie sie beabsichtigt zu sein scheint, würde spätere Verbesserungen der getroffenen Bestimmungen sehr erschweren.

Das Haus überweist die Petition entsprechend einem Antrag Meister (Soz.) dem Reichskanzler zur Veräußerung.

Petitionen betr. die Haftung der Besitzer von Kraftwagen für Sachbeschädigungen beantragt die Kommission dem Reichskanzler als Material zu überweisen. Auch hier liegt ein Antrag Meister (Soz.) vor, die Petitionen dem Reichskanzler zur Veräußerung zu überweisen.

Nachdem die Abgg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.) und Ledebour (Soz.) sich für diesen Antrag ausgesprochen haben, beschließt das Haus gemäß dem Antrage Meister.

Weitere Petitionen betreffend Erweiterung der gesetzlichen Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen beantragt die Kommission dem Reichskanzler als Material zu überweisen, resp. bezüglich des Punktes: Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechtes zu den Gewerbe-gerichten durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen.

Abg. Meister (Soz.) beantragt Ueberweisung der Petitionen ihrem vollen Inhalt nach zur Veräußerung.

Abg. Ledebour (Soz.): Die Forderungen der Petitionen stimmen überein mit den Forderungen, die wir hier seit Jahren vertreten haben. Wir verlangen im Einverständnis mit den Petentinnen zunächst das absolute Verbot der Nachtarbeit für Arbeiterinnen. Ferner das Verbot der Verwendung von Arbeiterinnen bei allen Beschäftigungsarten, welche dem weiblichen Organismus besonders schädlich sind. Die Einführung des gesetzlichen Achtstundentages, den die Petition verlangt, soll nicht sofort durchgeführt werden, sondern allmählich, indem mit der allgemeinen Durchführung des 10 stündigen Maximal-Arbeitstages begonnen wird. Die weitere Forderung der Freigabe des Sonnabendnachmittags für Arbeiterinnen ist in England bereits erfüllt und hat sich dort als sehr vorteilhaft für das Familienleben erwiesen. Ebenso wichtig sind die anderen Forderungen der Petentinnen: erhöhter Wöchnerinnenschutz, Ausdehnung der gesetzlichen Schutzbestimmungen auf die Hausindustrie, Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren, völlige Koalitionsfreiheit für die Arbeiterinnen und aktives sowie passives Wahlrecht der Arbeiterinnen zu den Gewerbe-gerichten. Ich bitte Sie, unserem Antrage zuzustimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wattendorf (L.) beantragt die Petition zur Erwägung zu überweisen, bezüglich des Wahlrechtes der Arbeiterinnen zu den Gewerbe-gerichten aber zur Tagesordnung überzugeben.

Das Haus beschließt gemäß dem Antrag Wattendorf. Petitionen verschiedener sächsischer und altenburgerischer Vereine für Natur- und Volkshelunde betr. Verbot medizinischer Eingriffe bei Menschen zu anderen als diagnostischen Heil- und Immunisierungszwecken beantragt die Kommission zur Erwägung zu überweisen.

Abg. Thiele (Soz.) weist besonders auf den Fall Reicher in Breslau hin, wo unschuldige Kinder zu Versuchszwecken mit Syphilis infiziert wurden. Solche Vorkommnisse stellen eine ungeheure Barbarei dar, die allem menschlichen Gefühl Hohn sprechen. Wenn auch neuerdings eine Ministerialverordnung erlassen ist, die sich dagegen wendet, so ist doch keinerlei Gewähr dafür gegeben, daß solche entsetzlichen Experimente aufhören. Viele bedeutende medizinische Autoritäten haben sich gegen die wissenschaftliche Berechtigung solcher Versuche erklärt. Ganz sicher dringt nur ein ganz kleiner Teil derartiger Vorkommnisse an die Öffentlichkeit; aber schon das, was bekannt geworden ist, ist entsetzlich genug. Ein Arzt nahm bei einem Kinde lediglich zu Versuchszwecken Androhungen der Wirksamkeit vor, um festzustellen, ob das Kind das aushalte. Wenn eine solche Rohheit Wissenschaft ist, dann danke ich für die Wissenschaft! Es ist hohe Zeit, gegen diese Barbarei einmal energig vorzugehen.

Abg. Dr. Dertel (L.): Es handelt sich hier lediglich um Ausdehnung einer gewissen Art von Wissenschaft, die wir alle verurteilen. Ueber den Fall Reicher hat die konservative Presse ebenfalls abgeurteilt wie die sozialdemokratische. Die neuen Bestimmungen des preussischen und bairischen Kultusministeriums genügen noch nicht. Man muß Eingriffe zu anderen als Immunisierung-, Heil- und diagnostischen Zwecken überhaupt verbieten.

Der Antrag der Kommission wird hierauf angenommen.

Weitere Petitionen betreffend anderweitige Regelung des Verkehrs mit Heilmitteln außerhalb der Apotheken beantragt die Kommission dem Reichskanzler als Material zu überweisen.

Das Haus beschließt demgemäß. Ebenso als Material überweisen sollen nach dem Beschlusse der Kommission werden Petitionen betreffend Abänderung des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs.

Abg. Dr. Dertel (L.): Die verschiedensten Kreise der Bevölkerung in fast allen Teilen Deutschlands haben petitioniert um Änderung der Gesetzgebung auf diesem Gebiete. Vor allem muß der Nachschub von Waren bei Ausverkäufen unmöglich gemacht werden. Die Ausverkäufe müssen gleichmäßig stattfinden, zum mindesten angelegentlich gemacht werden, um die Schwundlandverkäufe zu verhindern. Auch muß die Dauer der Ausverkäufe beschränkt werden.

Abg. Dr. Bassermann (natl.): Zweifellos bedürfen die Verhältnisse im Ausverkaufswesen einer gesetzlichen Abhilfe. Ich halte das für möglich auf dem Wege einer Ergänzung zu dem Gesetze über den unlauteren Wettbewerb. Soweit es sich um Maßregeln gegen schwindelhafte Nachkäufe bei Ausverkäufen handelt, beantrage ich, die Petitionen dem Reichskanzler zur Veräußerung zu überweisen.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.) fordert die Einführung gesetzlicher Bestimmungen, wie sie der code civil in der Klausel der „concurrentes Moyens“ enthält.

1 Abg. Cahenetz (L.) wünscht eine gesetzliche Auslegung des Begriffs „Ausverkauf“.

Nach weiteren kurzen Bemerkungen der Abg. Thiele (Soz.) und Lenzmann (fr. Sp.) beschließt das Haus gemäß dem Antrage Bassermann.

Petitionen betreffend reichsgesetzliche Regelung des Zren- wens und Aenderung des Entmündigungsverfahrens und betreffend Aenderung des Strafgesetzbuches hinsichtlich der Bestimmungen über den Zweikampf werden als Material über- wiesen.

Petitionen wegen Erlasses eines Gesetzes über den Verkehr mit Geheimmitteln und eines Gesetzes über die ein- getragenen Berufsvereine werden zur Veräußerung über- wiesen, desgleichen Petitionen wegen des Erlasses eines Reichs- Strafvolzugs-Gesetzes bei Brechbergen.

Eine Petition des Ringkammermeister-Vereins zu Rürnberg um Abänderung des Gesetzes über den Verkehr mit Blei- und zinkhaltigen Gegenständen wird als Material über- wiesen, desgleichen Petitionen über das Urheberrecht an Werken der Photographie.

Eine Petition des Rittergutsbesizers Pieper in Smaritz und Genossen um Einführung der Strafe der körperlichen Züchtigung wird für erledigt erklärt durch die früheren Beschlüsse des Reichstages über denselben Gegenstand, ebenso eine Petition betreffend die Verstaatlichung des Arbeits- nachweises und der Arbeitslosen-Unterstützung.

Petitionen des deutschen Textilarbeiter-Ver- bandes und der christlichen Gewerkschaften in Eupen beantragt die Kommission zur Veräußerung zu empfehlen, sofern in ihnen verlangt wird die Ausdehnung der Mittagspause auf 1 1/2 Stunden, das Verbot des Aufstehens in den Betriebsräumen der Fabrik während der Mittagspause, die obligatorische Einführung der Arbeiterauschüsse, die obligatorische Einführung von Arbeiter- kammer, dagegen zur Erwägung, sofern in ihnen verlangt wird die Einführung des zehnstündigen Maximal- arbeits-tages in der Textilindustrie ausschließlich der Frauen, sowie das gänzliche Verbot der Nachtarbeit zwischen abends 8 Uhr und morgens 6 Uhr.

Abg. Dabach (L.) beantragt, die Petitionen in ihrem vollen Um- fange zur Veräußerung zu überweisen.

Abg. Thiele (Soz.): Ich habe in der Kommission denselben An- trag gestellt und werde jetzt für den Antrag Dabach stimmen.

Abg. Franken (natl.) bittet um Ablehnung des Antrages Dabach, dessen Durchführung die Konkurrenzfähigkeit der Textilindustrie bein- trächtigen würde.

Abg. Ledebour (Soz.): Wenn dieser Einwand stichhaltig wäre, so müßte die englische Textilindustrie vollständig in Grund und Boden ruiniert sein.

Der Antrag Dabach wird angenommen gegen die Stimmen der Nationalliberalen und Konservativen.

Eine Petition des Postkassiers Otto Pfeifer in Hamburg betr. Wiedereinstellung in den Reichspostdienst beantragt die Kommission durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen.

Abg. Thiele (Soz.): Es handelt sich hier um den Beamten, von dem schon bei der Beratung des Post-Etats die Rede war. Die Kündigung trifft den Beamten um so schwerer, als er in diesem Jahre pensionsberechtigt geworden wäre, auch ist er in einem Alter, daß er nicht leicht mehr eine andre Stellung findet. Es würde ihm lediglich vorgeworfen, daß er für den Deutschen Postboten einen Artikel geschrieben habe. Der Artikel ist aber in durchaus ruhigem Tone gehalten und es besteht auch kein Verbot des „Postboten“ seitens der Postverwaltung, sondern nur eine Warnung. Ich bitte Sie, diese Petition dem Reichskanzler zur Veräußerung zu überweisen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Thiele wird abgelehnt, der Antrag der Kommission angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Präsident Graf Ballestrem: Ehe ich Ihnen Vorschläge für die nächste Sitzung mache, möchte ich bemerken, daß ich kein Beratungs- material mehr habe (Nur bei den Sozialdemokraten: Initiativ- anträge!), um eine Tagesordnung auszufüllen. Ich beabsichtige daher, der Budgetkommission einen vollen Tag zu ihren Arbeiten zur Verfügung zu stellen und bitte die Mit- glieder der Kommissionen dringend, sich mit ihren Ar- beiten etwas mehr zu beeilen. Wenn die Budgetkommission Freitag nicht mit allen ihren Arbeiten fertig ist, wird es äußerst zweifelhaft, ob wir das Budget zur rechten Zeit fertigstellen können. Auch die Kommission für das Krankenversicherungs- und Pflanz- gesetz bitte ich dringend, ihre Arbeiten so zu beschleunigen, daß die Verichte noch vor unserm Wiederanbergehen vor Oftern vorliegen. Ich wähle sonst nicht, was ich auf die Tagesordnung der ersten Sitzung nach Oftern setzen sollte, denn der durch Zwischenfall laut gewordene Vorschlag, Initiativanträge zu beraten, war wohl nicht ernst gemeint.

Ich schlage Ihnen also vor, die nächste Sitzung zu halten Mit- woch 1 Uhr mit der Tagesordnung: 1. Dritte Beratung des Eisenbahn-Vertrages mit Luxemburg. 2. Dritte Be- ratung der Novelle zur Seemanns-Ordnung. 3. Die von der Kommission inzwischen erledigten Teile des Etats.

Schluß 7 1/2 Uhr.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 24. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die dritte Märzrevolution. — Einleitung zu einer Kritik der politischen Ökonomie. (Fortsetzung). — Sozialismus und Landwirtschaft. Von K. Kautsky. 3. Der Selbstwirtschaftler. 6. Wissenschaft und Landwirtschaft. — Eine Urgeschichte Amerikas. Von Maximilian Das (London). (Schluß). — Friedrich Gottlieb Klopstock. Von Franz Meining. — Literarische Rundschau: Dr. Georg Brönnig. Vergleichende Studien über Betriebs- kassen und Betriebsformen der englischen Textilindustrie. Dr. med. Marie v. Tello. Was sollen unsere erwachsenen Töchter von der Ehe wissen? U. Schelle. Eine Mutterpflicht.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buch- handlungen, Postanstalten und Korrespondenzen zum Preise von 3/25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungsvorverkaufsstelle der Postanstalten ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 3575 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Geogr. Schmidt. Erfahrungen aus dem Preßek Sanden und Genossen. 237 Seiten. Berlin 1903. Verlag von H. Dresdel.

Briefkasten der Redaktion.

Streitende. New York wird auf englisch Newjork ausgesprochen.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geschäft: 7 Uhr.

August N. 1. Nr. 2. Rein. 3. Es kann selten der Rasse eine Sklave seltsamer werden. — Engelmann. Falls nicht monatliche Mündigkeitszeit vereinbart ist, hätte eine Klage beim Amtsgericht auf Zahlung des Gehalts Aussicht auf Erfolg. — Wagner junior. 1. und 2. Nr. 3. Scherisch, da der Dolos fehlt. — H. D. 31. Nr. 3. — G. D. Schwargendorf. 1. Nr. 2. Beim Amtsgericht. — H. D. 31. Nr. 3. Von den Gemeindefällen. — H. 52. 1. Rein. 2. Nr. 3. — R. D. Bennefrosche. 1. Die zehnjährige Verjährungsfrist in Unfallsachen tritt für den Fall nicht ein, in dem glaubhaft bezeugt wird, daß eine einen Unfallschuldnersantrag begründende Folge des Unfalls erst später bemerkbar geworden ist. 2. In dem Fall des allmählichen Entstehens glatter Gase liegt nach der bestehenden Rechtsprechung kein Verschuldungswahl, sondern eine Gewerkehaft vor. Ein Schadenersatzanspruch gegen den Arbeitgeber hat Aussicht auf Erfolg, wenn nachgewiesen wird, daß eine mögliche und nötige Schutzrichtung (wie in dem Falle 3. d. Rundlappens) unterblieben ist. Die Klage muß aber spätestens bis am 22. Juni an gestellt sein, damit der Anspruch nicht verjährt. Stellen Sie sich möglichst nach Rücksprache mit Ihrer Gewerkschaft, die nötigen Schritte zur Verfolgung Ihres Anspruchs ein. — W. M. Eine Klage wäre zwecklos.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 17. März.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Der Evangelmann. Die Rolle von Schiras.
Schauspielhaus. Die Eisesfeier. Deutsches. Der Schleier der Beatrice.
Berliner. Alt-Heidelberg.
Kessing. Der blinde Passagier.
Reines. Kickermann.
Residenz. Lutti (Loute).
Westen. La Traviata.
Central. Gräfin Pepi.
Thalia. Der Cameliennel.
Belle-Alliance. Er. Die Dame aus Trouville.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Ballner-Theater).
Don Gil.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt. Theater). Der Meister von Palmyra.
Carl Weich. Das Jungfernstift.
Buntes. Logenbrüder.
Luisen. Die Anne-Lise.
Alteins. Nachtasyl.
Trionon. Die Rotbrücke.
Casino. Berliner Herzen. Spezialitäten.

Metropol. Neuestes! Allerneuestes!
Apollo. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Steidl. Steidl-Sänger.
Passage-Theater. Spezialitäten.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten.
Palast. Die Gräfin von der Nadel. Spezialitäten.

Urania. Taubenstrasse 48/49.
Das Land Tirol.
Invalidenstrasse 57/62. Sternwarte.
Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Luisen-Theater.
Die Anne-Lise.
Morgen: Preciosa.
Donnerstag: Rumpacivagabundus.
Freitag: Jun 1. Mal: Der Raub der Schürzenmädchen.
Sonnabend: Der Fall Wilmersdamm.
Sonntag 3 Uhr: Rumpacivagabundus.
8 Uhr: Preciosa.
Montag: Preciosa.

Central-Theater
Täglich Gastspiel der Wiener Operetten-Gesellschaft.
Abends 7 1/2 Uhr:
Gräfin Pepi.
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.
Sonntag, 22. März, nachm. 3 Uhr, halbe Preise: Die Schöne von New York.
Abends 7 1/2 Uhr: Gräfin Pepi.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Anfang 7 1/2 Uhr.
Der Cameliennel.
Poffe mit Gesang u. Tanz in 3 Akten von L. Leipziger.
Sonnabend, Sonntag 3 Uhr: Der Weichhändler. — In Vorbereitung: Der Posannen-Engel. Poffe mit Gesang und Tanz.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.

Nachtasyl.

Residenz-Theater
Direktion: Sigmund Lautenburg.
Abends 7 1/2 Uhr:
Lutti (Loute).
Schauspiel in 4 Akten von Pierre Beyer. Morgen und folgende Tage: Lutti. Sonntag, Sonntagmorgen 3 Uhr: Seine Kammerzofe.

Carl Weiss-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten von Ernest Quinol. Musik von Jean Gilbert.
Morgen: Auf Verlangen: Ilse Köhner. Hierauf: Das Versprechen hinter Herd.

Buntes Theater.
Logenbrüder.
Sonnabend, 21. März:
Subskriptions-Redoute
(Alt-Heidelberg.)
Bernhard Rose-Theater-Ensemble
Stadt-Theater, Alt-Moabit 47/49.
Dienstag, den 17. März:
Die schöne Ungarin.
Gr. Poffe mit Gesang in 4 Akten von B. Mannstädt und H. Keller.
Anfang 8 Uhr.

Casino-Theater
Zofingenerstr. 67.
7 1/2 Uhr:
Berliner Herzen.
Aufstretten sämtlicher Spezialitäten.
Anfang Sonntag, 7 1/2 Uhr. Wochent. 8 Uhr.
Sonntagmorgen, 4 Uhr: Renore, die Grabesbrant. Dazu Aufstretten famil. Spezialitäten.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:

Das Land Tirol.
Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

Passage-Theater.
Anfang Sonnt. 3. Wochent. 5. Ende 11 Uhr.
Anf. Abendvorstellung 8 Uhr.

Boxkampf
des amerikanischen Meisterschaftsboxers Young Fitzsimmons und des austral. Preisboxers Jack Lewis.
Bernhard Marx, Humorist.
Marie Werder, Soubrette.
Ganz Berlin verbirgt sich noch immer den Kopf über die schwebende Jungfrau.

Trianon-Theater.
Georgenstraße, zwischen Friedrich- u. Unterstadtstraße.
Die Rotbrücke.
Lustspiel in 3 Akten von Fred Gröber und Francis de Croisset.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 3 Uhr: Die Liebesschaukel.

Apollo-Theater.
Heute: **Lysistrata** u. Spezialität. **Novellos.** 4 Garganis. Rob. Steidl.
1. im Salon
2. in Amerika
3. in der Hölle
Die 5 Barfussstänzerinnen.
Mittwoch: Die schöne Galathée.
Donnerstag: Frau Luna.
Freitag: Naktiris Hochzeit.
Sonnabend und Sonntag: Die schöne Galathée.

Palast-Theater
Burgstraße 22. Früher: Feen-Palast.
Letzte Woche:
Die Gräfin von der Nadel.
Lebensbild mit Gesang v. Jacobsohn.
Das Elite-März-Programm.
Mary Ely, Hermann Norden, The Standtons.
Sonnabend: Gr. Frühlingsfest nach der Vorstellung: Freitanz. Anf. 8 Uhr. Sonnt. 7 Uhr. Entree 50 Pf.

Metropol-Theater.
Mit glänzender Ausstattung:
Neuestes! Allerneuestes!
Revue in 5 Bildern von J. Freund. Musik von Victor Holländer.
Emil Thomas a. G., Josef Josephi, Henry Bender.
Frid Frid, Flora Siding, Wini Grabitz. 300 Mitwirkende.
Grandioses Ballett.
Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Belle-Alliance-Theater.
Abends 7 1/2 Uhr:
„Er“. Drama in 1 Aufzug.
Hierauf:
Die Dame aus Trouville.
Schauspiel mit Gesang und Tanz in drei Aufzügen.

Cirkus Schumann
Dienstag, den 17. März 1903: abends 7 1/2 Uhr:
Aus dem Riesensprogramm hervorzuhoben:
Der neue Dogcart-Akt
des russischen Reiters Monsieur Carlo.
Direktor Alb. Schumanns
abwechslungsreiche
Originaladressuren.
Die unverwundliche Pantomime
Die lustigen Heidelberger.

Königstadt-Casino.
Holzmarkt 72. Ecke Alexanderstr.
Täglich erstl. Spezialitäten-Vorstellung. Neb. Witzweid, Sonnab. und Sonntag Tanzkränzchen. Anf. Wochent. 8. Sonntag 6 Uhr.

WINTERGARTEN

Vollständig
Neues Programm:
Humboldt, Jongleur.
Harry Atkinson, Imitator.
She, die 4 Elemente.
Littke Carlsen, Tanz-Humorist.
Arras-Duo, gymnast. Produktionen.
Miss Sisy Nirvana, Lebende Bilder.
Cireling the Circle.
Annie Dirkens, Operetten-Sängerin.
Gabriela Juniori, Pariser Soubrette.
Neues Ballett-Divertissement.
„Das Fest des Lucullus“ in 6 Bildern, darunter Cake Walk.
Der „Biograph“.

Etablissement Buggenhagen
am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Der schöne Max aus Franz-Budholz.
Heute: **Bockbierfest.**
Im Kaiser-Saal:
Norddeutsche Sänger und Tanz.

Sanssouci.
Heute Dienstag, 17. März:
Benefiz
für den Tangmeister **Emil Kargolatis.**
Tanz-Aufführungen, Vorträge, Tanzkränzchen.
Anfang 8 Uhr. Entree einschließlich Tanz 50 Pf.
Säle zu Festlichkeiten.

Steidl-Theater
Linienstr. 132. Dramen- bürgerl. Thor.
Novität! Bomben-Erfolg!
Das Beste was die **Steidl-Sänger** bisher geboten! Das Steidlsche Lebensbild.
Wasserratten.
Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pf. (Vorverkauf 40). Sperrpl. 1,00. Loge 1,50.

Gratweils Bierhallen
Theater u. Variété
Sommersbuden - Straße 77/79.
Direktion: Carl Haverland.
Täglich: **Gr. Vorstellung.**
Das grosse amüsante **März-Programm.**
Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung:
TANZ.

Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke 3
Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei.
Grosser Bock-Trübel.
Um 10 Uhr abends
Einzug Cambrinus mit Gefolge.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Anfang: Sonntag 7. Sonntags 8 Uhr.
„Blumen-Grossen.“
Parade-Burleske von Regiel.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Berlin wie es weint und lacht
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
Mittwoch: Eva. Donnerstag: Jongleur. Freitag: Berlin, wie es weint und lacht.

Andreas-Garten.
Andreasstr. 26.
Allen Freunden und Bekannten empfehle meine neu renovierte Restauration, Saal zu Versammlungen. Gute Speisen u. Getränke. Fremdenlogis. 8272*

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
Dienstagabend 8 Uhr:
Don Gil.
Komödie in 4 Akten, nach dem Stoffen des Info de Molina von Fr. Adler.
Mittwochabend 8 Uhr:
Das zweite Gesicht.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Don Gil.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Dienstagabend 8 Uhr:
Der Meister von Palmyra.
Dramatische Dichtung in 5 Aufzügen von Adolph Wilbrandt.
Mittwochabend 8 Uhr:
Der Meister von Palmyra.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Der Meister von Palmyra.

Bona
Das Beste, was existiert!
Margarine!
Wahnschaffe & Co.
Filiale:
Berlin C., Neue Friedrichstr. 47.
Zu beziehen durch die Geschäfte.

Kronleuchterfabrik
Siegl & Co., Prinzenstr. 33.
Grösste Auswahl 400 verschiedener Kronen z. von 1-250 Mk. für Gas und Petroleum.
Ausverkauf
Älterer u. einzelner Kronen bedeutend unter Preis. Auf Wunsch coulante Zahlungsbedingung.

„Weltfreund“
Jeder Mensch hat einen „Weltfreund“.
Kein Portemonnaie mehr nötig.
1 Stück gegen Einzahlung von 70 Pf. (auch Briefmarken) frei im Haus.
2 Stück 1,20 Mk., 3 Stück 1,70 Mk.
Unerreicht bequem ist unser „Weltfreund“.
Kein langes Suchen mehr; kein Verwechseln d. Geldes; kein Herausfallen des Geldes.
„Weltfreund“ ist aus Messing, hochfein vernickelt, bequem in der Westentasche zu tragen.
Neuester Hauptkatalog über Solinger Stahlwaren, Schirme, Stühle, Fernrohre, Feldstecher, Dosen- u. Küchengeräte, Uhren, Ketten, Ringe, Broschen, Musikwaren verfeinert an jedermann umsonst und franco.
Kirberg & Comp., in Foche bei Solingen.
Alleinige Fabrikanten bei berühmten Solinger Stahlwaren Marke „Schneidig“
Wiederverkäufer gegen Provison gesucht.

Elixir Suédois
Schwedischer Magenbitter
nur aus edlen Kräut. u. ein 200 J. alten Vorsatz hergestellt. Schützt vor Influenza und ägl. genommen, vor sonstigen Krankh. der Verdauung, macht gesunde Gesichtsfarbe bis ins hohe Alter.
Nimm und reich trinkt Elixir Suédois, d. Böhlich. erkennen Sie bald.
Preis 1 Mark.
Vert. Friedrichstrasse 245, II.

Blutarme,
schwächliche und genesende Personen trinken
Santa Rosa
süßlich Rotwein
a Fl. 1,40 Mk.
oder 816L*
Afrikanischen Blutwein
kräftiger, herber Rotwein
a Fl. 1,25 Mk.
Käuflich in allen durch Plakate kenntlich gemachten Niederlagen von
Hermann Meyer & Co.,
Wattstrasse 11/12.

Echt Marly-Schrot
352L*
feinster
Kaffee-Zusatz
der Neuzeit.
1/2 Pfd. Original-Paket 15 Pf.
Deutscher Kaffee-Rösterei
A. Pennitz,
Berlin C., Rosenthalerstr. 59.
u. mit Plakat belegten Handlungen.

Jede Taschenuhr reinigen oder Feder einsehen 1,50 Mk. u. Garantie. Reifste Silberne Herren- u. Damen-Reparatur. 7,50. Reifste gold. Damen-Reparatur 13,50. Wecker 1,75.
G. Paetzl, Wallstr. 14 und Turmstr. 65.

Patente
besorgt und repariert gut und schnell
Patent-Bureau
B. Reichhold u. Co.,
Berlin NW., Luisenstr. 24.
Wasserm. kostenlos. 7222*

Englisch, Unterricht
in und außer dem Hause, (Einzels- oder im Verein) 3092*
G. Swinty geb. Liebknecht,
Schöneberg, Sedanstr. 57, III.

Möbel,
bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen empfiehlt 8122*
Otto Piehl, Brunnenstr. 120.
Teilszahlung gestattet.

Vorwärts - Buchhandlung

SW., Lindenstrasse 69.
Empfehlenswerte Werke für Bibliotheken.
Geförderter Werte, eine Auswahl seiner gesamten Schriften in zehn Bänden. Preis jetzt 15 Mk. gegen früher 30 Mk.
einzelne Bände 2 Mk.
(Romane, Erzählungen, ausgezeichnete Natur- und Reise-schilderungen.)
Reuter's Werte, neuerschlossene billige Volksausgabe, in Felten gebunden 4 Bände 10 Mk. 12 Mk. gegen früher 25 Mk.

Billige Klassiker-Ausgaben: Bürger, Börne, Chamisso, Eichendorff, Gaudy, Goethe, Hauff, Heibel, Heine, Hoffmann, Kleist, Körner, Renau, Reising, Ludwig, Müder, Schiller, Schatepeare, Stifter, Uhland.
Preis je nach Anzahl der Bände von 1,60-9 Mk.

Werke über Naturgeschichte, Weltgeschichte, Reise- u. Beschreibungen, Forschungs- und Entdeckungserzählungen z. zum Teil zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Billige, leichtfällige Werte zum Selbststudium fremder Sprachen, sowie ausführliche Wörterbücher.

Ferner empfehlen als passende und wirkungsvolle Dekoration für Vereins- und Versammlungszimmer unter anerkannt vortrefflichen Kupfergravuren, wie: Die Freiheit führt das Volk, Der erste Mai, sowie Porträts von Engels, Lassalle, Marx, Bebel, Liebknecht, Singer u. a. 233/11

Kranz- und Blumenbinderei
von **Robert Meyer,**
nur Mariannen-Strasse 2.
Vereins-Kränze, Salmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Girlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.

Kranz- und Blumenbinderei
von **H. Rodewald,**
Alexandrinenstrasse 1a.
Kranze mit Bindungs-Gelbes, Braut- und Konfirmations-Bouquets, Arrangements z. preiswert. 27385*

Zur Einsegnung!
Uhren
unter Garantie
Goldwaren etc.
zum fast halben Preise.
Barth's Konkursmassen-
Ausverkauf
Friedrichstr. 54.

Berliner Lotterie
d. tech. Commiss. f. Trabrennen.
Ziehung **24. u. 25. März**
6039 Gewinne i. Werte von Mk.
100000
Lose a 1 M. - 11 Stück 10 M. (Porto und Liste 20 Pf.)
Oskar Bräuer & Co. Nachf.
G. m. b. H. Bank-Geschäft
Berlin W., Friedrichstr. 181.
Filialen: 813L*
NW., Wilsnackerstr. 63.
O., Andreasstr. 46 a.
SO., Oranienstr. 177.

Gross-Fischerei-Export-Artikel.
Neueste, wahre, billigste Preise.
Ver. Rahnabahn.
Feinste Salzfeitheringe 1/2, Joh. 400 St. 10 Mk., 1/2, Joh. 200, 5 Mk.;
schöner Fisch, größerer zu empfl., 300 St. 11 Mk., 150 St. 5 1/2, Mk.;
zarter Fisch, 1/2, Joh.
Bollhering, Milch und Roggen, groß, 1/2, Joh 11 Mk., 1/2, Joh 5 1/2, Mk.
8 Liter-Dose Bratheringe 3 1/2, Mk.
Der Post überall franco hin.
4 Liter-Dose, 100 St. Delftather, Bismarcker, 3 u. 3 1/2, Mk., 70 Bratheringe 2 1/2, u. 3 Mk., bis 100 Roll-möbe 3 u. 3 1/2, Mk.
Salzhering, 70 St., zart, 2,70, größere, 60 St., 3 Mk., große Bollhering 3 Mk.
Ritte Gold-Büchlinge, fein, 120 St., 3 Mk., gr. Boll u. Fett-Büchlinge 3 1/2, Mk. 2552*
Ritte Spinnen 2 1/2, 2 Riffe 4 1/2, Mk.
W. Schwandt, Swinemünde.
Räucherer, Pral. u. Marin. Anst.

Tellzahlung!!!
Großes Lager und Auswahl von Herren-, Damen- und Wecker-Uhren, Regulatoren, Broschen, Ringe, Ketten, nur höchstlich eine Mark, **Jahre & König,**
Warschauerstr. 72.

Groß-Destillation
Büchlein-Stube 7222*
Martin Berndt,
Prinzen- u. Ritterstraßen-Ecke.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt VII, 353.

Dienstag, den 17. März 1903, abends 8 1/2 Uhr:

Ausserordentliche General-Versammlung

der Verwaltungsstelle Berlin
im Lokal „Neue Welt“, Hafensheide 108-114.

- Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zum 1. Mai. 2. Unfreie Anträge zum Verbandstage.
3. Sachliche Beschlüsse. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Zettel werden zu dieser Versammlung nicht berücksichtigt. Die Ortsverwaltung.
113/5 D. O.

Socialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (SO.).

Dienstag, den 17. März, abends 8 1/2 Uhr,
im Saale des Herrn Brüder, Waldemarstr. 75:

Versammlung.

- Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Segitz über
„Die Socialdemokratie im preussischen Landtage“. 2. Diskussion
3. Vereinsangelegenheiten.
Der Vorstand.

V. Wahlkreis.

Volks-Versammlung

am Mittwoch, den 18. März, 8 1/2 Uhr abends,
im „Schweizer-Garten“, am Königsthor.
Tages-Ordnung: „März-Kämpfe“.

Referent: Reichstags-Abgeordneter Genosse Rosenow.
Zahlreiches Erscheinen erwartet 245/4 Die Vertrauensleute.

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Zahlstelle Charlottenburg.

Dienstag, den 17. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale
des Volkshauses, Rosinenstraße Nr. 3:

Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung.

- Tages-Ordnung:
1. Neuwahl des Zweigvereins-Vorstandes. 2. Bericht aus der
Berichterstatter. 3. Gewerkschaftliches.
Mitgliedsbuch legitimiert! 136/15
Jeder Kollege erhält am Eingang zum Versammlungsort einen
Stimmzettel eingehändigelt. Mit Gehör
Es erwartet reich regen Besuch. Die örtliche Verwaltung.

Socialdemokratischer Wahlverein zu Lichtenberg.

Dienstag, den 17. März, abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Götsch,
Frankfurter Chaussee 120:

Versammlung.

- Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Kutzke über: März-Gedanken. 2. Die
Gemeindewahlen eventuell Auffstellung von Kandidaten.
3. Besprechung aller Mitglieder erwartet. Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Mittwoch, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung der Elektro-Monteuere

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal VII.

- Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Link über: Krankenversicherung.
2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Diesemigen Kollegen, welche ihr Mitgliedsbuch noch nicht abgeholt haben,
werden ersucht dies baldigt zu erledigen.

Mittwoch, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr:

Konferenz der Vertrauensleute des Südens

im Gewerkschaftshause, Saal I.

Mittwoch, den 18. März, abends 6 1/2 Uhr:

Bezirks-Versammlung für Ober-Schöneweide

bei Kaufhold, Wilhelmshofstr. 18.

- Tages-Ordnung:
1. Neuwahl der Bezirksleitung. 2. Verbandsangelegenheiten und Ver-
schiedenes. 113/8 Die Ortsverwaltung.

Charlottenburg.

Socialdemokratischer Wahlverein.

Donnerstag, den 19. März, abends 8 1/2 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

im Volkshause, Rosinenstraße 3.

- Tages-Ordnung:
Socialpolitische Zukunftsmusik. Referent: Reichstags-Abgeordneter
Theodor Schwartz-Lübeck. Diskussion. Vereinsangelegenheiten.
Für Frauen ist die Galerie reserviert. 250/4

Billigste Bezugsquelle für Nähmaschinen.

Nur erstklassige deutsche Fabrikate.

Wegen Ersparnis der Ladenmiete und
weil ich keine Reisenden unterhalte, bin ich
im stande, die Maschinen 10 Proz. billiger
zu verkaufen wie jede Konkurrenz. Jeder
Käufer zahlt also bei mir für eine Näh-
maschine bis 17 Mark weniger.
Bei Barzahlung höchster Rabatt.

Aug. Günther, Mechaniker,
Naunynstr. nur 43, nahe Oranienplatz.



Central-Verband der Maurer etc.

Zweigverein Berlin.

Donnerstag, den 19. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung der Zahlstelle vom Jahre 1902 und Neuwahl des Zweigvereins-Vorstandes.
2. Der bevorstehende Bauarbeiterkongress und Wahl der Delegierten.
Mitgliedsbuch legitimiert. - Guten Besuch erwartet. 136/14
Die Verbandsleitung.

Schöneberg.

Mittwoch, den 18. März 1903, abends 8 Uhr, im großen Saale von Ernst Ost,
Reinigerstraße 8:

Oeffentliche Versammlung für Frauen u. Männer.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichst.-Abg. **Otto Antrick:** „Die Frau und
die kommenden Reichstagswahlen.“ 2. Diskussion.
Um regen Besuch der Frauen wird besonders gebeten. 203/9

Die Vertrauensperson.

Gewerbegericht zu Berlin.

J.-Nr. 130 Gem.-Ger. O.

Bekanntmachung.

In Sachen
der in der Tischler- und Lederbranche
tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen
herausgetretenen Lohn-
differenzen ist auf Grund der Vor-
schläge in der Sitzung vom 28. Fe-
bruar 1903, an welcher teilgenommen
haben:

1. Gewerberichter von Schulz, als
Vorstand,
2. Ingenieur Bernhard,
3. Guttmachermeister Lucht,
als Vertrauensmänner der Arbeit-
geber;

4. Former Köster,
5. Tischler Köhler,
als Vertrauensmänner der Arbeit-
nehmer,

vor dem Einigungsamt des Gewerbe-
gerichts zu Berlin, nach zuvor er-
folgter Anrufung durch beide Teile,
ein Vergleich nachstehenden Vor-
laufs geschlossen worden, welcher in
Gemäßheit des § 70 des Gewerbe-
gerichts-Gesetzes und des § 76 des
Ordnungsstatuts für das Gewerbegericht
der Stadt Berlin vom 25. Juli 1903
hiermit öffentlich bekannt gemacht
wird:

1. Der von den Parteien am
15. Februar 1901 vor dem Einigungs-
amte des Gewerbegerichts geschlossene
und am 15. Februar 1903 abgelaufene
Tarifvertrag soll bis zum 1. Juli 1903
Gültigkeit behalten.

2. Die Parteien verpflichten sich,
sowie durch die in dem unter 1. ge-
nannten Vertrage bezeichnete Schlicht-
ungskommission über den Abschluß
eines neuen Vertrages in Verhand-
lung zu treten. Sollten die Parteien
bis zum 1. Juni dieses Jahres den
ihnen von der Schlichtungskommission
unterbreiteten Vertragsentwurf nicht
annehmen, eventuell wenn von der
Schlichtungskommission ein Entwurf
nicht zu Stande gebracht wird, so sind
sie verpflichtet, sofort das Einigungs-
amt des Gewerbegerichts anzufragen,
damit vor demselben ein neuer Ver-
trag vereinbart, beziehentlich von dem
Einigungsamt durch Schlichtungs-
verfahren festgestellt werde.

Es wird bemerkt, daß in dem neu
zu schließenden Vertrage ebenso wie
in dem abgelaufenen Vertrage die
Arbeitsdauer grundsätzlich nicht aus-
geschlossen werden soll.

3. Herr Rehmann wird bis zum
1. Juli 1903, und zwar von jetzt ab
die Hälfte seiner bisherigen Accord-
arbeiter in Wochenlöhnen beschäftigen.
Der Zustand bei der Firma Rehm-
mann wird aufgehoben. Herr Rehm-
mann stellt seine Arbeiter sämtlich
wieder ein.

4. Die Arbeitgeber haben unverzüg-
lich die von ihnen über ihre Gehälter
verhängte Sperre auf.

5. Rügeverfahren aus Veranlassung
der Sperre und des Streiks bei Rehm-
mann dürfen nicht vorgenommen
werden.

6. Die Arbeit wird bei den Arbeit-
gebern von sämtlichen Arbeitnehmern
am 8. März 1903 so aufgenommen, als
wenn eine Ausperrung überhaupt
nicht stattgefunden hätte.

gez.: Wilhelm Straube, Robert Loh,
H. Feist, H. Goldmann, Th. Joppich,
Albert Emle, G. Lange, Karl
Wenker, A. Blum, Joh. Sassenbach,
Arthur Kausch, G. Bernhard, Paul
Lucht, Koblenzer, Köster, v. Schulz.

Stempel-Nabrit
von 1899

Robert Hecht,
Berlin S.,
Oranienstr. 142.
Liefert schnell und
billig alle Arten
Stempel
in bester
Ausführung.

Kautschuk-Typen „Perfekt“
zum Zusammenlegen einzelner Wörter
owie ganzer Sätze von 1.50 M. an.

Sie bringen hierdurch zur Kenntnis,
daß die diesjährige

Ordentliche General-Versammlung

am Sonntag, 29. März 1903,
vormittags 9 Uhr,
in unserm Geschäftslokal **Grüner
Weg 56** (Fabrikgebäude), partierre
stattfindet.

- Tages-Ordnung:
1. Vorlage des Jahresabschlusses.
2. Bericht über die stattgehabte
Revision.
3. Neuwahl des Vorstandes und
Aufsichtsrates.
4. Geschäftliches. 106/6
Um pünktliches Erscheinen erucht
Der Vorstand

der Genossenschafts-Tischlerei Ostend
(Eing. Genossensch. m. beschr. Haftpl.).
Paul Lehmann, H. Kornicke,
Geschäftsführer, Kassierer.

Sie machen darauf aufmerksam,
daß die Bilanz den Genossen in
unserm Comptoir, Grüner Weg 56,
zur Einsicht ausliegt. D. D.

Orts-Frankenkasse der Maler und verw. Gew.

Freitag, den 20. März 1903,
abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung der Delegierten

in den „Armin-Gallen“, Komman-
dantenstraße 20.

- Tages-Ordnung:
1. Neuwahl resp. Ersatzwahl des
Vorstandes.
2. Wahl der Revisoren für das
Jahr 1903.
3. Beschäftigung der Bureaubeamten.
4. Wahl von Kranfeneinsamlern.
5. Verschiedenes. 203/30

Der Vorstand.

Mieter- u. Bauverein „Selbsthilfe“ zu Berlin

Eing. Genossenschaft m. b. Haftpflicht.
Dienstag, den 31. März, abends 8 Uhr,
im Lokale des Herrn Werth, Bielefeldstr. 38:

Ordentl. General-Versammlung.

- Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht des Vorstandes
für 1902. 2. Bilanz von 1902. 3. Ein-
träge des Vorstandes. 4. Verschiedenes.
Der Vorstand. 106/7
Richard Reibstein, Wilhelm Köder,
Wilhelm Brand.

30%

bequem zu ersparen, wer in
der bekannten

Tuchfabrik-Niederlage

Koch & Seeland

Berlin C., Rosstrasse 2

Reste

in Herren-Stoffen,
passende Masse für An-
züge, Paletots, Hosen
und Kinderanzüge etc.,
kauft!

Von der Reihe zum, wohne
ich jetzt 66/30

Prinzstr. 91, Ecke Ritterstraße.

Dr. Max Maschke, Augenarzt.

Parteigenossen und Parteigenossinnen

Rixdorfs!

Mittwoch, den 18. März, abends 8 Uhr:

Volks-Versammlung

in Bernese's Festhale, Hermannstr. 49.

Tages-Ordnung:
Vortrag des Reichst.-Abg. **Fritz Zubeil.**

Der 18. März 1848.

Versuche dein Glück!
in d. bekannten Glückskollekte
J. Rosenberg,
51 Kommandantenstr. 51.
Berliner Lose à 1 M.
Königsberger Lose à 3 M.

Arztlich empfohlen a Flasche 1.50 und 2.00 M.



Steht unter händiger Kontrolle des Gerichtschemikers Dr. C. Bischoff.
Rüchlich in Apotheken, Wein-, Droguen-, Delikatess- u. Kolonialwarenhandlungen.
Generalvertreter: **Alexander Sommer, N., Rosinenstraße 3.**

Dr. Simmel, Prinzen-
Specialarzt für 163/16
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

Dr. med. Schaper
homedop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
Haut- u. Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Königsgrünerstr. 27. Spr. 9-1 4-7.

Dr. Schönemann,
Specialarzt für Haut-, Harn- und
Frauenleiden. Seydelstr. 9.
12-1 3-1/2 6-1/2 8-1/2, Sonn. 9-11.

Verfallene Fäbner! Zur Ein-
legung Goldschmied wie Brillanten jeder
Art, gold. u. silb. Uhren, Ketten, Ringe,
sauber u. schön, werden polstbillig ver-
kauft. Auch Fäbnerleime werd. gekauft.
Wandl. Prinzenstr. 28, I, Ecke Ritterstr.

Zweiter allgemeiner Kongress der Krankenkassen Deutschlands.

Berlin, den 15. März 1903.

In der „Neuen Welt“ trat heute der allgemeine Kongress der Krankenkassen Deutschlands zusammen, um Stellung zu nehmen zu der dem Reichstage vorgelegten Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz.

Simanowski-Vorlesung eröffnet den Kongress als Vorsitzender der einberufenden Central-Kommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte.

Nur sehr wenige der genannten Körperschaften haben aber der Einladung Folge geleistet. Abgelehnt sind die Einladungen vom Kultus- und Handelsminister worden.

Auf Vorschlag von Frähdorf-Dresden werden in das Bureau gewählt: als Vorsitzende Simanowski-Berlin, Schäfer-Leipzig und Blume-Hamburg, als Schriftführer Deisinger-Hamburg, Starke-Dresden, Krudt-Stuttgart, Enkmann-Berlin, Sager-Berlin und J. Pappenheim-Berlin.

Auch der Centrumsabgeordnete Cahensly ist erschienen. Hierauf referiert Dr. R. Friedeberg-Berlin über die „Stellungnahme der deutschen Krankenkassen zu der Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz“.

Die neue Novelle hat einen bescheidenen Umfang, als wir vorher angenommen hatten. Wenn wir an die Aenderung einer sozialpolitischen Institution herangehen, so müssen wir viele Aenderungen gestalten, das sie dem Grundgedanken dieser sozialpolitischen Institution entspricht, nach Maßgabe der im Volk vorhandenen materiellen Kräfte.

Wir bemängeln, daß die neue Novelle die Krankenversicherung nicht auch auf die Landarbeiter, die Hausarbeiter und die Dienstboten ausdehnt. Wir geben zu, daß die Vorlage einzelne Verbesserungen bringt.

Weiter sieht die Vorlage die Ausdehnung der Krankenversicherung von 13 auf 20 Wochen vor. Das scheint uns den ersten Schritt zu sein. Wie die Bestimmungen in der Novelle aber gearartet sind, bedeutet diese Ausdehnung eine schwere Belastung für die Krankenkassen.

Seute könnten die Krankenkassen schon viel von sich fernhalten, wenn sie sich überall wie in Berlin zu einer Central-Kommission zusammenschließen. Durch eine solche Centralisation werden Millionen an Verwaltungskosten gespart werden können.

Die Annahme der Novelle ist aber ganz unmöglich gemacht durch die Bestimmungen, welche eine Beschränkung der Selbstverwaltung zur Folge haben müssen. Diese Bestimmungen verfolgen in ihrem letzten Ziele politische Tendenzen.

Die Krankenversicherung kann durch die neue Novelle nicht gefördert werden. Wir wollen hoffen, daß es den Männern, die mit uns fühlen, im Reichstage gelingen wird, die Novelle zu Fall zu bringen.

Über die Beschränkung der Selbstverwaltung der Krankenkassen, wie sie in der Novelle zum Ausdruck kommt, spricht Herr G. Graf-Frankfurt a. M.

Die neue Vorlage ist voller Zugewinn für die Vorstände der Kassen. Die Regierung macht es hier wie mit den indirekten Steuern. Wenn dem Kaiser Schulze gelagt würde, du müßt 60 M. Steuern zahlen, er würde schreien und aus dem Armergassen austreten.

Die beiden Referenten Dr. Friedeberg und Graf beantragen folgende

Resolution:

Die Novelle der Regierung zum Krankenversicherungs-Gesetz sieht einige Erhöhungen der Leistungen an die Versicherten vor, deren Kostendeckung aber unter Vernachlässigung aller anderen Wege (Centralisation, Vereinfachung der Listen für die Unfallversicherung, Reichszuschüsse, Errichtung von Apotheken etc.) lediglich den Versicherten und deren Arbeitgebern aufgebürdet ist.

In der Diskussion erklärt sich

Leonhard-Arier (Centrumsmann) völlig mit den Ausführungen der Referenten und ihrer Resolution einverstanden.

Jünger-Dreslau hält die Ausdehnung der Versicherung auf 20 Wochen für einen großen Fortschritt, ist auch damit einverstanden, daß den Geschlechtskranken Krankengeld bezahlt wird, wendet sich aber gegen die Bezahlung von Krankengeld an Trankensolde und Rottdies.

Hennig-Berlin (Verband der Innungs-Krankenkassen) bemängelt die Maßregelung der Arbeitgeber in der Verwaltung der Krankenkassen; er stellt unter großer Kränkung der Verantwortung auf, daß innerhalb der Kassenverwaltungen häufig Unregelmäßigkeiten vorkämen und deshalb die Bestimmungen der Novelle, welche eine Erweiterung des Aufsichtsbereichs bezwecken, gerechtfertigt erscheinen.

Schadow-Berlin (Herausgeber der „Deutschen Krankenkassen-Zeitung“): Die Stellung zu der Novelle ist Temperamentsfrage. Die einen stehen auf dem Standpunkt des entweder alles, oder nichts, der andre dagegen glaubt, man muß das Gute nehmen, wo man es findet.

Steuern zahlen, er würde schreien und aus dem Armergassen austreten. So sagt die Regierung, du brauchst nur 8 M. Steuern zu zahlen, die fehlenden 52 M. werden dir auf indirektem Wege abgenommen, und Kaiser Schulze erklärt, 6 M. ist nicht viel, er bleibt im Armergassen und schreit Hurra.

Der Vorschlag des Vorstandes hat Beschlässe der Kassenorgane, welche gegen die gesetzlichen oder statutarischen Vorschriften verstoßen, unter Angabe der Gründe mit ausschließender Wirkung zu beanstanden. Die Beanstandung erfolgt mittels Bericht an die Aufsichtsbehörde.

Die neue Vorlage ist voller Zugewinn für die Vorstände der Kassen. Die Regierung macht es hier wie mit den indirekten Steuern. Wenn dem Kaiser Schulze gelagt würde, du müßt 60 M. Steuern zahlen, er würde schreien und aus dem Armergassen austreten.

Graf-Frankfurt erklärt sich bereit, den Zusatzantrag Schadow in die Resolution Friedeberg-Graf aufzunehmen.

Gerber-Köln: Wir können die Novelle nicht pure ablehnen. Wie sollen wir vor unsern Versicherten die Ablehnung der Ausdehnung auf 20 Wochen verantworten? (Zustimmung und Widerspruch.)

Hierauf wird gegen eine starke Minorität ein Schlußantrag angenommen.

Der Antrag Schadow wird fast einstimmig angenommen, ebenso die so veränderte Resolution.

Eine Resolution, die von den Krankenkassen-Angestellten ausgeht und sich mit der Verteidigung der Selbstverwaltung der Kassen einberstanden erklärt, wird mit Beifall aufgenommen.

Hierauf referiert Albert-Köln über die „Stellungnahme zu der Eingabe der deutschen Ärzteschaft an den Bundesrat und zu den Beschlüssen des außerordentlichen Ärztetages.“ Die Forderungen des außerordentlichen Ärztetages zeugen von einer seltenen sozialen Rücksichtlosigkeit und sind für uns unannehmbar.

Wendlandt-Wagdeburg: Die Ärztesfrage ist zu einer Nachfrage geworden und muß als solche behandelt werden. Redner beantragt folgende

Resolution:

Gegenüber den von den innerhalb der einzelnen Ärzteskommissionen eingeleiteten Schritte zur Einführung der Bezahlung nach Einzelleistungen, erklärt der heutige Krankenkassen-Kongress es für eine unabweisbare Pflicht der einzelnen Kasseneinrichtungen, durch Gründung und Stärkung von Verbänden resp. Central-Kommissionen im Besitze der Landes-Versicherungsanstalten den Bestrebungen der Ärzte eine Organisation entgegenzustellen, welche unter Wahrung der berechtigten Ansprüche der Ärzte die von dem einseitigen Interesse diktierten Ansprüche der Ärzte abzulehnen in den Stand gesetzt wird.

Schadow-Berlin beantragt die Einsetzung einer fünfstelligen Kommission, der alle Streitigkeiten mit den Ärzten überwiesen werden sollen.

Tischendörfer-Berlin: Der Arzt hat ein Recht darauf, daß die Einzelleistung ihm mit einem Minimumsalariar garantiert wird. Jeder ist seines Lohnes wert, also auch der Arzt. Man soll die Dinge nicht auf die Spitze treiben. Ein Ärztetitel würde Folgen haben, bei denen Leben und Gesundheit der Mitmenschen in Frage kommen.

Eine Resolution des Referenten Köhn, die das Vorgehen der Ärzte aufs schärfste verurteilt, wird einstimmig angenommen, ebenso die Resolution Wendlandt.

Der Bericht der Mandatsprüfungskommission ergibt die Anwesenheit von 1100 Kassen durch 1129 Delegierte, die 4 767 678 Mitglieder vertreten. Außerdem konnte für 71 Delegierte die Zahl der Mitglieder nicht festgestellt werden.

Nach Beilegung des Protokolls erfolgte Vertagung der Weiterberatung auf Montag 9 Uhr.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Zweiter Tag, Montag, den 16. März 1903.

Zu der heutigen Sitzung sind außer den gestern bereits erwähnten Ehrengästen noch erschienen: die national-liberalen Reichstagsabgeordneten Hofmann-Düsseldorf und Dr. Endemann; die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Seifert und Zubeil; im Auftrage der Central-Kommission für private Fürsorge Prof. Dr. Klumpen-Frankfurt a. M., sowie der Direktor der Versicherungsanstalt Berlin Dr. Freund.

Die Verhandlungen beginnen mit dem Referat Magnan-Berlin über das „Verhältnis der Krankenkassen zu den Apothekern“. Die Konzession zur Errichtung einer Apotheke soll erteilt werden, wenn ein Bedürfnis für eine solche Errichtung vorhanden ist.

Der zweite allgemeine deutsche Krankenkassentag hält es für durchaus notwendig, daß gesetzliche Bestimmungen geschaffen werden, welche den Krankenkassen, eventuell den Krankenkassen-Verbänden es gestatten, eigene Apotheken zu errichten, damit sie auf ärztliche Verordnung Medikamente, die von den Apothekern im Handverkauf abgegeben werden, direkt an ihre Mitglieder abgeben können.

Resolution:

Der zweite allgemeine deutsche Krankenkassentag hält es für durchaus notwendig, daß gesetzliche Bestimmungen geschaffen werden, welche den Krankenkassen, eventuell den Krankenkassen-Verbänden es gestatten, eigene Apotheken zu errichten, damit sie auf ärztliche Verordnung Medikamente, die von den Apothekern im Handverkauf abgegeben werden, direkt an ihre Mitglieder abgeben können.

Tischendörfer-Berlin beantragt, in die Resolution die Forderung zur Kommunalisierung der Apotheken aufzunehmen. Die Apotheker erzielen heute auf Kosten der Armen der Armen Gewinne von 500 Proz.

Vamberger-Köln teilt die Erfahrungen der Kölner Krankenkassen im Kampf mit den Apothekern mit. Wir haben durch unser geschlossenes Vorgehen erreicht, daß die Apotheken uns einen Rabatt von 15 Proz. gewähren. Es ist bei uns auch nicht möglich, daß die Apotheker den Rabatt durch Preisauflage wieder ausgleichen, da wir einen Mediziner angestellt haben, der genau die Preise der einzelnen Medikamente prüft.

Apotheker Steinweg-Leipzig bestreitet, daß die Apotheker so hohe Gewinne erzielen, wie Tischendörfer behauptet habe. Niehe man das Fact für alle Medikamente, so bleibe ein Augen von höchstens 10 Proz. übrig. (Widerspruch.) Die hohen Zahlen gelten nur für einzelne Arzeneien. Redner schildert die Zustände, die auf diesem Gebiete in Sachsen bestehen. Dort bekämen die Kassen auf die sächsische Staatstaxe, die niedriger sei als die preussische, 25 Proz. Rabatt. Er bebauere, daß seine Kollegen in Berlin den Kassen nicht etwas mehr entgegenkommen sind.

Knappschmid-Direktor Herzog-Guben: Wenn man durch eine Resolution etwas erreichen will, so muß man sich vorhalten, ob es überhaupt zu erreichen ist. Eine Kommunalisierung ist aber in absehbarer Zeit nicht zu erreichen. Vor der Hand müssen wir den

Bestrebungen der Apotheker, den gesamten Arzneilieferungsbedarf in ihren Händen zu behalten, wirksam entgegenzutreten suchen. (Widerpruch.)

Staller - Berlin: Es ist interessant, daß wir hier über eine Reichstagsberatung, während sich gleichzeitig auch die Reichsregierung mit der Sache beschäftigt. Vor allem kommt es darauf an, die Begriffe „Rezeptur“ und „Handverkauf“ genau festzulegen. Die Kassen sind jetzt schlechter gestellt als das Privatpublikum, da ihnen irgend ein Handverkaufsmitel, auf einem Zettel geschrieben, als Rezeptur berechnet wird. Die Kassen sind deshalb auf den Gedanken gekommen, sich die Medikamente durch Private besorgen zu lassen. Die Berliner Apotheker erklären zuerst, einen Rabatt von 5 Proz. nicht gewähren zu können; jetzt haben sie bereits offiziell einen Rabatt von 12 Proz. angeboten. Redner bittet um Annahme der Resolution Magnan. (Beifall.)

In der Abstimmung wird die Resolution Magnan mit dem Zusatzantrag Tischendorfer fast einstimmig angenommen.

Nächster Punkt der Tagesordnung ist die „Angliederung der Krankenversicherung an die Invalidenversicherung“.

Referent Frähdorf - Dresden: Die Novelle kommt auch hier unseren berechtigten Wünschen nicht entgegen, die auf eine Verschmelzung der drei Versicherungsarten gerichtet sind. Ist diese zunächst ausgeschlossen, so läßt sich doch ohne besondere Schwierigkeit die Krankenversicherung und die Invalidenversicherung vereinigen. Der gegenwärtige Reichstag wird diese Aufgabe allerdings kaum lösen, aber wir haben Stellung zu diesen Fragen zu nehmen und die Ansicht der Versicherten wird der Regierung nicht gleichgültig sein können. In einigen Bundesstaaten, so in den Hansestädten, haben die Krankenkassen bereits einige Funktionen der Invalidenversicherung übernommen, die Einziehung der Beiträge, den Umtausch der Karten etc. In den Teilen Deutschlands, wo ein solches Einziehungsverfahren noch nicht besteht, werden, wie man ruhig sagen kann, 25 Proz. der Invalidenbeiträge unterschlagen. (Lebhafte Zustimmung.) Zur Verschmelzung der beiden Versicherungen ist es unbedingt nötig, daß der Kreis der Versicherten erweitert wird. Eigentlich sollten alle Personen, deren Einkommen einen bestimmten Betrag nicht erreicht, versicherungspflichtig sein. Aber wenigstens das Handwerk sollte, wie es selber verlangt, dem Versicherungszwang unterworfen werden. In Deutschland sind Hunderttausende von Handwerkern vorhanden, denen es ebenso schlecht geht, wie uns Industriearbeitern. (Sehr richtig!) Die Verschmelzung würde auch zur Gewährung ärztlicher Hilfe und freier Medikamente an die Familienmitglieder der Versicherten führen müssen. Redner rät den Kassen, die Rechte, die ihnen § 18 des Invalidengesetzes gewährt, besser auszunutzen. Viele Landesversicherungsanstalten haben ihre Aufgabe noch gar nicht begriffen, namentlich solche, wo weder Arbeiter noch Arbeitgeber auf den Vorstand und Ausschuss Einfluß besitzen. Der Ausbau des Heilstätten- und Krankenhauswesens würde sich bei einer Vereinigung der beiden Versicherungen leicht bewerkstelligen lassen. Die Mißere mit den Berliner Krankenhäusern ist bekannt. Die Krankenhäuser in den kleineren Städten und Landgemeinden aber sind so beschaffen, daß dem Versicherten ein Grauen überkommt, wenn der Arzt von Krankenhausbehandlung spricht. Redner erhebt scharfen Widerspruch gegen den Gedanken, daß bei einer Verschmelzung die Rechte der Versicherten beschnitten werden müßten. So schlägt Dr. Freund - Dresden die paritätische Verwaltung: Arbeiter und Arbeitgeber zu gleichen Teilen unter Vorsitz eines Staats- oder Kommunalbeamten vor. Redner erklärt: Ich ziehe, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, einen Arbeitgeber als Vorsitzenden einem Beamten vor. (Sehr richtig!) Dann gelangt wenigstens nicht der Bureauplatz zum Herrschaft. Zu der paritätischen Verwaltung liegt kein Grund vor. Die Versicherung ist doch für die Versicherten da, und ihrer Selbstverwaltung sind die Arbeitgeber doch nur eingegliedert, um den Arbeitern mit Rat und Tat beizustehen. (Lebhafte Zustimmung.) Die sog. Scharfmacher halten sich weder bei den Versicherten noch bei den Arbeitgebern lange in der Verwaltung. Jetzt herrscht überall Frieden zwischen beiden Teilen, auch in Sachsen. Gegen die Selbstverwaltung der Kassen sind die heftigsten Verleumdungen gerichtet worden. Wo ist bewiesen, daß parteipolitische Zwecke gefördert worden sind? Mögen die Splitterrichter nur erst für die Beilegung des Balkens sorgen, daß öffentliche Gelder für Sedanfeiern verausgabt werden. (Sehr gut!) Referent beantragt folgende

Resolution:

„Der Kongress hält eine Verschmelzung der gesamten Arbeiterversicherung im Interesse der Versicherten für geboten. Durch eine solche würde eine viel schnellere und zufriedenstellendere Fürsorge für die Kranken und Invaliden herbeizuführen sein; auch würden sich die Verwaltungskosten verringern. Zur Durchführung der Witwen-, Waisen- und Arbeitslosen-Unterstützung würde durch eine solche Vereinigung eine sehr geeignete Organisation geschaffen werden. Der Kongress hält aber eine Verschmelzung nur dann für annehmbar, wenn dabei die Selbstverwaltung durch Versicherte und Arbeitgeber, wie sie bei den organisierten Krankenkassen gegenwärtig gegeben, nicht angefaßt wird. Eine erprobte Socialreform ist nur dann zu erzielen, wenn bei deren Durchführung diejenigen, für welche sie gegeben, den wesentlichen Einfluß haben. Es muß deshalb der lebhafteste Protest dagegen erhoben werden, daß jeder Fortschritt auf socialpolitischem Gebiet mit einer Einschränkung der Selbstverwaltung erlaßt werden soll.“

Zu der Diskussion drückt Görber - Köln als Arbeitgeber seine Verwirrung über das Referat aus und verurteilt, daß große Tagesblätter noch immer behaupten, Arbeitgeber könnten in den Kassen vorständen nicht mitarbeiten, weil sie von den Socialdemokraten majorisiert würden. Davon sei nirgends die Rede. Redner beantragt die Reichsregierung zu ersuchen, die unteren Verwaltungsbehörden und Versicherungsanstalten dahin anzuweisen, die Vorschrift, wonach diejenigen, die noch ein Drittel des üblichen Lohnes verdienen, nicht als invalid zu betrachten sind, so zu interpretieren, daß nicht die physische Möglichkeit, sondern die Gelegenheit, diesen Lohn zu verdienen, ausschlaggebend ist.

Vergmann - Breslau fordert in einer Resolution, daß in die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz die Bestimmung aufgenommen wird: innerhalb drei Jahren ist der Kassenzerplitterung ein Ende zu bereiten; die Orts-, Betriebs- und Jungmännerklassen eines Ortes sind zu einer leistungsfähigen Ortskrankenkasse unter voller Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung zu vereinigen; als nächster Schritt ist die obligatorische Versicherungspflicht für die Allgemeinheit der deutschen Arbeiter einzuführen.

Die Resolutionen Görber-Köln und Vergmann-Breslau werden, als nicht streng zur Tagesordnung gehörig, für den letzten Punkt der Tagesordnung: Anträge, zurückgestellt.

Die Resolution Frähdorf wird einstimmig angenommen. Als Gast nahm an den Verhandlungen noch Stadtrat Weinreich - Niddorf teil.

In der Nachmittags-Sitzung, der Schlussung des Kongresses, werden die sonst noch vorliegenden Anträge erledigt. Der Referent, G. Graf - Frankfurt a. M., weist auf die große Fülle dieser Anträge hin; es empfehle sich, alle die Anträge, die geeignet sind, bestimmte Kassengruppen zu verlegen, von der Diskussion auszuschließen. Auf einem allgemeinen Krankentage könnten nur allgemeine Kassensachen erörtert werden.

Es wird nach diesem Antrage beschlossen. Damit ist die Mehrzahl der Anträge erledigt.

Eine andre Gruppe von Anträgen wird durch Annahme folgenden Antrages des Arbeitervertreter-Vereins in München erledigt: Vereinfachung der Organisation durch Schaffung großer leistungsfähiger Kassen, sowie Zulassung zur Bildung großer Kassenverbände.

Zu § 1 des Krankenversicherungsgesetzes werden nach kurzer Diskussion zwei Anträge von Krankenkassen in Krefeld und Braunschweig und der vereinigten Hilfskassen von Hamburg-Altona angenommen: Obligatorische Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle gegen Gehalt oder Lohn beschäftigte Personen, einschließlich der Hausgewerbetreibenden, sofern ihr Jahresgehalt 3000 M. nicht übersteigt; desgleichen auf alle

gegen Lohn oder Gehalt beschäftigte Personen, sowie Lehrlinge und selbstständige Gewerbetreibende, sofern deren Jahreseinkommen 3000 M. nicht übersteigt.

Angenommen wird ein Antrag der Freien Vereinigung der Krankenkassen mit freier Arztwahl Berlin: „Personen des Soldatenstandes unterliegen der Versicherungspflicht, wenn sie in einem versicherungspflichtigen Betriebe gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt werden“; ebenso werden mehrere Anträge auf Streichung der Krankengeldbeschränkung bei Schlägereien, Traunfälligkeit und geschlechtlichen Ausschweifungen angenommen.

Angenommen wird nach einer Begründung durch Jaffe - Hamburg ein Antrag, der für die Festlegung des ortsüblichen Tagelohnes durch die Aufsichtsbehörde die Anhörung der Gemeindebehörde und von Vertretern der beteiligten Arbeitgeber und Versicherten verlangt, jedoch ein Minimum für männliche Erwachsene von mindestens 2 M., für alle übrigen versicherungspflichtigen Personen von mindestens 1,50 M. fürber.

Ebenso findet ein Antrag der Ortskrankenkasse der Bureau-Angestellten Hamburg Annahme, wonach mit dem Tage des Eintritts der Wöchnerin in ein Arbeitsverhältnis der Anspruch auf Zahlung von Wöchnerinnen-Unterstützung erlischt.

Lebhafte Zustimmung findet eine Anzahl Anträge, die sämtlich eine Förderung des Wald-Erholungsstätten-Wesens durch die Krankenkassen empfehlen. In Erwägung des Umstandes, daß die Wald-Erholungsstätten bisher nicht unter den Begriff „Krankenhaus“ subsummiert werden können, wird ein Antrag Frankfurt a. M. angenommen: „Die Kassen können erkrankten Mitgliedern mit ihrer Zustimmung Kur und Pflege in einer Erholungsstätte gewähren.“

Ein schon früher gefaßter Beschluß, wonach in § 45 Abs. 6 des Krankenversicherungsgesetzes die Bestimmung getroffen werden soll, daß Beschwerden gegen die von der Aufsichtsbehörde angeordneten Maßnahmen im Verwaltungsstreitverfahren entschieden werden sollen, wo ein solches nicht besteht, in ordentlichen Rechtswege, wird von diesem Kongress erneuert.

Annahme findet weiter ein Antrag: „Es liegt im Interesse der Versicherten und Kassen, wenn bei Streitigkeiten die Aufsichtsbehörde in erster, ein Sachschiedsgericht in zweiter und das Reichs-Versicherungsamt in dritter Instanz entscheiden würde, wie dies bei der Unfall- sowie bei der Invalidenversicherung bereits in Geltung ist.“

Angenommen wird ein Antrag der Allgemeinen Orts-Krankenkasse für die gewerblichen Arbeiter der Stadt Erford: „Angeichts der ungeheuren Anhäufung von Geldern bei den Invaliden-Versicherungsanstalten soll dahin gewirkt werden, daß in vorliegenden Fällen, wo die Mittel der Krankenkasse nicht mehr ihren Ansprüchen genügen, statt eine Beitragserhöhung eintreten zu lassen, die Beihilfe der Invalidenversicherung in Anspruch genommen werden kann. Die Beihilfe der Invalidenversicherung soll in Anspruch genommen werden können, sobald der gesammelte Reservefonds auf die Hälfte der gesetzlichen Höhe zusammengeschrumpft ist.“

Lebhafte Zustimmung findet eine Resolution der Central-Kommission der Krankenkassen Berlin, des Verbandes freier Krankenkassen, der Kommission vereinigter Krankenkassen zu Frankfurt a. M., der Freien Vereinigung der Orts-Krankenkassen Schlesiens und der Central-Kommission der Krankenkassen Hamovers:

„Im Interesse einer planmäßigen Vetreibung der Erzielung günstiger Verträge mit Apothekern, Ärzten, Krankenhäusern, Vademerkalisten, Droguen-, Milch- und Heilmittel-Lieferanten sowie der Ausdehnung der bestehenden Krankenfürsorge ist die Bildung von Central-Kommissionen sämtlicher Krankenkassen eines größeren Ortes resp. aller im Bezirk einer Aufsichtsbehörde oder Landes-Versicherungsanstalt bestehenden Krankenkassen nach Möglichkeit herbeizuführen. Diese Central-Kommissionen treten zu einem Verbands zusammen, für welchen für die nächsten drei Jahre Berlin mit der Central-Kommission der Krankenkassen Berlin als Vorort bestimmt wird. Die Tätigkeit der bestehenden Organisationen von Krankenkassen, wie der Verband von Orts-Krankenkassen im Deutschen Reich, der Verband freier Krankenkassen etc. sollen durch diesen bereits auf dem ersten Kongress der Krankenkassen Deutschlands beschlossenen Verband der Central-Kommissionen, der lediglich eine Vertretung für die allen Versicherten gemeinsamen Interessen darstellt, in keiner Weise in ihren Arbeitsgebieten beeinträchtigt werden. Ein Statuten-Entwurf für diesen „Verband der Central-Kommissionen“ ist von der Central-Kommission der Krankenkassen Berlin auszubereiten und baldmöglichst den bereits bestehenden Central-Kommissionen und Verbänden von Krankenkassen zur Begutachtung zu unterbreiten.“

Dr. Friedberg - Berlin begründet die Resolution unter lebhaftem Beifall. Er weist auf die starken Zerstreutheiten, auf den Apothekerverein, die den Kassen gegenüber stehen und die es notwendig machen, daß sich auch die Krankenkassen zu gemeinsamer Aktion zusammenschließen. Die vielen verschiedenen Arten von Krankenkassen müssen eine Stelle haben, wo sie Dinge, die allen Kassen gemeinsam, erledigen können. Die Gefahren, die der Selbstverwaltung der Kassen durch die Gesetzgebung drohen, müßten einmütig zurückgewiesen werden, wenn den Protesten Bedeutung beigelegt werden soll. Solch große einmütige Aktionen zu ermöglichen, sei die Resolution gestellt.

Opposition findet die Resolution nur bei den Vertretern der Jungmänner-Krankenkassen. Die Resolution wird mit überwältigender Majorität angenommen.

Damit sind die Arbeiten des Kongresses erledigt.

Verg - Weißwasser nimmt namens der am Kongress teilnehmenden Arbeitgeber das Wort. Er erklärt, daß die Arbeitgeber mit dem Kongress, speziell mit der Leitung des Kongresses und den gefaßten Beschlüssen zufrieden gewesen sind. Er sagt besonders Dank dem Herrn Graf, in dem der Kongress ein Genie kennen gelernt habe. Er sei eynisch wie Heine, diplomatisch wie Wilow und schnell wie Kardoff gewesen. (Stürmische Heiterkeit.)

Tischendorfer - Berlin sagt der Kongressleitung und der Central-Kommission Dank für die Vorbereitung des Kongresses und die unparteiische Führung der Geschäfte.

Simanowski - Berlin schließt den Kongress mit dem Ausdruck der Freude über den erfreulichen Verlauf des Kongresses. Die Meinungen haben sich geklärt. Die Regierung weiß nun, daß die Krankenkassen, mögen sie heißen wie sie wollen, sich die Selbstverwaltung nicht verkümmern lassen wollen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am Mittwoch in Cohus Festal, Deuthstr. 20/21, eine Volksversammlung stattfindet, in der Reichstags-Abgeordneter Heine das Referat übernehmen hat. Das Thema lautet: „Auf zur Reichstagswahl“. Zahlreichen Besuch erwarten Die Vertrauensleute.

Waltung! Sechster Wahlkreis! Mittwoch, den 18. März, abends 8 Uhr, finden vier Volksversammlungen statt und zwar in folgenden Lokalen: Nuhmanns (Fröbel), Schönhauser Allee 148; Ballschmieder, Badstr. 16; Kösliner Hof, Köslinerstr. 8; Peters, Alt-Moabit 80/81. Die Tagesordnung lautet: Der 18. März und seine Bedeutung für das arbeitende Volk. Referenten sind die Genossen Kees, Ledebour, Manasse, Vogtherr. Zu recht zahlreichen Besuch laden ein Die Vertrauensleute des sechsten Kreises.

Charlottenburg. In der öffentlichen Versammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins, die am Donnerstagabend im Volkskauf, Köpenickerstr. 3, stattfindet, spricht Genosse Theodor Schwarz aus Lübeck über: Socialpolitische Zukunftsmusik. — Für die Frauen ist die Galerie reserviert.

Schöneberg. Heute, Dienstag, abends 8 Uhr, bei Döb, Reiningersstr. 8: Versammlung des Wahlvereins. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Adolf Ged: „Was lehrt uns der 18. März?“ — Als besonderer Punkt der Tagesordnung ist noch nachzutragen: Reuwalder des Schriftführers.

Mariendorf und Umgegend. Morgen Mittwoch findet eine Vereinsversammlung des Wahlvereins im Lokal der Witwe Bell (Hermann Reicherdt), Mariendorf, Feldstraße, Ecke Ring-Charisse, statt, in der Genosse Parrels einen Vortrag über Volksrechte und den

18. März halten wird. Um zahlreichen Besuch wird gebeten. Gäste sowie auch Frauen sind hierzu eingeladen.

Der Wahlverein Lichtenberg hält heute Dienstag eine Versammlung ab, in der Genosse Koyke über „Märzgedanken“ sprechen wird. In der in den nächsten Tagen bevorstehenden Wahl von drei Gemeindeverordneten der dritten Wählerklasse sollen in dieser Versammlung Kandidaten aufgestellt werden. Zahlreiches Erscheinen ist notwendig.

Konowes. Mittwochabend 8 1/2 Uhr ist im Bernhardschen Lokale, Priesterstraße, eine Volksversammlung. Tagesordnung: Die Bedeutung des 18. März für das Proletariat. Referent: S. Ragenstein-Berlin.

Alt-Blieside. Mittwochabend 8 Uhr ist eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Vortrag des Genossen Wilhelm Vermuth.

Reinickendorf. Mittwochabend 8 1/2 Uhr findet im Lokale von E. Müller, Berlinerstr. 29, eine Volksversammlung statt. Genosse Freiwald spricht über: „Die Bedeutung des 18. März.“ Zahlreiches Erscheinen, hauptsächlich der Frauen, erwünscht.

Lokales.

Eine verkehrte Sensation.

Das offizielle Protokoll des städtischen Staatsausschusses enthält über die Sitzung vom 9. März die folgende Mitteilung:

Zum Etat Gehälter der Magistratsmitglieder wurde von einer Seite bemerkt, daß es in städtischen Kreisen vielfach Unwillen erregt habe, daß seitens einiger Magistratsmitglieder Reporterdienste für Zeitungen geleistet werden, indem dieselben über Sitzungen und Vorgänge in der städtischen Verwaltung den Zeitungen Berichte gegen Bezahlung geben. Gegen eine literarische Thätigkeit der Magistratsmitglieder, Anfertigung von Leitartikeln und größeren Aufsätzen für Zeitungen werde man selbstverständlich nichts einwenden können, im Gegenteil würden dergleichen Arbeiten aus beruflichen und erfahrenen Kreisen zur Aufklärung recht oft gute Dienste leisten, aber durch Reporterdienste den kleinen Journalisten Konkurrenz zu machen und (sic) dadurch zu schädigen, sei eines Stadtrats doch wohl nicht würdig. Zur Beilegung des Mißstandes dürfte es genügen, daß diese Anregung ins Protokoll aufgenommen werde und dadurch zur weiteren Kenntnis gelange. Hört gleichwohl die geschädigte Thätigkeit nicht auf, so werde man keinen Anstand nehmen, die Namen der Betreffenden zu nennen und direkte Schritte zur Abhilfe zu thun.

Im Ausschusse wurde von einer Seite der Meinung Ausdruck gegeben, daß diese Angelegenheit lediglich ein Interim des Magistratskollegiums sei und von demselben geregelt werden müsse. Demgemäß erscheine es nicht richtig, die Sache durch das Protokoll in die Öffentlichkeit zu bringen, zumal dieselbe mancherlei Mißdeutungen ausgelegt sein würde, vielmehr empfehle es sich, den Vorstehenden zu ersuchen, mit dem Herrn Oberbürgermeister, welcher sich der heutigen Sitzung zu erscheinen, diesbezüglich Rücksprache zu nehmen.

Die Mehrheit des Ausschusses vertrat dagegen den Standpunkt, daß auf diesem Wege die Mißstände doch wohl nicht beseitigt werden würden, und daß es sich daher empfehle, die Angelegenheit durch das Protokoll gehen zu lassen, was dem auch bei der Abstimmung beschlossen wurde.

Auch nach unserer Meinung war es das Beste, die Angelegenheit durch protokollarische Veröffentlichung klar zu stellen, jedoch aus wesentlich andern Gründen, als die anscheinend enttäuschten Interpellanten es für erforderlich hielten. Ehrenkränkenden Gerüchten kommt man am sichersten durch Aufhellung bei; ergibt sich in solcher Erörterung die Schuld der Angegriffenen, so haben diese die Konsequenzen zu ziehen, stehen sie lauter da, um so besser für sie. Und so wenig wir Ursache haben, dem Magistrat von Berlin und seinen Mitgliedern das Wort zu reden, so wenig erscheinen uns in diesem Falle die Einwürfe in der Sitzung des Staats-Ausschusses angebracht. Diese Einwürfe gutheißen, würde bedeuten, daß die Mitarbeit an der Presse und ihre Versorgung mit Nachrichten, an sich als eine ehrenwürdige Handlung zu erachten sei, und diese Ansicht wird ein Mensch mit gesundem Sinnes wohl einfach für närrisch halten. Es steht denn auch so aus, als ob bei dem Teil der Presse, der in Enttäufung macht, ein bißchen Konkurrenzneid darüber mispielt, daß er nicht so gut mit kommunalen Nachrichten versorgt wird wie andre Blätter. Hielt man dem derart enttäuschten Teile der Presse die Stange, so wäre die Konsequenz solches Verhaltens, daß auch den Stadtverordneten die Verbindung mit der Presse unterlag würde, und damit würde, wie die Dinge heute liegen, wohl seinem gedient sein. Gut wäre es allerdings, wenn der Magistrat für eine brauchbare Berichterstattung aus dem Roten Hause Sorge trüge; er selber wird wissen, daß der heute gewissermaßen monopolisierte Nachrichtenendienst außerordentlich viel zu wünschen übrig läßt. Wir geben da der „Volks-Zeitung“ recht, welche nebenher bemerkt die Herren Jacobi und Langerhan als Urheber der Anzählung nennt, und vom Magistrat fordert, daß er gleich dem Bundesrat einen offiziellen, gut informierenden Bericht über die Vorkommnisse im Rathaus zur allgemeinen Verbreitung herausgebe.

Der Ausgang des Prozesses über die Kirchenbaukauf in Berlin kommt vielen Kirchengemeinden sehr ungelogen. Infolge Resoluts des Polizeipräsidiums hat der Magistrat schon, wie kirchlich mitgeteilt, rund 800 000 M. an verschiedene Kirchengemeinden trotz seines Einspruchs zahlen müssen. Inzwischen waren aber bereits wieder von der Gemeinde Heilig Kreuz nicht weniger als 468 398 M. zum Bau einer neuen Kirche, von der Gemeinde St. Paul 423 560 M. und von der Gemeinde Emmaus sogar 553 698 M., von der Gemeinde Golgatha 3917 M. und der Samariter-Gemeinde 3380 M. angemeldet worden. Die Gemeinde Heilig Kreuz verlangte außerdem noch den städtischen Platz am Urban gegenüber dem Urbanhafen und dem Urban-Krankenhaus als Bauplatz für eine neue Kirche, der einen Wert von etwa 300 000 M. hat. In Summa würde der Magistrat also schon wieder rund 2 Millionen M. zahlen müssen. Das Polizeipräsidium hat aber einstweilen mit Rücksicht auf den Prozeß die Resolute beanstanden und nun können die Kirchengemeinden noch etwas warten, bis ihre Wünsche erfüllt werden. Wären diese in Erfüllung gegangen und hätte Berlin zahlen müssen, dann hätte man schon neue Forderungen in Bereitschaft gestellt; nicht weniger als abermals 2 Millionen M. sollten angemeldet werden. Berlin hat ja das Geld dazu.

Die Quellen der Bevölkerungsvermehrung Berlins sind in den letzten Jahren in wechselnder Stärke an der Lieferung des Zuwachses beteiligt gewesen. Im Jahre 1900 hatten zwei Drittel des Zuwachses aus dem Ueberfluß der Zugewogenen über die Weggezogenen und nur ein Drittel aus dem Ueberfluß der Geborenen über die Gestorbenen hergerührt, im Jahre 1901 war infolge der Verminderung der Zugänge und der gleichzeitigen Vermehrung der Wegzüge der Zuwachs lediglich dem Geburtenüberschuß zu verdanken gewesen, und für 1902 kommt nun wieder ein Viertel des Bevölkerungsanzuwachses auf den Zugangsüberschuß. Nach den neuerdings berichteten Ergebnissen, die das städtische Statistische Amt jetzt über die Berliner Bevölkerungsbewegung von 1902 veröffentlicht, brachte dieses Jahr einen Zuwachs von 24 900 Personen, nämlich 18 569 aus dem Geburtenüberschuß und 6331 aus dem Zugangsüberschuß. Im Jahre 1901 hatte sich der Bevölkerungsanzuwachs auf nur 12 857 Personen gestellt, da die 16 348 Personen aus dem Geburtenüberschuß durch einen Wegzugsüberschuß um 3401 vermindert wurden. Der Zuwachs von 1900 dagegen hatte 42 493 Personen betragen, der Geburtenüberschuß 14 418, der Zugangsüberschuß 28 075. — Gegenüber derselben Art ergeben

Es wenn man ganze Jahrfrüchte mit einander vergleicht. Das Jahrfrucht 1896—1900 brachte für Berlin einen Bevölkerungszuwachs von 209 786, an dem der Geburtenüberschuss mit 88 002, der Zugangsüberschuss mit 124 784 beteiligt war. Dagegen hatte im Jahrfrucht 1891—1895 die Berliner Bevölkerung um nur 100 408 Personen zugenommen, durch Geburten um 81 169, durch Zugang nur um 19 239. Das Jahrfrucht 1886—1890 wiederum hatte einen Zuwachs von 262 851 gebracht, 77 867 Geburtenüberschuss, 184 984 Zugangsüberschuss. Es ist, wie man sieht, hauptsächlich die wechselnde Höhe des Zugangsüberschusses, die die Stärke der Bevölkerungsbewegung wechselt.

Eine Familien-Tragödie. Gestern früh gegen 7 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Holzschneidemühle von S. Radge, Ballisadenstraße 77 gerufen. Dort hatte sich der Gastwirt Th. Weg mit seiner Frau und drei Töchtern im Alter von 9, 11 und 13 Jahren mit Leuchtgas vergiftet. Die amtlichen Ermittlungen haben ergeben, daß Mord und Selbstmord vorliegt. Weg betreibt dort im Vorderhause seit einem Jahre eine Gastwirtschaft, die sich aber keines großen Zuspruchs erfreute, so daß die Verhältnisse nicht rosig waren und es schon zu Differenzen mit dem Hauswirt gekommen war. Die Familie bestand aus den Eltern, den drei Töchtern und einem Sohne von 16 Jahren. Dieser schlief mit einem Hausdiener zusammen hinter dem Gastzimmer. Beide sind verschont geblieben. Unmittelbar anschließend an diesen kleinen Raum befindet sich das Schlafzimmer der Familie, in welchem gestern früh die Familie tot aufgefunden wurde. Als der Hausdiener erwachte und den jungen Weg weckte, bemerkten sie den Gasgeruch und schlugen Alarm. Die Feuerwehr wurde alarmiert und die Polizei benachrichtigt. Die Gasleitung wurde abgesperrt und alle Räume gelüftet. Alle Versuche, die fünf Personen wieder ins Leben zu rufen, waren vergeblich. Das Oberhaupt der Familie hat sich nach den Angaben des Ueberlebenden schon längere Zeit mit Selbstmordgedanken getragen und zu diesem Zweck einen mehrere Meter langen Gummischlauch gekauft. Mehrfach danach gefragt, was er denn mit dem langen Schlauch machen wollte, hat Weg stets ausweichende Antworten gegeben. Diesen Gummischlauch hat er zur Ausführung seiner That benutzt. Da in dem Schlafzimmer und in dem Vorraum, wo sein Sohn mit dem Hausdiener schlief, keine Gasleitung vorhanden war, hat er zunächst den Schlauch in der Küche, die mit dem Vorraum verbunden ist, an die Gasleitung befestigt, dann durch den Vorraum und durch ein Loch in der Wand in das große Schlafzimmer geführt. Das Loch hat Weg zu diesem Zweck besonders gebohrt. Sonntagabend gegen 12 Uhr hat Weg als letzter sich zu Bett begeben und vorher den Gashahn in der Küche geöffnet. Die Polizei hat die Leichen mit Beschlag belegt und das Lokal gesperrt. Auf einer Bank fand sie einen von Weg geschriebenen Zettel mit der Aufschrift: „Radge ist an unfreier Tode allein schuld.“ Die Leichen wurden später nach dem Schauhause gebracht. Die That hat in der Ballisadenstraße natürlich großes Aufsehen erregt.

Ein Hauslehrer als Totschläger. Nach schwerer Mißhandlung durch seinen Hauslehrer ist dem „Berl. Tagebl.“ zufolge der fünfzehnjährige Sohn Heinz des Direktors der hiesigen Deutschen Bank, Rudolf Koch, gestorben. Zwei Söhne des Direktors Koch weilt seit einigen Wochen in Dresden bei Vamborg zur Erholung. Der ältere, fünfzehnjährige Heinz ist infolge schwerer Mißhandlung durch seinen Hauslehrer Dippold gestorben. Dippold wurde inzwischen verhaftet. Die Leiche ist nach gerichtlicher Sektion nach Berlin gebracht worden. Sonntagnachmittag hat in Wannsee die Beisehung stattgefunden.

Die Verordnung des Bundesrats, wonach der Verkauf von Preßerbälgen und andern Mitteln zum Fleisch verboten wird, gelangte gestern zum erstenmal vor dem Schöffengericht zur Anwendung. Ein hiesiger Schlächtermeister hatte trotz des Verbotes dem Schabefleisch Preßerbälge zugesetzt, um demselben für längere Zeit das Aussehen der Frische zu erhalten. Der Staatsanwalt meinte, daß nunmehr energisch gegen den Unfug eingeschritten werden müsse, er beantragte eine Geldstrafe von 200 M. Der Gerichtshof erkannte auf 50 M. Geldstrafe.

Eine Erhöhung des Abonnements-Jahrespreises hat die Zeitung der städtischen Straßenbahnen beschlossen, und zwar soll vom 1. April ab auf der Strecke Behrenstraße—Trepow und Mittelstraße—Pantow die Monatskarte 6 M. statt wie bisher 5 M. kosten. Es erscheint dem doch sehr fraglich, ob die Gesellschaft auf diese Weise ihre Finanzen verbessern und sich die Sympathien des Publikums sichern wird.

Die Siebengebirgs-Lotterie. Der Vorstand des Verschönerungs-Vereins für das Siebengebirge in Bonn erläßt zur Angelegenheit der Ungültigkeitserklärung der am 4.—7. d. Mts. erfolgten Ziehung folgende Erklärung: „Die gegen die Ziehung der fünften Serie der Siebengebirgs-Lotterie erhobenen Proteste sind seitens des Herrn Regierungspräsidenten nach Prüfung als unbegründet zurückgewiesen. Die Auszahlung der Gewinne findet planmäßig statt.“

Die Verhaftung des Wechselkäufers, Diebstahlsverdächtige Lüdicke aus Werder a. H., welche am Sonnabend in Berlin erfolgte, ist der Ratgeber des Sohnes des Angeschuldigten zuzuschreiben. Als nämlich von der Potsdamer Staatsanwaltschaft in Werder a. H. der telegraphische Befehl eintraf, Lüdicke zu verhaften, begab sich der Polizeiergeant Brimmer in die Lüdicke'sche Villa am Glindowersee, wo ihm von dem jungen Lüdicke der Bescheid wurde, sein Vater sei nach Berlin gefahren. Geschied fragte nun der Polizeiergeant, wo dortselbst die Lüdicke'schen Verwandten wohnen, und nun plakte der junge Mann mit der Angabe heraus, daß dies in der Elsholzstraße sei. Raum war dies gesprochen, als die Mutter erschien, den Sohn unwillig forschte und selber sehr vorsichtig die Unterhaltung mit dem Beamten forschte. Dieser hatte sich aber die Berliner Adresse gemerkt, und diese wurde nun der Kriminalpolizei mitgeteilt, welche Lüdicke in der Elsholzstraße festnahm und nach Werder zurückbrachte. Offenbar wollte sich Lüdicke einige Tage bei seinen Verwandten verbergen und Geldmittel zu seiner weiteren Flucht beschaffen, die wahrscheinlich seine Frau, welche ein eignes, sicheres gestelltes Vermögen besitzt, herangebracht hätte. Lüdicke hatte sich, um sich unkenntlich zu machen, wie ein Arbeiter mit einer gestrickten Jacke bekleidet und wurde in diesem Kostüm nach Werder zurückgebracht. Er mußte dort förmlich Spiekerstein laufen, da der Transporteur nicht mit ihm die Straßenbahn benutzte, sondern ihn den halbständigen Weg vom Bahnhof bis zur Stadt zu Fuß zurücklegen ließ. Seine Ankunft verdrehte sich wie ein Lauffeuer in dem kleinen Städtchen.

Im Gefängnis hat der Fabrikant L. aus der Hagenauerstr. 12 Selbstmord verübt. Er war in der Nacht dabei betroffen worden, wie er in einem Hause der Bahnhofsstraße in Nichtenberg die Rollschrauben eines fremden Wagens aufzuheben versuchte. Ein Beamter nahm den selbsterbenden Gerbenden, anscheinend geistig gestörten Mann fest und brachte ihn ins Polizeigefängnis. Als man den Gefangenen nach einer Weile zum Verhör holen wollte, fand man ihn tot am Boden liegen. Er hatte sich einen Bindfaden als Schlinge um den Hals gebunden, dessen andere Ende an seinem Fuß befestigt und sich dann durch Strecken des Beines erdrosselt. Ein sofort herbeigeholter Arzt versuchte vergeblich den Selbstmörder ins Leben zurückzurufen.

Von einem Dampfer in den Grund geholt wurde am Sonntagnachmittag 3/4 Uhr ein Lastkahn auf der Obersee. Der Schiffscapitän Siobrenad aus Kallberge—Nüßendorf wollte mit seinem Steinbahn erster Klasse, der für über 4000 M. Kalksteine geladen hatte, nach Spandau fahren. Als er die Schillingbrücke fast erreicht hatte, kam der Schleppdampfer „Friedrich“ hinter ihm hergefahren, rann den Steinbahn, den er noch vor der Brücke überholen wollte, dicht vor dem Bogen I am Heck an und beschädigte ihn so schwer, daß der Kahn sofort unterging. Auf die Hülfen des Schiffseigners und seines Bootmannes, außer denen sich niemand an Bord befand,

eilten Schiffer von den Rähnen, die in der Nähe der Unfallstelle ankern, mit ihren Booten zu Hilfe und beteiligten sich an der Vergung der Ketten und Kleidungsstücke, die sich in den Kajüten befanden. Die Bemannung kam unversehrt davon. Der Dampfer stoppte sofort und blieb zur Aufnahme des Vorganges liegen. Eine große Menschenmenge sah dem Untergang des Schiffes zu, das im Fahrwasser liegt und gehoben werden muß. Rahn und Ladung sind verlohren.

Drei Radfahrer verunglückten am Sonntagnachmittag innerhalb einer Stunde, von 5 bis 6 Uhr, hinter dem Schleißchen Thor auf der Kreutzower Chaussee. Der 18-jährige Drehsler Max Wille aus der Mantaustraße 88, der in schneller Fahrt mit einem Führerwerk zusammenstieß, zog sich eine Gehirnerschütterung zu. Der ebenso alte Sattler Franz Eggert aus der Wasserthorstr. 65, der ohne Zusammenstoß infolge übermäßig schnellenfahrens stürzte, erlitt Querschlägen der Muskeln an beiden Armen. Der 21-jährige Kellner Hermann Bräunel aus der Hagelbergstr. 4, der ebenfalls stürzte, brach sich das rechte Schlüsselbein. Alle drei wurden auf der Rettungswache am Götlicher Bahnhof verbunden. Wille mußte dem Krankenhaus am Urban zugeführt werden, die beiden anderen ihrer Wohnung.

Im Arbeiterinnenheim, Brückenstr. 8, hält am Mittwoch, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr, Herr Professor Welfsich einen Vortrag über „Die Rechte der Frau im Hause und im Staate“.

Feuerbericht. Sonntagabend gegen 8 Uhr wurde die Wehr nach der Borsdorferstr. 27 gerufen, weil hier in einer Käuherkammer ein Feuer ausgebrochen war, das aber bald abgelöscht werden konnte. In der Rosenhalestr. 70 war kurz vorher in einem Keller alter Hausrat und Verpackungsmaterial in Brand geraten, während in der Kürstlerstr. 16 Kleidungsstücke und Dedeln in Flammen standen. Durch die Explosion einer Aetherflasche war in der Wilhelmstr. 141 nachmittags ein Feuer entstanden, das indes noch im Entstehen unterdrückt wurde. Nach dem Bellealliance-Theater wurde die Wehr gerufen, weil hier in dem Klassenraum ein kleiner Brand ausgebrochen war. In der Nacht zum Sonntag mußte in der Potsdamerstr. 96a ein größerer Brand beseitigt werden. Gegen 11 Uhr bemerkte man, daß aus dem Laden der Barberei „Groß-Berlin“ dichter Rauch drang und alarmierte die Feuerwehr. Als diese ankam, hatte der Brand schon eine größere Ausdehnung erlangt. Es mußte daher fast eine Stunde tüchtig Wasser gegeben werden, bevor die Gefahr beseitigt war. Die Entstehungsurache ist nicht ermittelt. Außerdem hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden noch von der Artilleriestr. 21, Uferstr. 18, von der Prentzauerstraße 47 und noch von einigen andern Orten Alarmierungen zu verzeichnen. In allen diesen Fällen handelte es sich jedoch um ganz unbedeutende Anlässe.

Aus den Nachbarorten.

Lichtenberg. Die Gemeindevertretung hat den zweiten Bürgermeister Ungewitter, zur Zeit in Stargard in Pommern, zum beabsichtigten Schöffen (Weigeordneten) gewählt. Von 23 abgegebenen Stimmen fielen 21 auf Ungewitter, eine auf Hirsch, Stolz in Pommern und eine war unbestimmt. Beschlossen wurde die Heranziehung der Stadt Berlin zu den Schulunterhaltungskosten der Gemeinde. Nach einer vorläufigen Feststellung würden rund 33 Klassen erforderlich sein für die Kinder, deren Väter hier wohnen aber in Berliner Fabriken arbeiten. Der Gemeindevorstand berechnet danach den Beitrag Berlins auf Grund des Kommunalabgaben-Gesetzes für das Jahr 1902 mit 90 820 M. — Die beantragte Bewilligung der Kosten für die Verlegung des Gaszuführungstrahrs, ausgeführt ohne Beschluß des Kuratoriums, gab dem Gemeindevorstand Grauer (Soc.) Gelegenheit, die Mitglieder der Kommission an die übernommenen Pflichten zu erinnern und gegen des Schwindens der Sitzungen Klage zu erheben. Die Zurückverweisung des Antrags war der Erfolg. Die Kostenbeiträge für die Anlagen von Beleuchtungsanstaltungen an Unternehmern wurde in Gemäßheit des Ortstatuts auch für das kommende Etatsjahr auf 20 M. pro laufenden Meter Straßenlänge festgesetzt.

Nummersburg. Die letzte Sitzung der Gemeindevertretung beschäftigte sich mit der Festlegung des Etats, der in Ein- und Ausgabe mit 1 148 855 M. balanziert. Die hauptsächlichsten Einnahmen bestehen aus Staats- und Kreissteuern 61 000 M., Gemeindesteuern, direkte Einkommensteuern bei 160 Proz. Zuschlag 171 000 M., Grundsteuer 320 Proz. 159 000 M., Gewerbesteuer 240 Proz. 38 000 M., indirekte Gemeindesteuern und Umsatzsteuer 50 000 M. Diefem steht eine Ausgabe an die Staatskasse von 56 000 M. und an den Kreis von 48 000 M. gegenüber. Die Verzinsung und Amortisierung von Anleihen erfordert etwa 200 000 M. Die Aufwendung für das Schulwesen beträgt 250 000 M., dem eine Einnahme von 80 000 M. mit der Kreisbeihilfe gegenüber steht. Die Ausgaben des Gemeinde- und Polizeirats belaufen sich auf 105 000 M., die der Friedhofverwaltung auf 13 000 M. und der Armen- und Waisenvorwaltung auf 37 000 M. Der Etat des Wasserwerkes weist eine Einnahme von 92 000 M. und eine Ausgabe von 75 000 M. auf. Die Depot- und Werkstättenverwaltung schlägt in Einnahme und Ausgabe mit 71 000 M. ab, ebenfalls die Berliner Kanalisation mit 43 000 M. Die Nummersburger Kanalisationsanlage erfordert eine Ausgabe von 70 000 M., der nur eine Einnahme von 14 000 M. an Beiträgen der Grundbesitzer gegenübersteht. Von unsren Genossen wurde nachdrücklich auf das Mißverhältnis hingewiesen und eine Erhöhung der Beiträge verlangt. Der Gemeindevorstand stellte für den nächsten Etat eine Erhöhung in Aussicht. Die Kanalisationsgebühr für Vorhaben wurde von 4 Proz. des Nutzungswertes der Grundstücke auf 2 1/2 Proz. ermäßigt.

Neu-Weißensee. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurde eine sechsgliedrige Kommission zur Vorbereitung des Haushaltsplanes für 1903 gewählt, der unter anderem unser Genosse Taubmann angehört; diese Kommission soll den Zweck haben, die Debatten im Plenum abzukürzen. Ob es ihr gelingt, wird bezweifelt. — Ebenso wurde die Wahl eines Schularztes vorgenommen, zu welcher vier Offerten eingelaufen waren, wovon das Höchstgebot sich auf 600 M. und das Mindestgebot auf 500 M. pro Jahr belief. Diese geringen Angebote sprechen nicht dafür, daß man an den Schularzt große Anforderungen stellen kann. — Der Gemeindevorstand wurde ermächtigt, Pläne für ein neu zu erbauendes Armenhaus anfertigen zu lassen. — Einem Antrag der alten Gemeinde Weißensee, die Wasserleitung auf das ganze Gebiet dieses Ortes auszuweiten, ist die Gemeindevertretung bereit, nachzukommen, sobald sie ihr Kanalisationsnetz vollständig ausgebaut hat. Da dieser Ausbau aber auf lange Zeit hinaus nicht möglich ist, so ist der Beschluß einer Ablehnung gleich zu achten, man will die alte Gemeinde so zwingen, sich eingemeinden zu lassen, da man glaubt, die Stadtverdingung hier von abhängig machen zu können. — Die Anschlagstulen unsres Ortes, welche durch ihren „schönen“ Anblick bekannt sind, sollen abgerissen werden, um neuen Säulen Platz zu machen. Den Anlaß hierzu gab der Pächter selbst, indem er von der Gemeindevertretung verlangte, die aus Anlaß des letzten Kaiserbesuchs abgerissenen sechs Säulen wieder auf Kosten der Gemeinde auszubauen. — Ferner wurde die Gemeinde gezwungen, für eine Berliner Prostituierte 125 M. Heilungskosten zu bezahlen, da die betreffende Person sich die Krankheit bei Ausübung ihres Gewerbes angeblich in Neu-Weißensee zugezogen hat.

Neu-Weißensee. Folgenden Bescheid haben die hiesigen Genossen auf ihre Beschwerde betreffend die Nichtauslegung der Kommunalwählerlisten vom Landrat erhalten: „Nach Abschnitt B, Nr. 1, Abs. 17 der Ausführungs-Anweisung I zur Landgemeinde-Ordnung ist nur die auf Grund der Gemeindegliederliste C — das ist die Wählerliste — in dem Zeitraum vom 15. bis 30. Januar in einem vorher zur öffentlichen Kenntnis zu bringenden Raum anzulegen, also nicht die Gemeindeglieder-Liste. Daß diese Auslegung alljährlich stattfinden muß, ist weder

in der Landgemeinde-Ordnung noch in der ministeriellen Ausführungsanweisung bestimmt. Da in diesem Jahre regelmäßige Ergänzungswahlen daselbst nicht vorzunehmen sind, bedurfte es auch nicht der Auslegung.“

Dieser Bescheid kommt gerade in der Zeit, wo ein Mitglied der Gemeindevertretung verstorben ist. Bei einer nunmehr stattfindenden Ergänzungswahl wären diejenigen Personen ihres Wahlrechts beraubt, welche vor einem Jahr nach hier bezogen sind. Das haben die Befehlsgewalt gewiß nicht gewollt. Der Bescheid wird die Genossen veranlassen, sich an eine höhere Instanz zu wenden.

Steglich. Die letzte Gemeindevertreter-Sitzung bot den verschiedenen Parteien resp. deren Vertretern eine günstige Gelegenheit, die bei den Wahlen so gern gebrauchte Phrase von der „Rücksicht auf die Interessen der Gesamtheit“ im besten Sinne zu zeigen. Bei der Beratung des Etats der Gemeindefschulen beantragte Rapp die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel für sämtliche Volksschüler. In seiner Begründung führte der Antragsteller aus, daß er nicht nur aus principiellen, sondern auch aus Gründen der ausgleichenden Gerechtigkeit die Unentgeltlichkeit fordern müsse, denn die von der Gemeinde auf den Kopf der höheren Schüler verwandten Mittel seien selbst nach Annahme seines Antrags noch um ein ganz Bedeutendes höher als diejenigen für Volksschüler. Die Mehrertragsabgabe von ca. 8000 M. könne die Gemeinde bei dem günstigen Stand ihrer Finanzen leichter tragen als viele arme Familienväter, für welche diese Ausgaben zu einer drückenden Kassenfrage werden. — Zum Wort meldete sich niemand; für den Antrag stimmten nur die beiden Socialdemokraten. Die Vertreter der Hausbesitzer, die „Unabhängigen“, die Mieter-Vertreter, sie alle finden es als selbstverständlich, daß für die Kinder der Wohlhabenden und Reichen von Gemeindevögern mehr aufgewandt wird als für die Volksschüler — „im Interesse der Allgemeinheit“.

Unter Punkt 2 der Tagesordnung erteilte die Versammlung dem „Ortsrat“, betr. die Bewilligung von Ruhegeldn und Hinterbliebenen-Versorgung für die im Gemeinbedienst beschäftigten Personen“ ihre Zustimmung, nachdem noch auf Antrag Rapp die in den Betrieben der Gemeinde dauernd Beschäftigten mit einbezogen worden waren. Vom dem Inhalt des Statuts können wir nur ver-raten, daß die Gewährung der Unterstützung an eine zehnjährige ununterbrochene Thätigkeit im Gemeinbedienst geknüpft ist.

Gerichts-Zeitung.

Beholdigungen der Presse. Der Mord am Franzosenpfehl, dessen Thäter noch immer nicht entdeckt ist, hat den Anlaß zu einer Anklage wegen Beleidigung gegeben, die gestern die Redakteure Richard Ritter und Dr. Max Pollaczek vom „Kleinen Journal“ bezw. der „Berliner Morgenpost“ vor die Strafkammer 10 des Landgerichts I führte. Das eingeleitete Verfahren zeigt in recht charakteristischer Weise, wie die Presse, die sich bekanntlich bei Kapitalverbrechen als die thätigste Bundesgenossin der Behörden zur Ermittlung des Täters zu erweisen pflegt, in steter Gefahr ist, unter Anklage gestellt zu werden, sobald bei ihnen im allgemeinen öffentlichen Interesse erfolgenden Mitteilungen irrtümer unterlaufen. Im März v. J. wurde bekanntlich im Franzosenpfehl die Leiche des Dieners Gobin, der bei einer Herrschaft unter den Linden im Dienste gestanden und eines Tages verschunden war, aufgefunden. Da an der Leiche Verletzungen vor-gefunden wurden, die von Säbelhieben herrührten, richtete sich der Verdacht der Thäterschaft gegen Dragoner, weil durch Briefe, die bei Gobin aufgefunden wurden, der Beweis erbracht wurde, daß der Ermordete mit Garde-Dragonern gewisse Beziehungen unterhalten habe. Ueber den Gang des von der Militärbehörde eingeleiteten Untersuchungsverfahrens brachten seiner Zeit die Zeitungen fort-laufend Mitteilungen. Auch die Wälder der beiden Angeklagten hatten mehrere Notizen gebracht, die ihnen von zwei lange Zeit im Dienste der Presse thätigen Berichterstattern zugegangen waren; sie hatten diese Notizen veröffentlicht, nachdem sie ausdrücklich die Versicherung erhalten hatten, daß sie auf zuverlässigen Informationen beruhten. In einer dieser Notizen war gemeldet worden, daß u. a. auch der Geseite Reinhold Schürmer verdächtig erscheine und vorläufig in Gewahrsam genommen worden sei. Bei der Durchsufung seines Spindes habe sich ein ihm kompromittierender Brief vorgefunden, er habe mit dem Ermordeten in besonders freundschaftlichem Verkehr gestanden und erscheine so belastet, daß er in Gewahrsam genommen werden sei usw. Wegen dieser Notiz ist der Strafantrag gestellt und auch aufrechterhalten worden, obwohl dem Beleidigten Geseite Schürmer jede ihn völlig rehabilitierende öffentliche Erklärung seitens der Angeklagten angeboten wurde. Die militär-gerichtlichen Untersuchungsakten sollen ergeben, daß gegen Schürmer ein Verfaßten gar nicht geschweht hat und daß er in dieser Angelegenheit nur einmal als Nebenzeuge für einen anderen Verdächtigten vernommen worden ist. — Die Rechtsanwältin Morris und Dr. Thiele wiesen im geizigen Termin wiederholt darauf hin, welche schwierige Aufgabe die Presse bei derartigen komplizierten Affären im allgemeinen öffentlichen Interesse zu erfüllen habe, da sich bei der Kunde von einem Kapitalverbrechen die an die Zeitungen gelangenden Notizen und Berichte naturgemäß häufen und die schnellste Erledigung verlangen. In diesem Falle seien die Mitteilungen erprobter Berichterstatter auch noch durch eigene Recherchen ergänzt worden. — Im gestrigen Termin wurde nur der Bericht-erstatter Hellwig vernommen. Er versicherte, daß seine den Zeitungen gegebenen Mitteilungen teils auf direkten Mitteilungen des die Untersuchung führenden Assessors Fiebelorn, teils auf eignen Recherchen im Regimentbüroau des 2. Dragoner-Regiments beruhten. — Rechtsanwältin Morris verwies darauf, daß nach dem Inhalt der Akten auch der Kriminalinspektor Braun auf dem Standpunkt gestanden habe, daß Schürmer verdächtig sei. — Rechts-anwältin Dr. Thiele bestritt, daß dem Angeklagten Dr. Pollaczek auch nur im entferntesten die Absicht oder das Vergehren der Be-leidigung imge gewohnt habe. Er brachte ferner zur Sprache, daß zur Sache das Zeugnis eines Vurfsen des Lieutenant v. Voelbede wichtig sei; er habe sich bemüht, den Namen des betreffenden Vurfsen zu erfahren, habe aber auf seine Anfrage eine Antwort nicht er-halten. Beide Verteidiger beantragten, falls nicht schon jetzt Frei-sprechung erfolgen sollte, zu einem nächsten Termin die Verladung des Assessors Fiebelorn, des Amtsoverstehers Ruffel-Tempelhof, eines Polizeiergeanten daselbst und des Vurfsen des Lieutenant v. Voelbede. Der Gerichtshof entsprach diesem An-trage. Auf Wunsch der Verteidigung soll der jetzt in Leipzig weilende Schürmer zum nächsten Termin persönlich geladen werden.

Räspionage jeder Art ist in der Kaserne des zweiten Garde-Regiments verboten. Den Unteroffizieren des genannten Regiments fiel es daher auf, daß vor ungefähr Jahresfrist der Buchhandlungs-Neckende Simon Glattke Zutritt zu der Kaserne erhalten hatte und ihnen ein Werk zum Abonnement anbieten konnte. Glattke erklärte dies dadurch, daß er mit einer besonderen Erlaubnis vom Regiment und vom Feldwebel ausgestattet sei. Das Werk, welches von dem Reisenden vertrieben wurde, war „Der Militär-anwärter“. Er ließ durchblicken, daß die vorgelegte Behörde es gerne sehen würde, wenn die Unteroffiziere auf das Werk abon-nierten. Es sollte seiner Angabe nach aus 25 Heften a 90 Pf. bestehen und in monatlichen Raten von 3 M. bezahlt werden. Vier Unteroffiziere ließen sich zu einem Auftrag herbei und wollten einen Bestellzettel unterschreiben haben, ohne von dem vorstehenden Text Kenntnis zu nehmen. Erst nach Lieferung der 25 Hefte erfasen sie, daß das Werk aus 110 Heften zu dem unterschämten hohen Gesamtpreis von 99 M. bestand. Sie machten nun Schwierigkeiten, die Verhandlung bestand aber auf ihrem Stehn und verlagte sie. Die Sache kam zu Ohren des Hauptmanns, der die Unteroffiziere, welche keine Schulden machen dürfen, zur Rede stellte. Hierbei kam das Gebahren des Reisenden zur Sprache und es wurde gegen ihn Straf-antrag wegen Betrugs gestellt. Im gestrigen Termin vor dem Schöffengericht hielt der Staatsanwalt einen Vortrag für erwiesena

Und beantragte gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 100 M. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Friedmann, führte dagegen an, daß trotz der erwiehenen Kleinen fasslichen Vorpostelungen eine Verurteilung des Angeklagten nicht erwiesen sei, weil eine Vermögensschädigung nicht nachgewiesen sei. Er unterbreitete dem Gerichtshof verschiedene Schriftstücke von Armeecorps, welche die Anschaffung des Berles empfahlen. Der Gerichtshof trat den Ausführungen des Verteidigers bei und fällte ein freisprechendes Urteil.

Die am Sonnabend vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I begonnene Verhandlung gegen den Friseur Hermann Klöckner und den Kaufmann Walter Haase endete mit der Verurteilung der beiden Angeklagten wegen versuchten Betruges bezu. Beihilfe. Klöckner war, wie wiederholt sein nam, beschuldigt, auf Grund eines von ihm fingierten Einbruchdiebstahls in sein Geschäftstotal unter den Händen Haase versucht zu haben, Erfahrungsberichte gegen die Versicherungsgesellschaft "Union" geltend zu machen. Er hatte behauptet, daß ihm u. a. ein großer Posten Parfümerien, Bijouterien und Toilette-Artikel im Werte von mehreren Tausend Mark, die er angeblich kurz vor dem Einbruch von dem zweiten Angeklagten bezogen hatte, gestohlen worden sei. Der Gerichtshof nahm auf Grund der sehr umfangreichen, viele Stunden füllenden Vernehmung an, daß der Einbruchdiebstahl gar nicht stattgefunden habe, sondern von dem Angeklagten Klöckner inszeniert worden sei, um von der Versicherungsgesellschaft Geld zu erlangen. Klöckner wurde zu einem Jahre Gefängnis, Haase wegen Beihilfe zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Klöckner auch wegen der Höhe der Strafe sofort in Haft genommen.

Aus der Frauenbewegung.

Genossinnen Schneiders!

Wir machen ganz besonders aufmerksam auf die am Mittwoch, den 18. März, stattfindende öffentliche Versammlung. In der Versammlung wird Genosse Otto Andri einen Vortrag halten, um Anregung und Auffklärung zu geben, wie wir Frauen zu den heutigen Reichstagswahlen stehen und wie wir uns dabei nützlich und thätig zeigen können. Wir richten daher die Bitte an unsere Genossin, doch ihre Frauen zu dieser Versammlung gehen zu lassen, damit jede Frau am Tage der Wahl weiß, was sie zu thun hat.
Die Vertrauensperson Frau Meilig.

Norwegische Frauenrechtlerinnen als Handlanger der Reaktion.
Die Norwegische Frauenvereinigung hatte am 11. März in Kristiania eine Frauenversammlung veranstaltet, um über die Stellung der Frauen zu dem neuen Fabrikarbeits-Gesetzentwurf zu beraten. Man hatte in allen Fabriken und in Arbeiterinnen beschäftigt worden. Einladungsbriefe verbreitet und die Leiter der Fabriken besonders aufgefodert, die Zettel zu verteilen. Die Unternehmer konnten diesem Wunsch gerne nachkommen, denn thätig waren es ihre Interessen und nicht die der Arbeiterinnen, die in der Versammlung vertreten wurden. Durch den Vortrag der Referentin Magna Rielsen, sowie durch die Ausführungen anderer bürgerlicher Vertreterinnen der Frauenfrage zog sich wie ein roter Faden der Gedanke, daß es vor allem darauf ankomme, in den Arbeiterarbeitsbestimmungen vöilige Gleichheit zwischen Frauen und Männern herzustellen und dementprechend die Beschränkung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen abzulehnen. Der Standpunkt der proletarischen Frauen wurde von Martha Rynäs, Anna Räs und Noline Borson vertreten. Da die Versammlung jedoch wesentlich von bürgerlichen Frauenrechtlerinnen und von unorganisierten Fabrikarbeiterinnen besucht war, wurde eine Resolution angenommen, worin gegen die Einschränkung der Arbeitszeit der Frauen protestiert wird; eine der entgegengesetzten Ansicht entsprechende Resolution wurde nicht zur Abstimmung gebracht.

Verein abenteuerlicher Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins.
Mitwoch, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Abtinentenheim“, Neue Schönhauserstr. 12 II: Vortrag des Genossen Georg Zechlin: Die Bedeutung des 18. März.

Vermischtes.

Neues über den verschollenen Nordpolfahrer Baron Toll. Die gemeldet wird, ist der Zoologe Bjelnyehi-Virusia, der zu Toll's Unternehmen gehört, in Irkutsk eingetroffen. Er hat in der Abteilung Irkutsk der Kaiserlichen Geographischen Gesellschaft über Baron Toll folgendes mitgeteilt: Am 11. Mai 1902 trennte er sich von Toll in der Nacht Nepjoloch und ging nach Neu-Sibirien, wo er am 25. eintraf. Er verließ die Insel am 4. Dezember und ertrichtete eine Hütte und eine Niederlage von 80 geschlachteten Rentierfleisch und Konferven. Baron Toll verließ seine Nacht „Sarja“ am 9. Juni an der Nordküste der Insel und ging nach Kap Scholji, wo er am 10. Juli eintraf. In der Hütte wurde eine Nachricht niedergelegt, daß alle gefunden und die Hunde in genügenden Kennzeichen gut genährt seien. Am 13. Juli ging Baron Toll nach Bennett-Land auf drei Schlitten mit 45 Hunden. Toll beschätzte, den Winter in Bennett-Land zuzubringen, falls die „Sarja“ nicht freie Durchfahrt hat.

Grubenunglück. Infolge Bruches mehrerer Schächte wurden gestern früh auf der Zeche „Moltke“ Schacht 4 bei Graded laut „Bochumer Zeitung“ ein Stetiger und sechs Mann verschüttet. Es ist bisher nicht gelungen, dieselben zu befreien.

Das verlassene Schiff. Am Sonnabendabend schleppte der englische Dampfer „Cosad“ den Dreimaster „Ladman“ in den Hafen von Coruna ein. „Ladman“ wurde 120 Meilen von Coruna entfernt von ihrer Mannschaft verlassen aufgefunden. Die Ladung des Schiffes war vollständig unberührt, das Schiff selbst zeigte keine Spur von Beschädigung, und an Bord war alles in tadelloser Ordnung. Man kann sich nichts anders denken, als daß die Besatzung des Schiffes wegen Mangels an Trinkwasser das Schiff verließ. Ueber die Mannschaft fehlt bisher noch jede Nachricht. Die letzte Eintragung im Logbuch geschah am 27. Februar. In der Kammer des Kapitäns fand man eine aufgeschlagene Bibel auf dem Tisch. Die Uhr ging noch!

Wie die Alten jungen. Die „Reynolds Retrospect“ behauptet, soll der Prinz von Wales in eine Skandalgeschichte verwickelt sein. Der Prinz besuchte dreimal wöchentlich das Landhaus eines französischen Marquis, der eine auffallend schöne Gattin besitzt. Oft legte man sich auch nach Tisch zum Kartenspielen hin, an dem sich der englische Thronfolger beteiligte. Als er einmal 7000 Pfund verloren hatte, erdachte er, daß falsch gespielt worden sei, und auf seine Beschuldigung gab die Marquise den Betrag auch zu. Der Prinz drohte nun, daß er die Gesellschaft brandmarken werde, worauf die Anwesenden ihm ins Gesicht lachten. Natürlich hat der Prinz seine Besuche eingestellt.

Ein Eisenbahnzug durch Hufschreden aufgehalten. Das französische Blatt „Journal de Dieppe“, dessen Leiter von einer Reise nach Dire-Daonah zurückgekehrt ist, berichtet von einem merkwürdigen Vorkommnis. Der Zug, in dem er saß, blieb hinter der Brücke von Cerkese plötzlich stehen. Die Maschine konnte ihn nicht mehr ziehen, und die Räder drehten sich, ohne daß der Zug weiterrückte. Die ganze Strecke war von einer dicken Lage von Hufschreden bedeckt, und die Räder der Lokomotive hatten so viele Tiere germalmt, daß sie mit einer dicken lebrigen Masse überzogen waren, die ihnen das Rollen der Schienen unmöglich machte. Die ganze Gegend schien wie mit einem gelben Teppich bedeckt. Schließlich kam man mit Hilfe von Sand und Steinen weiter, und der Zug flog langsam eine Anhöhe hinauf, als die Räder wieder versagten, und der Eisenbahnzug nun nach rückwärts glitt. Da auch die Bremse versagte,

glaubte man, ein Unglück sei unbedenklich; da gelang es schließlich ihm mit gewaltiger Anstrengung zum Stehen zu bringen. Der Zug hatte durch diese Hufschreden mehrere Stunden Verspätung.

Witterungsübersicht vom 16. März 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter
Swinemünde	768	D	3	4bed. 2	Wabrande	777	D	3	4bed. 2
Hamburg	760	D	3	3bed. 1	Petersburg	779	D	3	1dunst 1
Berlin	761	D	3	3bed. 2	Cost	753	D	3	3bed. 2
Krantz/W.	757	D	3	3bed. 2	Überden	-	-	-	-
München	762	D	3	3bed. 2	Paris	757	D	3	1bed. 2
Wien	769	D	3	3bed. 2					

Wetterprognose für Dienstag, den 17. März 1903.
Milde, jedoch vorherrschend wollig mit leichten Regenfällen und ziemlich lebhaften südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter, die Witwe **Alwine Flieger** am 15. d. M., früh 2 Uhr, nach langem schweren Leiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet am 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kagareth-Kirchhofes, Dalldorfer Chaussee, aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der **Georg Schmitt** nach langem schweren Leiden am Freitag, den 13. d. M., abends 10 1/2 Uhr, im 46. Lebensjahre sank entschlafen ist.
Dies zeigt tiefbetrußt an **Wilhelm Schmitt** geb. Neumann nebst Kindern, Frau-Eltern.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 17. d. M., nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Judo-Kirchhofes aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, meine gute Tochter, Schwester, Schwägerin und Enkelin **Elise Hoffmann**, geb. Theimer, am Sonntag, den 15. März er. nach dreiwöchentlichen schweren Leiden gestorben ist.
Die Beerdigung findet Mittwoch, 18. März, nachmittags 8 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Schneiders Kirchhofes in der Wagnersstraße aus statt.
Dies zeigt tiefbetrußt an im Namen der Hinterbliebenen **Max Hoffmann**, Eberhardstr. 16.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Schwiegermutter, der Rentier **Friedrich Kroll**, früherer Leithaber der Firma Hülsenbeck, Kroll & Co. im vollendeten 44. Lebensjahre. Dies zeigt uns stille Teilnahme teilend an **29656** Die trauernden Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. März, nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichstraße aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Schwiegermutter, der Rentier **Friedrich Kroll**, früherer Leithaber der Firma Hülsenbeck, Kroll & Co. im vollendeten 44. Lebensjahre. Dies zeigt uns stille Teilnahme teilend an **29656** Die trauernden Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. März, nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichstraße aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Schwiegermutter, der Rentier **Friedrich Kroll**, früherer Leithaber der Firma Hülsenbeck, Kroll & Co. im vollendeten 44. Lebensjahre. Dies zeigt uns stille Teilnahme teilend an **29656** Die trauernden Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. März, nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichstraße aus statt.

3. Ziehung 3. Klasse 208. Rgl. Preuss. Lotterie.

- Ziehung vom 16. März 1903, nachmittags.**
Aus der Gewinne über 175 Mark sind die betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Oble Gewinne) Nachdruck verboten.
- 97 121 77 240 50 (300) 94 232 501 717 92 1040
 217 74 517 82 646 95 723 93 2076 205 329 488 621 74
 88 620 786 891 967 3253 927 70 757 815 912 68 64 92
 4167 242 375 79 752 78 945 5305 81 549 81 6157
 276 825 30 44 4026 170 206 804 20 32 747 821 8010
 22 200 39 468 591 771 997 9051 454 46 700 904
 10036 250 83 91 594 62 522 90 719 858 11092
 25 100 33 64 50 276 574 451 707 818 859 92 12014
 40 309 64 657 65 701 10 37 38 51 813 38 858 13036
 78 159 239 357 730 57 856 992 14217 200 597 806 936
 33 15996 167 232 345 67 467 627 710 90 955 81
 13041 16055 104 492 665 838 93 909 86 17024 95
 194 374 794 813 18003 156 91 233 413 59 83 542 731
 88 854 902 14 19051 287 352 92 629 30 717 800 973
 20228 306 37 639 89 838 97 21161 314 832
 22425 607 35 56 716 23 23006 19 40 159 322 445
 514 65 85 719 898 91 911 24047 61 301 79 633 721 77
 989 25056 80 237 437 40 604 888 899 26080 190 212
 416 18 997 42 801 909 27135 89 291 67 305 25 56 90
 769 537 95 28094 91 123 204 92 409 36 537 741 854
 930 20990 90 141 249 455 75 82 635 972
 30107 54 296 74 416 81 97 554 89 629 787 80 847
 621 31129 39 278 429 616 87 881 85 91 934 32032
 41 71 78 189 92 461 809 351 33015 70 261 328 416 54
 513 657 95 729 41 898 929 34073 136 371 93 588 623
 323 910 39 35677 197 245 676 824 976 30057 117
 244 657 779 801 50 97 963 60 96 37094 60 149 150 222
 417 967 728 924 43 61 38031 229 24 302 434 60 589
 782 829 903 33933 61 202 96 256 475 501 614 876
 40345 74 408 886 689 41021 473 690 24 800 73
 000 42002 200 303 436 644 849 61 43182 84 231 49
 83 329 71 91 684 780 820 988 44061 198 224 391 41
 483 91 92 45015 89 398 55 72 439 786 18001 802
 44199 222 50 66 391 94 403 590 605 712 785 47510 82
 681 728 918 40 48993 427 41 997 802 83 824 42
 49323 425 629 797 824 928 95
 50045 454 614 611 76 726 64 72 967 82 51010 223
 490 10 556 72 92 628 727 33 818 68 53220 54 90 87
 354 810 10001 29 23 616 514 66 53097 300 80 82
 99 307 78 403 10 72 64 73 54033 119 591 312 683
 619 779 850 97 75 011 49 85690 105 85 232 343 89
 66 698 894 607 88 80909 14 38 128 38 292 322 421 888
 623 97 745 67 841 57008 132 311 589 644 54 746 70
 63803 94 317 90 425 46 678 70 855 59005 132 42
 305 446 70 913 711 818 972
 80008 851 683 710 967 61035 45 57 294 308 44
 605 861 56 733 824 62901 113 74 (300) 76 299 344 444
 45 83 93 867 615 73 711 60 804 63097 217 320 41 434
 738 55 64229 422 44 629 87 712 37 59 91 891 919
 452529 92 518 98 096 703 006 97 66216 321 604 19
 662 77 67000 70 81 111 208 302 80 90 418 607 866
 72 993 68450 722 39 42 61 77 09040 133 389 491 79
 610 89 811
 70109 233 685 781 71117 19 46 259 514 33 86
 733 962 95 72021 41 23 400 641 81 76 716 909 73065
 222 119 544 85 871 74019 49 130 30 69 299 383 65
 022 656 89 894 75395 325 74 634 43 823 62 76951
 032 97 314 25 444 877 616 68 74 77049 451 251 388
 883 674 894 899 78174 88 296 50 79 301 432 579
 79288 82 471 83 614 21 711 92 912
 80080 111 54 299 306 72 82 573 601 657 81103
 75 415 846 95 8971 81 436 77 450 90 574 83332
 473 729 804 78102 312 445 659 59 79 78 86255 323
 475 729 804 78102 312 445 659 59 79 78 86255 323
 501 549 906 85 88288 144 649 749 13001 853 46
 603 89148 73 285 310 47 439 62 591 833 899 70
 90251 54 365 443 088 745 802 26 071 91003 70
 815 308 33 421 890 92137 323 39 694 93004 67 116
 202 11 44 424 542 601 65 94148 394 89 632 624 74
 506 36 81 682 54 95154 397 533 632 787 43 78
 698 90699 147 248 13001 312 16 56 407 839 40 988
 47181 24 216 437 94 363 723 44 894 914 96 98465
 428 93 206 350 428 721 871 993 99111 45 92 222
 65 275 7 504 616 37 708 23 65 884 988
 100130 50 78 469 90 649 79 878 944 101104 487
 639 969 67 738 847 93 989 102005 311 518 24 307
 696 904 8 103003 61 123 247 73 470 833 605 64 788
 836 104117 374 629 80 690 745 105134 336 615 814
 994 59 106948 394 38 800 321 509 672 757 89 834
 268 499 90 700 1 924 330 131 49 513 75 94 621 793 882
 47 109013 63 180 96 293 414 697 823 59 77 989
 110777 93 180 96 293 414 697 823 59 77 989
 31123 496 97 83 820 112169 79 995 400 523 69
 71 (100) 709 65 113040 73 323 450 682 772 825
 814019 179 238 312 445 555 706 93 813 20 88 979 92

- 115113 420 66 607 763 116408 645 723 89 815 24
 916 35 117086 246 85 371 490 54 675 714 934 79
 118043 202 477 701 883 979 119019 92 149 339 65
 65 992 26 780 963
 120001 97 515 708 830 121265 301 60 56001 577
 99 789 900 22 974 (300) 122605 8 212 432 685 723
 91 123061 211 76 598 933 124056 312 13 982 716
 83 872 125161 201 3 35 45 530 523 49 77 15001 523
 723 91 589 126000 24 37 63 413 656 785 827 127020
 314 478 987 778 869 128113 274 370 401 775 891
 129235 53 213 561 91 897
 130173 212 384 637 69 709 906 131092 176 953
 625 40 58 989 132055 354 74 541 710 811 811 929
 133073 91 168 428 575 90 917 717 89 134012 269
 337 49 426 90 519 755 81 135140 304 95 38 99 430
 747 882 136940 55 56 87 191 98 381 36 461 891 730
 43 137192 410 916 74 138223 539 64 608 97 739
 78 822 139048 99 154 212 21 85 475 539 130001
 140008 100 96 375 85 415 61 643 141006 191
 485 96 339 779 84 694 945 142175 228 48 415 546 817
 799 143858 873 83 501 39 67 96 783 821 144046
 47 109 7 372 82 626 632 66 610 841 922 145027 93
 199 409 68 87 445 702 929 146943 394 546 75
 147089 544 213 96 311 407 38 506 76 16 929 148941
 979 149002 25 86 60 95 106 252 37 32 425 40
 61 579 811 51 87 947
 150213 38 476 500) 535 76 624 37 749 839 55
 58 85 151113 24 28 436 593 690 710 16 818 917
 152474 80 591 700 15 34 78 829 83 963 153929 293
 394 626 614 46 781 920 56 154077 173 299 439 703 843
 86 911 53 155888 115 456 95 582 829 31 90 951
 156255 809 67 557 705 87 921 157025 107 99 201
 389 406 36 51 390) 52 918 47 98 158012 118 66 296
 524 671 739 818 33 159045 62 98 234 47 79 404 01 889
 778 889 953
 160098 154 589 623 923 161003 39 332 59 622
 774 897 908 162227 303 52 583 699 34 36 747 933
 43 66 57 62 163001 303 94 692 707 909 164147
 301 28 60 88 733 493 994 27 85 667 72 87 725 82 (300) 1
 823 34 41 165068 (3000) 87 807 78 421 92 516 55 730
 166212 77 369 806 167257 379 535 627 814 935 73
 96 168129 290 88 316 55 68 647 78 879 169005
 87 279 396 503 97 629 833 73
 170091 134 402 13 856 43 78 979 171321 85
 413 537 54 787 979 89 967 94 172171 232 305 647
 45 703 882 79 173053 186 216 36 332 590 736 77
 084 174008 28 124 99 263 60 311 422 561 632 774 864
 94 175006 09 419 584 96 650 737 852 176391 427
 92 619 98 177005 134 202 786 623 762 898 946
 178044 276 78 493 825 86 179153 260 329 441 533
 727 28 818 71
 180414 615 18 719 61 824 36 47 910 23 181004
 85 134 232 45 378 841 680 719 45 184523 39 690
 704 183070 292 407 90 681 67 927 184186 782 99
 945 07 185119 27 389 826 37 799 843 185079 255
 682 920 37 82 187039 84 223 66 397 22 498 985 803
 188122 29 292 749 912 189038 46 331 (1000) 404
 690 725 36 85 64 895 979
 190212 30 373 451 536 82 690 821 945 191077
 126 49 51 304 39 70 698 41 592 590 959 192927
 167 69 218 409 47 940 193023 108 19 40 64 374 458 806
 64 908 194533 58 97 852 83 84 529 309 194244 73
 327 94 601 37 622 194 754 74 199033 65 114 77 338
 494 653 707 547 197109 505 312 39 48 75 409 56 87
 53 509 710 825 938 198100 616 67 941 96 199134
 53 301 79 412 85 589 692
 200112 419 67 180 809 49 999 201090 303 24
 403 286 816 622 202024 77 192 65 372 463 683 783
 95 873 831 97 203926 122 208 37 73 479 589 715 19
 803 88 946 204085 219 310 448 559 79 87 782 847
 854 205062 3 78 59 174 83 221 35 85 332 592 629
 737 853 206064 (5000) 159 75 483 567 782 82 837
 207039 559 601 724 60 991 208189 285 390 404
 209184 279 590 89 512 747 50
 210065 24 258 81 5